Nr. 30. 30. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Vor ernsten Entscheidungen.

Brüssel, 1. Februar. (Eig. Ber.) Die Entscheidung in der Revisionsdebatte — und mit ihr die Entscheidung über Frieden oder Generalstreik in Belgien — naht. Herr v. Broqueville sprach vergebens viel, um zu versagen. Anfänglich diplomatisch verhüllt, wie es die gezierte Staatsmannpose dieses aalglatten Ministers liebt, klang das Nein in der Freitagsrede des Ministers schon ganz ungeziert und kräftig durch. Noch steht die Abstimmung aus, noch klammert sich die Hoffnung derer, die um den Frieden bangen, die der Anwendung der furchtbaren Waffe des Generalstreiks nur unter dem Andrang der letzten, äußersten Notwendigkeit zustimmen wollen, an den Strohhalm einer Einsicht, die die Regierung oder die Männer, unter deren Einfluß sie handelt, noch im letzten Moment ergreifen und die Land und Volk vor endlosen Opfern und schweren Sorgen bewahren könnte.

Die parlamentarischen Vorkommnisse der letzten Tage lassen freilich glauben, daß das Schicksal entschieden ist, daß die Regierung, unbekümmert um ihre sentimentale Versicherung, den „Frieden" des Landes zu wollen, hartnäckig bleiben und die Arbeiterschaft zum äußersten, zum Generalstreik treiben wird.

In der Tat, ein kurioser Friedensapostel, dieser Herr von Broqueville. Man muß ihn nur genauer besehen. Man muß sich die Phasen und Wendungen der Debatte über die Verfassungsrevision so recht vor Augen halten, um die Friedensgesinnung dieser Regierung in ihrer ganzen Fülle und Qualität kennen zu lernen.

Bekanntlich hat Herr von Broqueville mit einer sehr öligen Rede — in der manche Leute den Friedenszweig haben schwimmen sehen wollen — begonnen, die das berühmte „Causons" — laßt uns über die Sache plaudern — des Ministers Helleputte wieder in Schwung brachte, aber schon die ministerielle zweite Rede schlug einen anderen, wesentlich kriegerischeren Ton an, der so ziemlich alle günstigen Aussichten begrub. Da war es dann Anseele, der in einer prächtig bildhaften, in wahrhaftem Pathos strahlenden Rede den Fehdehandschuh aufnahm und die Broquevillesche Kriegserklärung mit einem „Es lebe der Generalstreik" männlich quittierte. Andere sozialistische Sprecher folgten ihm im gleichen Ton. In diesem Stadium der Sachlage nahm der Führer der Liberalen, Hymans, das Wort, um mit eben solchem rhetorischen wie juristisch-politischem Geschick das Pluralsystem abzuschlachten und das Heraufkommen des gleichen politischen Rechtes als unabweisliche Notwendigkeit zu demonstrieren. An diese Rede schloß Hymans, die Verwerfung des sozialistischen Antrags auf Zulassung der Verfassungsrevision zur Tagesordnung vorwegnehmend, den Vermittelungsantrag auf Erneuerung einer parlamentarischen Studienkommission, die die Lösung des gesamten belgischen Wahlrechtsproblems vorbereiten und in die Wege leiten sollte. Dieser Antrag erschien, so wenig er dem Wunsch einer offenen und klaren Lösung der Sachlage entsprechen mochte, doch als ein Ausweg — oder wenigstens als ein Versprechen und eine Hoffnung auf einen solchen. Diese Hoffnung gewann noch eine präzisere Form, als ein Mitglied der Rechten, der klerikale Deputierte Melot, den Vorschlag Hymans aufnahm und ihn als eine für beide Teile zu bewillkommnende und befriedigende Lösung sympathisch begrüßte. Von dem Redner persönlich apostrophiert, erklärte hierauf Vandervelde, nachdem er schon seinerzeit ausgesprochen hatte, daß die Arbeiterschaft während der Beratung der Konstituante wegen einer der Modalitäten des gleichen Rechtes — ob etwa das Wahlrecht nach den Sozialisten vom 21. oder nach den Liberalen vom 25. Jahre zu gewähren sei — nicht in den Generalstreik treten würde, daß er für seine Person nicht zögern würde, zu einer friedlichen Lösung auf der Basis des Hymansschen Vorschlages die Hand zu bieten. Und er fügte hinzu, daß wohl die Delegierten der Arbeiterschaft über einen formellen Vorschlag zurzeit zu entscheiden hätten, daß er aber überzeugt sei, daß sie angesichts eines solchen Ausweges — wenn das Parlament die Wahlrechtsfrage einer Kommission zum Studium überantworte — vom Generalstreik absehen würden. So standen die Dinge, als die verknöchertste Intoleranz und Intransigenz in der Person des altklerikalen Führers Woeste den schwebenden Vermittelungsfaden mit einer kategorischen, jeden Kompromiß scharf abweisenden Rede zerschnitt. Es war eine Ueber-Broquevilliade von dem Zurückweichen vor der „Drohung", eine pathetische Warnung an die Rechte, sich nicht „von Konzession zu Konzession" treiben zu lassen. Nachgeben in der Wahlrechtsfrage ist Herrn Woeste eine „Abdankung", wie ja auch schon der Kabinettschef die Verwerfung des Antrages auf Diskussion der Verfassungsrevision im Namen der parlamentarischen und gouvernementalen Autorität forderte. Nach dem altklerikalen Rabengekrächz kam dann noch die geschniegelte Salonintransigenz des Ministers zu Worte, der gleichfalls den Weg der „Konzessionsmacherei" ablehnte, zu der ihn Vandervelde ruchlose Geschicklichkeit verlocken wolle. . . . Und während Herr von Broqueville nach den Wahlen vom 2. Juni mit großartiger Geste die Regierung Broqueville als eine Regierung der „Mäßigung", frei von Parteigeist und Engherzigkeit, ja als die Regierung vorgestellt hatte, die den Ehrgeiz habe, die Regierung „aller" zu sein, erklärt nun der Minister ein halbes Jahr später, sich nicht von einer Minorität „tyrannisieren" lassen zu wollen. —

Und wofür tyrannisieren? Daß die Regierung etwa das allgemeine, gleiche Wahlrecht stracks proklamierte? Durchaus nicht! Daß die Regierung den sozialistischen Antrag, über die Abänderung der Verfassung zu diskutieren, oder wie es in der umständlichen parlamentarischen Sprache heißt: Die Verfassungsrevision zur Tagesordnung zuzulassen, akzeptiere? Noch immer nicht! Es handelt sich wahrhaftig um nichts anderes, als eine „Kommission" zu ernennen, die das Wahlrechtsproblem zu „studieren" hätte! Aber Herr v. Broqueville ist ein zu gerissener Staatsmann, um sich von Vandervelde und Hymans herumkriegen zu lassen. Es ist ihm nur zu klar, daß wenn die Regierung A sagt und die Kommission ernennt, sie dann auch dem B der Verfassungsrevision nicht entgeht! — Daher darf nichts „studiert" werden.

Was nun die „Tyrannei" der Minorität betrifft: es ist richtig, daß die Verfassungsrevision von den Sozialisten und Liberalen verlangt wird. Aber außer dem Klerikalen Melot und dem unabhängigen Klerikalen Théodor, der sich gleichfalls am vergangenen Freitag für die Einsetzung der Kommission nicht nur, sondern für die Wahlreform überhaupt ausgesprochen, zählt die Rechte noch eine Reihe von Gegnern des Pluralsystems, so die Deputierten Verhaegen, Bethune u. a. und nur die wirklich reaktionäre Gruppe um Woeste stellt sich starr und unbeweglich gegen die Wahlreform. Sie scheint die Oberhand zu haben.

So mag man die Situation anfassen, von welcher Seite und wie man will, man kommt zu dem unabweislichen Schluß, daß die Regierung mit selten unverantwortlicher Frivolität auf die Verschärfung des Zustandes zuarbeitet und die Arbeiter zum Aeußersten treiben will.

Wohl hat Herr von Broqueville unermüdlich die „Generalstreikdrohung" ins Treffen geführt, vor der die Regierung, ohne Schaden an ihrem Ansehen zu nehmen, nicht zurückweichen dürfe. Mit der Aufnahme des Antrages Hymans hat die Oppposition die Verwerfung des Antrages auf Diskussion der Verfassungsrevision als ein fait accompli hingenommen und der Regierung damit goldene Brücken für eine Verständigung gebaut. Vandervelde hat erklärt, auf keinem knappen Datum bezüglich der Verfassungsrevision zu bestehen, die Frist von einem Jahre, von 15 Monaten zugestanden; er hat quasi Bürgschaft übernommen, daß die Arbeiter wegen der Altersgrenze in keinen Generalstreik treten würden und er hat endlich der Anschauung Ausdruck gegeben, daß die Einsetzung einer Studienkommission ein Schritt auf dem Wege friedlichen Verhandelns werden könnte. Der Geschichtsschreiber, der auf Grund der parlamentarischen Debatten von 1913 diesen Wahlrechtskampf der belgischen Arbeiterschaft schreiben wird, wird nicht behaupten können, daß ihre parlamentarischen Vertrauensmänner es an Bedachtsamkeit und Besonnenheit der Taktik haben fehlen lassen, um das letzte zu verhindern. Wenn die Regierung nicht im letzten Augenblick den Weg der Vermittelung betritt und die Arbeiter, die seit Monaten in wunderbarster Disziplin ausgeharrt haben und Gewehr bei Fuß gestanden sind, mit ihrer brutalen Unversöhnlichkeit zum Generalstreik zwingt, so wird alle Verantwortung auf diese Regierung zurückfallen, die jeden Versuch einer parlamentarisch-friedlichen Lösung unerbittlich verbarrikadiert hat.

Die Arbeiterschaft Belgiens steht indessen auf der Wacht und bereitet sich unablässig und ernsthaft auf das anscheinend Unvermeidliche vor. Donnerstag hat die Brüsseler Föderation über die Lage beraten und anfangs der Woche tritt das allgemeine Generalstreikkomitee zur Beratung zusammen. — Am Dienstag, um zu demonstrieren, daß die Arbeiter unbeeinflußt vom flotten Karnevalstreiben Brüssels dem Kampf um ihr politisches Recht alle freie Zeit und ihre stete Sorge weihen, wird sich die sozialistische Arbeiterschaft vor der Kammer ein Stelldichein geben. Die belgische Arbeiterschaft rüstet — rüstet ernsthaft.

* * *

Straßendemonstrationen.

Brüssel, 4. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die heutige von der Brüsseler Organisation veranstaltete Demonstration für eine Revision der Verfassung und des Wahlrechts dauerte während der ganzen Sitzung des Parlaments an. Die das Parlament umgebenden Straßen waren alle durch starke Polizeikordons abgesperrt. Die Menge wurde von der Polizei systematisch von der Absperrungslinie abgedrängt, um die Massen zu zerstreuen. Gegen 5 Uhr vereinigte sich die Menge unweit der Kammer in der Rue des Colonies, wo die ankommende sozialistische Fraktion stürmisch begrüßt wurde. Die Menge zog dann mit der Fraktion durch den dichten Karnevalstrubel unter Liedersingen und Rufen, wie „Nieder mit Woeste!", „Hoch der Streik!" und „Revision der Verfassung!", durch die Stadt in das Volkshaus, wo vom Balkon die Abgeordneten Delporte und Huysmans sowie der Senator Elbers den Widerstand der Regierung brandmarkten. Die Arbeiter mögen zum Streik bereit sein, aber das Signal abwarten, damit das ganze Proletariat Belgiens den Kampf gleichzeitig und gemeinsam antrete. Die Redner schlossen mit den Worten: „Es lebe der Streik!", die von der Menge brausend wiederholt wurden. Man hatte die Gendarmerie sowie ein kolossales Polizeiaufgebot in Bereitschaft gestellt.

Der Wiederbeginn des Kampfes.

Dem Ablauf des Waffenstillstandes ist die Aufnahme der Feindseligkeiten auf dem Fuße gefolgt. Vor Adrianopel haben die Bulgaren mit dem Bombardement begonnen und auch auf der Halbinsel Gallipoli, vielleicht auch vor Tschataldscha haben Vorpostengefechte stattgefunden. Größere Ausdehnung scheinen die Feindseligkeiten vorerst nicht gehabt zu haben und es bleibt wahrscheinlich, daß Verhandlungen über die Abtretung Adrianopels fortgeführt werden.

Der Beginn der Feindseligkeiten.

Wien, 3. Februar. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Sofia: **Ihr Korrespondent erfährt authentisch, daß soeben, um 8 Uhr 7 Min., die Kanonade von Adrianopel begonnen hat. Von seiten der Regierung wird diese Mitteilung bestätigt.**

Fortsetzung des Bombardements.

Sofia, 4. Februar. Nach nichtamtlichen Meldungen hat die Beschießung Adrianopels gestern abend 8 Uhr begonnen und ist mit Unterbrechungen bis heute früh fortgesetzt worden, wo die Beschießung wieder lebhafter einsetzte. Einige Stadtteile von Adrianopel sollen in Flammen stehen. (?)

Die türkische Meldung.

Konstantinopel, 4. Februar, 4 Uhr nachmittags. Ein vom Ministerium des Innern ausgegebenes Communiqué bestätigt, daß die Bulgaren gestern um 7½ Uhr abends auf der Ost- und Südseite der Festung Adrianopel das Artillerie- und Infanteriefeuer und das Bombardement auf die Stadt eröffnet haben. Die türkischen Truppen erwiderten das Feuer. In der Stadt herrscht Ruhe.

Die Feindseligkeiten haben auch auf der Halbinsel Gallipoli begonnen. Bulgarische Kavallerie griff die türkischen Vorposten an. Es geht das Gerücht, daß heute nachmittag die Feindseligkeiten an der Tschataldschalinie begonnen hätten.

Fortdauer der Verhandlungen.

London, 4. Februar. Die „Times" melden aus Konstantinopel: Wenn auch die Feindseligkeiten wieder begonnen haben, so schließen diese doch erneute Friedensverhandlungen nicht aus. Das Volk ist der Hoffnung, daß der Krieg nur kurze Zeit dauern würde; im übrigen verhält sich das Volk apathisch und erwartet in nächster Zeit bestimmte Resultate.

Bulgarische Unterhändler in Konstantinopel?

Konstantinopel, 4. Februar. (Meldung des Wiener K. K. Tel.-Korr.-Bur.) Einem bisher anderweitig nicht bestätigten Gerücht zufolge sollen demnächst halbamtliche bulgarische Delegierte in Konstantinopel eintreffen, um über die Lösung der Adrianopeler Frage zu verhandeln.

Für die Fremden Adrianopels.

Konstantinopel, 3. Februar. Die Botschafter teilten der Pforte ein Gesuch der Konsuln in Adrianopel um Festlegung einer neutralen Zone mit, in welche die Fremden sich flüchten könnten. Der Großwesir erklärte sich bereit, diesem Ersuchen stattzugeben; vor allem ist jedoch die Zustimmung der Bulgaren erforderlich.

Bulgarische Greueltaten.

Die „Humanité", unser Pariser Bruderblatt, veröffentlicht die Kopie eines offiziellen Berichts, der einem Konsulat in Saloniki erstattet worden ist. Er behandelt die Schreckenstaten, die von den „Befreiern" des Balkans an der mohammedanischen Bevölkerung der okkupierten Gebiete verübt worden ist. Wohl sind es nicht reguläre Truppen, sondern „Banden", die diese Greuel angerichtet haben, aber diese Irregulären waren für Serben und Bulgaren willkommene Helfer, und sie sind von den militärischen und zivilen Autoritäten geschützt worden. Schließlich scheint diesen das Treiben doch über den Kopf gewachsen zu sein, und so ist es zu erklären, daß sich die bulgarische Regierung jetzt entschlossen hat, gegen einen der schlimmsten Wüteriche, Dumbalakow, dem sogar das Präfektenamt von Langasa anvertraut worden war, vorzugehen. Man hat jetzt ein paar hundert der patriotischen Banditen verhaftet. Man wird etliche von ihnen vielleicht für einige Zeit in den Kerker stecken, am Ende gar einige, die der Regierung besonders unbequem sind, aus edlem Gerechtigkeitssinn füsilieren. Daß sich aber das Blut und das Elend, das die festgenommenen Uebeltäter auf dem Gewissen haben, zu dem Blut und Elend des regulären, völkerrechtsgemäßen, „ritterlichen"

Kriegs wie ein Tropfen zum Ozean verhält, darüber werden sich ordnungsliebende Bürger nicht aufhalten. Der Abglanz der nationalen Siegestaten in den vaterländischen Heldenbüchern ist immer fleckenlos.

Der **Konsulatsbericht** erzählt zunächst einiges von den Serben: Plünderungen, Zerstörungen, Massakers. Die Zahl der albanischen Ortschaften, die von den Serben vollständig oder zum Teil systematisch zerstört worden sind, beträgt 31. Die von Kristo von Kumanowo, Sfiro Diliof von Uesküb, Alexandrowos von Istip u. a. geführten Banden plünderten alle Ortschaften der Distrikte Kratovo und Kotschana, steckten sie in Brand und metzelten die ganze mohammedanische Bevölkerung nieder. In Schujovo und Mescheli wurden alle Türken massakriert, weitere 200 in Betreni. In Bodganitza wurden 60 Türken in einer Moschee eingesperrt. Nachher ließ man sie heraustreten und machte einen nach dem anderen nieder. Im Distrikt von Kavadar wurden von insgesamt 98 Dörfern 34 zerstört. Die Türken, die sich zum Teil durch ein an eine Bande gezahltes Lösegeld gerettet glaubten, wurden von einer anderen Bande niedergemacht. In Drenewo wurden alle Bewohner getötet. Zwischen diesem Ort und Palikura hat man eine Reihe Gräber gefunden, aus denen Köpfe hervorragten. Sie gehören zu den Gemarterten, die lebendig begraben worden sind.

Der Bericht geht dann zu den Bulgaren über. Dedo Dutschow, unterstützt von Tane Nikokolof-Karamfilow und Michailow, operierten von der bulgarischen Grenze her. Ueber die Hälfte der Pomak-Bevölkerung (muselmanische Slawen) wurde getötet, andere zum Empfang der Taufe gezwungen. In vier Dörfern des Distrikts von Doliran wurden alle, die sich der Taufe widersetzten, getötet. In Serres wurde ein bulgarischer Soldat von einem Unbekannten getötet. Die Truppen nahmen das zum Vorwand, die Häuser zu plündern, die Männer zu ermorden, die Frauen und jungen Mädchen zu schänden. Diese Vorgänge dauerten sieben Stunden. In Wisoka, einer Ortschaft von 400 Häusern, ließ der obengenannte Dumbalakow 500 Muselmanen massakrieren. Die Frauen und die Mädchen über 13 Jahre wurden vergewaltigt. In einem andern Dorf wurden die Männer in einem Schlachthaus an den Füßen aufgehängt und gleich Tieren geschunden. In den Bezirken von Doliran und Kilkisch kamen unerhörte Grausamkeiten von. Ein Arzt, Dr. Medoschid, erklärte sich zur Taufe bereit, um sein Leben zu retten. Er wurde auf den Namen Nikola getauft und nachher getötet. Seine Frau wurde das Opfer eines bulgarischen Offiziers, der zur Bande gehörte. In Kurkolowo wurden alle Männer, Frauen und Kinder getötet. Nur die 20 schönsten jungen Mädchen wurden geschont. Aber sie mußten sich taufen lassen und hernach rissen die „Bekehrer" sie einander aus den Händen. Ein Mädchen, das sich widersetzte, wurde getötet, nachdem sie von der ganzen Bande genotzüchtigt worden war. In Eschelli bei Kilkisch wurden nach der Plünderung und Einäscherung des Dorfes und der Niedermetzelung der Männer 13 junge Mädchen geschändet und lebend begraben. In Petrowo ergriff eine Frau, die die Schändung ihrer Tochter ansehen mußte, ein Gewehr und schoß auf die Bulgaren. Das war das Signal zu einem allgemeinen, erbarmungslosen Gemetzel. Alle Frauen und jungen Mädchen wurden in einem Kaffeehaus eingesperrt, das hierauf in Brand gesetzt wurde. Keine einzige entkam. Die Frauen und Mädchen von Kurkolowo wurden in einer Moschee verbrannt. Man kann sagen, daß kein einziger von den verbündeten Armeen besetzter Ort verschont geblieben ist. Ueberall sind dieselben Akte wilder Barberei begangen worden und werden noch immer begangen. Die Türken, die in den Hauptorten des Innern gewohnt hatten und dort im Vertrauen auf die von den Behörden der Sieger gemachten Versprechungen geblieben waren, fliehen und vergrößern die Zahl der Flüchtlinge, die sich in Saloniki gesammelt haben.

Ein grauer Sünder.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 3. Februar d. J. las Herr v. Zedlitz einmal wieder den Fortschrittlern gehörig die Leviten wegen ihres Wahlbündnisses mit der Sozialdemokratie. Er suchte ihnen zu suggerieren, daß sie von der Sozialdemokratie unwürdig behandelt würden. „Die Sozialdemokratie traut ihrem Bundesgenossen so wenig, daß sie alles schwarz auf weiß von ihm haben will," rief er aus. Auf den Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: „Bei Ihnen würde das nicht einmal genügen," antwortete er unter dem Beifall der Rechten stolz: „Sie werden in diese Lage auch niemals kommen."

Herr v. Zedlitz hat nicht immer die Abneigung gegen sozialdemokratische Stichwahlhilfe gehabt, die in seinen gestrigen Worten zum Ausdruck gekommen ist. Bei der Reichstagswahl des Jahres 1887 kandidierte er im ersten Berliner Wahlkreis und kam mit dem Freisinnigen Klotz in die Stichwahl. Er erhielt 7007, Klotz 7882 Stimmen. Den Ausschlag gab die Sozialdemokratie, deren Kandidat 2176 Stimmen erhalten hatte. Für die Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien gab der sozialdemokratische Parteivorstand damals die Parole aus: „Unterstützung derjenigen Kandidaten, die für die Beibehaltung des Reichstagswahlrechtes und für die Aufhebung des Sozialistengesetzes stimmen." Zwischen Haupt- und Stichwahl fand nun im ersten Berliner Wahlkreis eine konservative Wählerversammlung statt, in der Frhr. v. Zedlitz und der damalige konservative Reichstagsabgeordnete, spätere Staatssekretär v. Köller sprachen. Ueber den Inhalt ihrer Reden berichtet die „Post" in ihrer Nummer vom 2. März 1887. Danach hat zunächst Herr v. Zedlitz den Versammelten auseinandergesetzt, die Freisinnigen seien so unzuverlässige Menschen, daß ihr Versprechen, für oder gegen ein bestimmtes Gesetz zu stimmen, keinen Anspruch auf Berücksichtigung habe. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Die, die darauf rechnen, in diesen Freisinnigen die festesten Verteidiger des jetzigen allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts und der Aufhebung des Sozialistengesetzes zu finden, die könnten sich gewaltig täuschen, wenn gerade in der Stunde der Entscheidung der populäre Wind anders geht." Man sieht, Herr v. Zedlitz war sehr besorgt darum, die 2176 sozialdemokratischen Wähler des ersten Berliner Reichstagswahlkreises vor einer Enttäuschung durch seinen freisinnigen Gegner zu bewahren. Es kommt aber noch schöner. Nach Herrn v. Zedlitz sprach Herr v. Köller. Nach dem Bericht der „Post" hat er unter anderem gesagt:

„Und nun noch ein Wort an die Sozialdemokraten. Ich will Ihnen nur eine Frage vorlegen: Glauben Sie wirklich, daß eine Partei, die wie die Freisinnige zerschmettert am Boden liegt, in der Lage sein wird, Ihre teils berechtigten, teils mobilisierbaren Wünsche in Erfüllung zu bringen? Wird ein Reichstag, der auf nationalem Boden steht und einig ist mit den Verbündeten Regierungen, nicht viel eher in der Lage sein, dies zu tun? Diese Frage legen Sie sich vor, nicht in Versammlungen, wo Sie von Ihren Führern aufgehetzt werden, sondern daheim bei der Frau und den Kindern, für deren Wohl Sie zu sorgen haben. . . . . Ich bin der Ueberzeugung, eine große Menge von denen, die sich Sozialdemokraten nennen, würde auch hier ihre Stimmen abgeben für Herrn von Zedlitz, und daran werden sie recht tun im Interesse ihrer Frauen und Kinder."

Herr v. Zedlitz war Ohrenzeuge dieses Werbens um sozialdemokratische Stimmen. Wie verhielt er sich? Trat er Herrn v. Köller entgegen, erklärte er, daß er von Sozialdemokraten nicht gewählt sein wolle? O nein, er nahm vielmehr, wie der Bericht sagt, „auch seinerseits Veranlassung, zu erklären, daß er im Falle einer Wahl energisch für die Interessen der Arbeiter eintreten werde". Aber geholfen hat ihm sein Bekenntnis zur Arbeiterfreundlichkeit nichts. Die Sozialdemokraten ließen ihn kräftig durchfallen, und seitdem verzichtet Herr v. Zedlitz auf sozialdemokratische Stichwahlhilfe und ist entrüstet über Parteien, die sie annehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar 1913.

Polizeiliches.

Selbst der begeistertste Lobredner der Polizei wird, wenn er objektiv ist, nicht zu behaupten wagen, daß die Polizei bei der am Mittwoch fortgesetzten Beratung des Etats des Ministeriums des Innern im preußischen Abgeordnetenhause besonders gut abgeschnitten hat. Namentlich waren es unsere Genossen Ströbel, Liebknecht und Hoffmann, die zahlreiche Fälle landrätlicher und polizeilicher Willkür zur Sprache brachten und dadurch schlagend bewiesen, daß wir in Preußen in einem Polizeistaat in des Wortes wahrster Bedeutung leben. In eingehender Weise übte zunächst Ströbel Kritik an der landrätlichen Verwaltung. Das von ihm beigebrachte Material lehrt, daß die Landräte sich in Preußen als kleine Könige fühlen, die in ihrem Kreise unumschränkt schalten und walten und einen weitgehenden politischen Einfluß ausüben, den sie in konservativem Parteiinteresse mißbrauchen.

Nicht weniger scharf war die Kritik Liebknechts an der Polizeiverwaltung in Berlin, in der noch immer das Lockspitzelunwesen in vollster Blüte steht und wo die ausländischen Arbeiter völlig der polizeilichen Willkür unterworfen sind. Kein Wunder! Wie der Herr, so's Gescherr! Dieser Ausspruch unseres Genossen Hoffmann ist durchaus zutreffend. Kein anderes Parlament der Welt würde es sich gefallen lassen, daß der verantwortliche Minister auf alle Anklagen der Opposition schweigt. Ja, in keinem anderen Parlament könnte ein Minister auch nur noch einen Tag im Amte bleiben, wenn ihm, wie es Herrn v. Dallwitz passierte, klipp und klar Unwahrheiten nachgewiesen werden. Der Minister hatte gestern dem Polen Korfanty diesen Vorwurf gemacht, aber der gab ihm den Vorwurf zurück, und in der Tat scheint es, als ob der Minister, gelinde gesagt, von seinen Untergebenen falsch unterrichtet worden ist. Einem preußischen Polizeiminister schadet das allerdings nichts. Im Gegenteil, seine Stellung wird um so fester, je unparlamentarischer er auftritt, und Herr v. Dallwitz, der sich dem fortschrittlichen Abg. Wenke gegenüber einfach jede Kritik seiner Amtshandlungen verbittet, hat bei der reaktionären Mehrheit von vornherein gewonnenes Spiel.

Nach einer fulminanten Anklagerede unseres Genossen Hoffmann, der die Polizeiverwaltung in den Provinzen zum Gegenstand seiner Besprechung machte und u. a. drastisch illustrierte, wie in Königsberg unter den Augen der Polizei die Ausbeutung der Prostituierten in Bordellen floriert, vertagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Schorlemer zum Kollektivisten ernannt.

Wo — sagt das Protokoll des Herrenhauses. Dort sah gestern ein hoher Adel sich nicht nur beunruhigt, wie jüngst durch die Einfuhr einiger Eisenbahnzüge mit russischem Fleisch, nein — weggeschwemmt von der roten Flut, die Herr Schorlemer durch sein Wassergesetz entfesselt hat, so daß sie die Wälle des alten und befestigten Grundbesitzes umzureißen droht.

Das sind keine rhetorischen Floskeln. So und nicht anders sprachen in öffentlicher Sitzung die Grafen Plettenberg und Droste-Vischering, dessen erlauchter Name sonst wohl nur die Reklamedrucksachen des Katholikentags ziert. Und warum Räuber und Mörder? Weil das Gesetz die Besitzer von Wasserkräften u. a. verpflichtet, gegen nicht zu knappe Entschädigung sich auch Veränderungen an ihren Wasserläufen gefallen zu lassen, wenn der Betrieb von Triebwerken, die von ihnen bewegt werden, dies erfordert. Dieses bißchen Erfüllung kapitalistisch-industrieller Notwendigkeit ergrimmte den Fürsten zu Salm und Horstmar über alle Maßen und Herr Schorlemer und Herr Sydow, die sonst durch die schönsten Herr-im-Hause-Phrasen die Scharfmacher entzücken, mußten alles Ernstes erklären, daß sie weder Sozialisten sind, noch daß das Wassergesetz den Kollektivistenstaat herbeiführe, kurz, daß sie mit Leinert und Hoffmann in der Tat wirklich weder verwandt noch verschwägert sind.

Chavaleresk wie immer, erklärte der Salm-Horstmar, wenn der Industrielle Leute in seinen Park schicken dürfe, um die Wasserleitung für das Triebwerk nachzusehen, so öffne das dem Obst-, Fisch- und Wilddiebstahl Tür und Tor. Die Arbeiter werden sich diese Junkerworte wohl merken, wenn die Junker- und Junkergenossen jetzt ihre Stimmen verlangen!

Nachdem man sich ausgeschimpft, fanden sich gegen das Gesetz nur — 7 Stimmen. Wandelt sich das Herrenhaus etwa in einen sozialdemokratischen Parteitag? Wie wird dem Salm, dem Plettenberg und dem Droste?

Noch eine nette Kleinigkeit ist zu erwähnen. Kardinal Kopp setzte sich für die Aufrechterhaltung gewisser vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Wasserpolizeirechte hannoverscher Städte ein, weil den Hannoveranern für ihre Rechte ein Königswort verpfändet sei: Und die zeitgemäße Wahlreform, Herr Kardinal?

Erst Mitte März tritt das Herrenhaus wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Vorlagen über das Schleppmonopol und die ländlichen Pflichtfortbildungsschulen in den westlichen Provinzen.

Eine Faschingsleistung.

Daß sie mit ihrem das Verbot des Streikpostenstehens fordernden Antrag so glänzend durchgefallen sind, hat die großen Strategen der Konservativen arg verschnupft. Sie hätten gar zu gerne der Arbeiterklasse einen derben Hieb versetzt und sich sogleich den großindustriellen Scharfmachern als die unentwegten Vorkämpfer für das heilige Naturrecht der unbeschränkten Ausbeutung empfohlen, um sich deren zahlungsfähige Gunst zu sichern. Es ist deshalb ganz begreiflich, wenn jetzt, nach der Ablehnung des Streikpostenverbots, die konservativen Blätter mit erhöhtem Eifer für den wirksamen Schutz der sogenannten Arbeitswilligen gegen den „Streikterrorismus" eintreten und sich die verrücktesten begriffsjuristischen Beweisführungen leisten, um darzutun, daß das deutsche Strafrecht höchst mangelhaft ist und dringend der Bereicherung durch einige schöne Paragraphen gegen den „Streikübermut" bedarf.

Wie selbstverständlich ist, erweist sich auf diesem Gebiet das ehrsame Organ der Kanitze, Putlitze, Malkewitze, Itzenplitze und anderer „Itze", die „Kreuz-Zeitung", als weitaus am leistungsfähigsten. In dem Leitartikel ihrer heutigen Morgenausgabe versucht einer ihrer Spezialjuristen unter Aufwendung der kuriosesten Rabulistik nachzuweisen:

1. daß es eigentlich gar keine Ausnahmegesetze gibt, und deshalb auch das geforderte Gesetz gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus bei Arbeitseinstellungen" nicht als Ausnahmegesetz gelten könne;

2. daß, genau genommen, — das deutsche Zivil- und Strafrecht voller Ausnahmegesetze wimmelt, und es deshalb auch gar nichts ausmacht, wenn noch ein solches Gesetz hinzukommt.

Den Beweis erbringt dieses juristische Genie des ehemals Hammersteinschen Blattes dadurch, daß er aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch und aus dem Strafgesetzbuch allerlei Abweichungen von der Regel zusammenträgt und diese als „Ausnahmegesetze" hinstellt, gegen die kein Mensch irgendwelche Einwendungen gehabt habe. Der Kniff ist so kindisch, daß es sich kaum lohnt, ein Wort darüber zu verlieren. Daß im bürgerlichen Recht wie im Strafrecht bei der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse Ausnahme- und Sonderbestimmungen notwendig sind, ist selbstverständlich. Solche Ausnahmebestimmungen aber mit politischen Ausnahmegesetzen auf eine Stufe zu stellen, ist Unsinn. Wir würden deshalb auch die ehrsame „Kreuz-Zeitung" ungeschoren lassen, wenn nicht einzelne Ausführungen so belustigend sind, daß wir sie als Beitrag zur Faschingsheiterkeit unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. So heißt es zum Beispiel in dem ersten Teil des Artikels, wo nachgewiesen werden soll, daß es gar keine Ausnahmegesetze gibt, sondern „das Ausnahmegesetz lediglich ein juristischer Schulbegriff" sei.

Und weiter die Lex Parsifal! Ein Schutzgesetz für ein einzelnes Bühnenwerk stellt sich auf den ersten Blick als der reine Typus des Ausnahmegesetzes dar. Aber weit gefehlt, daß das von den Verfechtern des Vorschlages anerkannt würde. Man hat nicht bloß versucht, dem Gesetzesvorschlage eine allgemein gehaltene Form zu geben, man vertritt auch mit voller Wärme der Ueberzeugung den Standpunkt, daß die Ausnahmestellung hier nicht im Gesetzesschutz liege, sondern in dem weihevollen Charakter des Bühnenwerkes und in der von seinem Schöpfer für die Aufführung gegebenen Bestimmung, die eine besondere gesetzliche Berücksichtigung erforderten.

Aehnliche Beispiele lassen sich noch viele geben, von den Gesetzesakten republikanischer Gemeinwesen an, durch die die Angehörigen entthronter Dynastien aus dem Heimatlande verbannt werden, bis zu den zahllosen Sondervorschriften auf dem Gebiete des öffentlichen und des Privatrechtes, die der Eigenart gewisser Verhältnisse Rechnung zu tragen bestimmt sind.

In derselben Spalte unten kommt dagegen derselbe Gesetzeskundige zu der Ansicht, daß eigentlich die ganze deutsche Gesetzgebung aus Ausnahmegesetzen bestehe. Er sagt wörtlich:

„So ist denn unsere ganze Gesetzgebung von Bestimmungen durchsetzt, über deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit kein Zweifel besteht, die aber rechtlich den Charakter von Ausnahmegesetzen tragen."

Was für Ausnahmegesetze sind das? Das juristische „Kreuz-Zeitungs"-Genie sieht in seiner Weisheit eine solche naseweise Frage voraus und erklärt:

Die eine Gruppe umfaßt Fälle, wo eine an sich strafbare oder doch unsittliche Handlung durch die Verletzung eines besonderen Pflicht- oder Vertrauensverhältnisses in besonderem Maße strafwürdig wird. Dahin gehören zum Beispiel gewisse Sittlichkeitsverbrechen oder Vergehen von Beamten, Geistlichen, Lehrern, Aerzten, ferner Körperverletzung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Unterschlagung, Hausfriedensbruch, die in Mißbrauch der Amtsgewalt begangen sind.

Eine weitere Gruppe enthält Straftaten, die ihrem Begriffe nach gewisse persönliche Eigenschaften des Täters voraussetzen, zum Beispiel Rechtsbeugung, Bestechung, Unterlassung der vorgeschriebenen kaufmännischen Buchführung, Verletzung der Wehrpflicht oder der Zeugen- und Geschworenenpflicht.

Bei der dritten Gruppe tritt der Charakter eines Ausnahmegesetzes ganz besonders hervor. Es handelt sich da um Handlungen, die an sich straffrei, nur gewissen Tätern gegenüber verfolgt werden. So wird die Offenbarung von Privatgeheimnissen nur bei Rechtsanwälten, Aerzten, Verteidigern, Notaren usw. bestraft, nicht bei Beamten oder bei Privatpersonen (§ 300 St.-G.-B.).

So ist denn bewiesen, erstens, daß es eigentlich gar keine Ausnahmegesetze gibt, und zweitens, daß es außerordentlich viele Ausnahmegesetze gibt. Doch das genügt der begriffsjuristischen Leistungsfähigkeit des scharfsinnigen Herrn noch nicht. Er beweist drittens auch noch, daß nicht das Verbot, sondern gerade das Nichtverbot des Streikpostenstehens ein Ausnahmegesetz darstellt. Pathetisch erklärt er dann zum Schluß: „Umgekehrt wäre es eine neue und äußerst bedenkliche Besonderheit, wenn der Gesetzgeber aus Scheu vor dem Schemen des Ausnahmegesetzes ein aus sachlichen Gründen gebotenes Vorgehen von sich ablehnen wollte."

Wahrscheinlich ist der Artikel gestern der „Kreuz-Zeitungs"-Redaktion aus Köln zugegangen, wo Rosenmontag gefeiert wurde; aber muß sie sich denn auch noch von dort Faschingsartikel schreiben lassen? Die Gelegenheitsleistungen der Kalksteine und Zepeline genügen doch.

Die Wünsche der Großindustriellen.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat sich in seiner letzten Ausschußsitzung sowohl mit dem Verbot des Streikpostenstehens als auch mit dem Gesetzentwurf über die Aenderung der Konkurrenzklausel beschäftigt. So sehr der Verband auf der einen Seite die ablehnende Haltung des Reichstages zum Verbot des Streikpostenstehens verurteilt, ebenso lebhaft tritt er für die Beibehaltung der Konkurrenzklausel, ja für eine Verschärfung des Zustandes auf diesem Gebiete ein. Er verlangt außer der Konventionalstrafe noch Ersatz eines weiteren Schadens. In der Entschließung heißt es nach den „Berliner Politischen Nachrichten":

„Die Versammlung hält es für geboten, daß allgemein gegen alle Handlungsgehilfen ohne Ausnahme im Falle der Verletzung der Konkurrenzklausel ein Anspruch auf Erfüllung oder neben der Konventionalstrafe auf Ersatz des weiteren Schadens gegeben wird, daß ferner der neue Prinzipal neben dem das Konkurrenzverbot verletzenden Handlungsgehilfen für Vertragsstrafe und weiteren Schadenersatz als Gesamtschuldner haftbar ist, wenn er gewußt hat oder wissen mußte, daß der Handlungsgehilfe durch

den Eintritt in seinen Dienst, eine bestehende Karenzverpflichtung verletzt."

Werden die Handelsangestellten den Herren, die am liebsten die völlige Versklavung der Angestellten und Arbeiter haben möchten, hierauf die richtige Antwort geben?

Ein Nasenstüber für Kardorff junior.

Der Sproß und parlamentarische Erbe des Scharfmachers und Gründers v. Kardorff, Herr v. Kardorff junior, hat von der „Karlsruher Zeitung" einen offiziösen Nasenstüber erhalten. Herr v. Kardorff der Jüngere hat im Abgeordnetenhause am 31. Januar Baden wegen seiner allzu „demokratischen" Wahlreform und der allzu konzilianten Haltung seiner Regierung der Sozialdemokratie gegenüber derb gerüffelt und es hierauf zurückgeführt, daß Baden mit seiner frevelhaft volkstümlichen Politik die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ganz unverhältnismäßig vermehrt habe. Die „Karlsruher Zeitung" weist nun in halbamtlicher Auslassung diesen Angriff des längsten Redners der kleinsten Partei des Abgeordnetenhauses als unbefugte Einmischung in einzelstaatliche Angelegenheiten zurück. Es ist possierlich, daß Herr von Kardorff, der sich in der preußischen Duma über die Eingriffe des Reiches in preußische Landesangelegenheiten so entrüstete, nun von einem anderen Bundesstaat darauf aufmerksam gemacht wird, daß sich diese anderen Bundesstaaten die arrogante Kritik des preußischen Scharfmachers entschieden verbitten!

Wahlrechtsverschlechterung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Die schon angekündigte Wahlrechtsverschlechterungsvorlage wurde am Dienstag von der Regierung dem schwarzburg-rudolstädtischen Landtage überreicht. Der Landtag soll künftighin aus 24 Abgeordneten, bisher 16, bestehen, und zwar aus je einem Vertreter 1. der Staats- und Gemeindebeamten, Geistlichen und Volksschullehrer, 2. des Handels und der Industrie, 3. der Landwirtschaft, 4. des Handwerks, 5. der Arbeiterschaft, 6. der Steuerzahler mit höherem Einkommen, 7. der Stadt Rudolstadt, 8. der übrigen Städte der Oberherrschaft, 9. der Landgemeinde des Landratsamtsbezirks Rudolstadt, 10. der Landgemeinde des Landratsamtsbezirks Königssee, 11. sämtlicher Gemeinden der Unterherrschaft, 12. aus einem Rechtskundigen. Der Rest von 12 Abgeordneten soll aus allgemeinen Wahlen hervorgehen.

Das Wahlrecht soll ferner insofern verschlechtert werden, daß die Wahlberechtigten ein Jahr lang im Besitz der schwarzburg-rudolstädtischen Staatsangehörigkeit sein müssen, sechs Monate ihren Wohnsitz am Orte der Listenaufstellung haben und mit den Gemeinde- und Staatssteuern nicht länger als ein Jahr im Rückstande sind. Außerdem soll jeder über 50 Jahre alte Wähler eine Zusatzstimme erhalten. Die Obstruktion soll nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Der Landtag soll beschlußfähig sein, wenn wenigstens zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sind. Wenn infolge Beschlußunfähigkeit des Landtags eine gültige Abstimmung über eine Regierungsvorlage nicht stattfinden kann, soll innerhalb einer Woche eine erneute Beschlußfassung herbeigeführt werden, in der nur die Hälfte der Abgeordneten anwesend zu sein braucht. Bei Abänderung des Grundgesetzes bedarf es der Anwesenheit von drei Viertel der Abgeordneten und der Zustimmung von zwei Dritteln der abstimmenden Abgeordneten.

Wenn die Zeiten nicht so ernst wären, möchte man an einen Fastnachtsscherz glauben, den sich die Regierung mit der Mehrheit des Landtages erlaubt.

Karnevalspolitik in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg kommt die Nachricht, daß der dortige Polizeipräsident, zum Entsetzen aller Hurrapatrioten, das Singen von Nationalhymnen während der Fastnachtstage verboten habe. Anscheinend richtet sich das Verbot in erster Reihe gegen das Singen und Spielen der französischen Nationalhymne, der Marseillaise, und des bei den Elsaß-Lothringern und — Wilhelm II. beliebten französischen Militärmarsches „Sambre et Meuse" und der „Marche Lorraine". Aber einem gesunden praktischen Sinne und einer anerkennenswerten Regung der Parität folgend hat die Polizeibehörde der reichsländischen Hauptstadt zugleich, um jeden Anreiz zu solchen, wie er zu glauben scheint vaterlandsfeindlichen Kundgebungen von vornherein auszuschließen, auch den Gesang des „Heil dir im Siegerkranz" über die Fastnachtszeit kurzerhand verboten, so daß in zahlreichen Wirtschaften an den Karnevalstagen das folgende Plakat prangte:

„Laut Polizeivorschrift ist in den Karnevalstagen folgendes strengstens verboten:

1. Das Spielen und Singen von Nationalhymnen sowie demonstrative Lieder und Märsche;
2. Das Tragen von militärischen und geistlichen Uniformen, Fahnen, denen ein demonstrativer Zweck zugrunde liegt.

Zuwiderhandlungen haben strengste Bestrafung zur Folge."

Und da soll ein Vaterlandsfreund in der Westmark nicht in Aufruhr geraten! Empört schreibt die bürgerlich-demokratische „Straßburger Neue Zeitung":

„Am 27. Januar sollen wir „Heil Dir im Siegerkranz" singen und am 1. Februar wird es verboten. Da soll sich ein anderer auskennen als wir. Im übrigen sind wir gute Patrioten und lassen uns vom Wirt unserer Stammkneipe auf keinen Fall verbieten, ob wir die Nationalhymne singen wollen oder nicht, und so erklären wir rund heraus: Wir haben am 27. Januar „Heil Dir im Siegerkranz" gesungen und wir singen morgen und übermorgen: Faschingsheil!"

Es lebe die bürgerliche Demokratie mit „Heil Dir im Siegerkranz" am Fasching!

Ungarn.

Vor dem Generalstreik.

Budapest, 3. Februar. (Eig. Ber.) In Ungarn wird intensiv an den Vorbereitungen für den Generalstreik gearbeitet. Am letzten Sonntag fanden wieder in der Provinz 22 Versammlungen statt, in welchen die Bürgerschaft sich mit den Arbeitern solidarisch erklärte. Am Donnerstag, den 6. Februar, beginnt der Parlamentsausschuß seine Beratungen über das Wahlrechtsgesetz. Aus diesem Anlaß hat der Parteivorstand für Mittwoch abend in der Hauptstadt und Umgebung 41 Volksversammlungen einberufen, da angenommen wird, daß der Generalstreik schon am 6. Februar seinen Anfang nimmt. Der Parteivorstand verschickt heute wieder ein Flugblatt nach allen Gegenden, welches die Aufschrift trägt: „Rüstet zum Generalstreik!" Dies Flugblatt wird in ungarischer, deutscher und slawischer Sprache herausgegeben.

Am Sonntag beschloß der Fabrikantenbund eine Eingabe an den Reichstag, worin er die Regierung auffordert, in das neue Wahlgesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß jeder industrielle Arbeiter, der das 24. Lebensjahr erreicht hat und zwei Jahre in einer Gemeinde seßhaft ist, das Wahlrecht besitzen soll.

In einem hauptstädtischen Bezirk ist durch das Ableben eines Abgeordneten eine Neuwahl notwendig. Sämtliche oppositionellen Parteien beabsichtigen, dort einen Kandidaten gegen die Regierung aufzustellen, und der Sieg der Opposition ist gewiß.

Großes Interesse wird auch der Verhandlung entgegengebracht, die am 17. Februar ihren Anfang nimmt. Bekanntlich hat der gewesene Staatssekretär Desy im vorigen Jahre den Ministerpräsidenten Lukacz mit dem Titel belegt, daß er der größte Panamist der Welt sei. Der Ministerpräsident hat die Klage gegen Desy erhoben. Hauptstädtische Blätter veröffentlichen jetzt Desys Beweismaterial. Seine Beschuldigungen zerfallen in fünf Hauptgruppen. Die erste bezieht sich auf einen mit der Ungarischen Bank- und Handelsgesellschaft abgeschlossenen Vertrag über die Pachtverlängerung des Salzgefälles, den Lukacz seinerzeit als Finanzminister, wie Desy behauptet, unter der Bedingung verlängert haben soll, daß die Bank drei Millionen Kronen, die sie dem Aerar hätte abführen sollen, der Wahlkasse der nationalen Arbeitspartei überlasse. Unter ähnlichen Bedingungen sollen auf die Südfrüchteauktion und die Unterstützung der Hausindustrieartikel bezügliche Verträge verlängert worden sein. Die zweite Gruppe bezieht sich auf Geldsendungen an die Obergespane, die dritte auf eine Affäre der Pakettransportgesellschaft, die vierte auf den Verkauf eines Hauses des Herrn v. Lukacz an den Staat, die fünfte auf die Stellung des Herrn v. Lukacz als Präsidenten der Klassenlotteriegesellschaft.

Ein offiziöses Communiqué versucht, diese Anklagen mit der Behauptung zu entkräften, daß Desy längst erledigte und erörterte Angelegenheiten neu aufwärme. Die Hauptverhandlung wird ja erweisen, wer recht hat.

Italien.

Blutige Unruhen und Generalstreik in Neapel.

Genua, 4. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In Neapel, wo durch eine Regierungsverordnung die kommunale Verzehrsteuer um fünf Millionen jährlich erhöht wurde, ist es zu Unruhen gekommen. Vierzig Personen wurden verwundet, darunter Soldaten und Polizisten; 100 Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Generalstreik wurde erklärt und soll so lange fortgesetzt werden, bis die Stadtverwaltung zurücktritt.

Spanien.

Anarchistenhetze in der liberalen Aera.

Paris, 4. Februar. Nach einer der „Agence Havas" über Cerbère zugegangenen Meldung aus Huelva wurde daselbst eine „anarchistische Verschwörung" gegen die spanische Regierung entdeckt. Drei Anarchisten wurden verhaftet, und zwar der Lehrer an der von Ferrer in Barcelona errichteten modernen Schule, Francisco Sanchez, dann ein gewisser Emiliano Barral und der Portugiese Antonio Oliviera.

England.

Beinahe eine neue Niederlage.

London, 4. Februar. (Unterhaus.) Die Regierung hätte heute nachmittag bei der Beratung des Gesetzes betreffend die Trennung der Kirche vom Staat in Wales beinahe eine Niederlage erlitten. Der Abänderungsantrag der Opposition, durch den die Einziehung von kirchlichen Pfründen eingeschränkt werden soll, wurde nur mit 248 gegen 220 Stimmen abgelehnt. Die Unionisten waren in unerwarteter Stärke erschienen und als die Abstimmung erfolgte, herrschte große Aufregung. Als endlich das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde, gaben die Ministeriellen ihrer Erleichterung durch Beifallsrufe Ausdruck, während die Oppositionellen riefen, man solle die Bill fallen lassen.

China.

Endgültiger Abschluß der Sechsmächte-Anleihe.

Peking, 4. Februar. Die Sechsmächte-Anleihe ist nunmehr zum Abschluß gekommen. Die Anleihe führt den Namen „5½prozentige Reorganisations-Goldanleihe der chinesischen Regierung von 1913". Der Anleihebetrag ist 25 Millionen Pfund Sterling (500 Millionen Mark). Die Banken werden 5½ prozentige Goldbonds ausgeben. Mit einigen unwesentlichen Vorbehalten soll der Anleihebetrag ausschließlich für folgende Zwecke verwandt werden: Erfüllung der Verbindlichkeiten der Zentralregierung, Rückkauf der ausstehenden Provinzialanleihen, Bezahlung von Entschädigungen für die Verluste, die infolge der Revolution entstanden sind, Entlassung der Truppen, Rückkauf eines bestimmten Betrages von Noten der Zentralregierung und der Provinzen, Zahlung der laufenden Verwaltungsausgaben und Reorganisation der Verwaltung der Salzzölle. Die Bankengruppe verpflichtet sich, zwei Millionen Pfund Sterling sofort vorzustrecken, worauf sie Schatzscheine in Kürze ausgeben wird. Die Anleihe läuft auf fünfzig Jahre, jedoch hat China das Recht, sie nach sechsmonatiger Kündigung al pari zu konvertieren oder zurückzukaufen. Der Rückkauf der Anleihe beginnt nach fünfzehn Jahren. Der Uebernahmepreis der Anleihe ist 6 Proz. unter dem Nominalwert der Bonds, die in London nicht unter 96½ Proz. und in Paris nicht unter 97½ Proz. ausgegeben werden sollen. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, innerhalb der nächsten sechs Monate keine weitere Regierungsanleihe aufzunehmen und auch keine Anleihe abzuschließen, für die die Salzzölle haften, ohne der Sechsmächte-Bankengruppe ein Optionsrecht zu gewähren. Ein Teil des russischen Anteils an der Anleihe soll in Belgien emittiert werden, während der japanische Anteil, wie erwartet wird, zum großen Teil in London emittiert werden wird. Die Ernennung des Dänen Olsen, früheren Zollkommissars in Tientsin, zum zweiten Generalinspektor der Salzsteuer und die Ernennung des Deutschen Komp zum Superrevisor der chinesischen Rechnungskammer ist bestätigt worden. Für das Anleihedepartement, das China einrichten will, wünscht es die Ernennung eines italienischen Finanzmannes von europäischem Ruf.

Der Anleihevertrag wird von den Vertretern der Banken, dem Premierminister und den Ministern des Aeußern und der Finanzen unterzeichnet werden. Die Anleihe ist von der ersten Ausgabe der Bonds zu datieren. Die Anleihe ist durch die Salzsteuer völlig gedeckt. Da auch alle künftigen Ueberschüsse der Seezölle für den Dienst dieser Anleihe verwendet werden sollen, so wird eine entsprechende Summe von der Salzsteuer für sonstige Bedürfnisse der chinesischen Regierung verfügbar. Wenn die Lage des Geldmarktes oder andere Ursachen die Ausgabe der Bonds verzögern, so wird die Bankengruppe China weitere zwei Millionen im Februar und drei Millionen im März vorschießen. China hat eine Rechnungskammer für die Anleihe und ein Inspektorat für die Salzsteuer einzurichten. Die Salzsteuer wird reorganisiert werden. In die Verwaltung der Salzsteuer wird kein Eingriff stattfinden, solange die Verpflichtungen regelmäßig erfüllt werden. Aber wenn Rückstände eintreten, wird die Verwaltung der Salzsteuer nach einer angemessenen Frist von der Seezollverwaltung ausgeübt und die Einnahme für Rechnung und im Interesse der Gläubiger verwaltet werden. Bis zur Reorganisation der Salzsteuer verpflichtet sich die chinesische Regierung, daß drei Provinzen monatlich Summen in Höhe der Verpflichtungen an die Banken zahlen werden. Diese Zahlungen sollen aufhören, wenn die Salzsteuer in einem Jahre ausreicht, den Dienst der Anleihe zu decken.

Vorbereitungen für einen Feldzug gegen die Mongolei.

Mukden, 4. Februar. Wie der Petersburger Telegraphen-Agentur aus chinesischer Quelle gemeldet wird, erhielt der Generalgouverneur aus Peking den endgültigen Plan betreffend das Verfahren in der Mandschurei und Mongolei. Dem Befehlshaber der Armee und den in der Mandschurei und Mongolei befehligenden Offizieren wird vorgeschrieben, die für die Operationen in der Mongolei nötigen Truppen allmählich an die Grenze der Nordmongolei zu verlegen. Als Zeitpunkt für den Beginn der Operationen ist der März bestimmt.

Aus der Partei.

Kauf sozialdemokratischer Wahlstimmen.

In Wandsbek war im vorigen Sommer ein Oberbürgermeister zu wählen. Die Wahl war auf Lebenszeit ausgeschrieben worden, weil man annahm, daß der alte, für das Bürgertum durch Wahlrechtsraub und andere Dinge verdiente Oberbürgermeister Rauch wiedergewählt würde. Aber eine Gruppe bürgerlicher Politiker war dem alten Herrn aus persönlichen Gründen gram und während das ganze Bürgertum die Vorbereitungen für einen Fackelzug aus Freude über die Wiederwahl des alten Bürgermeisters traf, ließ sich die Mehrheit desselben Bürgertums gegen Rauch gewinnen. Auf Lebenszeit gewählt wurde der junge Bürgermeister Fischer aus Forst. Das Unglück konnte dann wegen eines Formfehlers noch korrigiert werden und bei einer zweiten Wahl wurde der Bürgermeister Rodig-Potsdam gewählt.

Wegen der sonderbaren Formen, in denen die Fischerpartei bei dem ersten Wahlgange agitiert hatte, mußte sich jetzt der Tierarzt Hartmann vor dem Landgericht Altona verantworten. Der Staatsanwalt hatte im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Bruhns erhoben. Als Zeuge sagte Bruhns aus, am 15. Mai kurz vor der Wahl sei Hartmann zu ihm gekommen und habe ihn gefragt, wie sich die sozialdemokratische Partei zu der Wahl stelle. Bruhns verweigerte die Auskunft, da die Beschlüsse geheim zu halten seien. Nachdem noch hin und her geredet, rückte dann Hartmann mit folgendem Angebot heraus: Es stünden Bruhns 1000 M. für die sozialdemokratische Agitationskasse und 200 M. als Lohn für seine Bemühungen zur Verfügung, wenn es ihm gelinge, die sozialdemokratische Partei oder wenigstens 250 sozialdemokratische Wähler zur Wahl Fischers zu bestimmen. Bruhns wies diesen Bestechungsversuch natürlich entrüstet zurück. Zwei bürgerliche Herren hatten während der Unterredung bei Bruhns die von ihm verwaltete Ortskrankenkasse revidiert und sie sagten aus, daß Bruhns sehr erregt zu ihnen ins Zimmer getreten sei und auf ihre Fragen von dem Bestechungsversuche erzählt habe. Aber der Angeklagte leugnete. Er habe sich im Auftrage des Fischerschen Wahlkomitees nur nach der Stellung der Sozialdemokratie erkundigen wollen. Erst als er keine befriedigende Antwort erhalten, habe er ganz am Schluß und, wie er selbst sagt, ganz unvermittelt ohne Anlaß einen „Bluff" gebraucht und von den 1000 M. gesprochen, mit denen nun tüchtig agitiert werden müsse. Wie er zu der unsinnigen Aeußerung kam, weiß er selbst nicht anzugeben. Der Staatsanwalt sah darin auch nur faule Ausreden und beantragte zum Schutze der Reinlichkeit der Wahlen eine Geldstrafe von 150 M. Rechtsanwalt Dr. Herz, der Vertreter von Bruhns, schloß sich dem Antrage auf Bestrafung an. Aber das Gericht fand in den alten Protokollen noch eine kleine Unstimmigkeit zu der jetzigen Aussage von Bruhns. Es handelte sich zwar um eine Nebensächlichkeit, die mit dem Thema nichts zu tun hat. Aber das Gericht zog daraus den Schluß, wenn auch die Wahrhaftigkeit Bruhns nicht angezweifelt werden könne, sei doch immerhin die Möglichkeit eines Mißverständnisses nicht ausgeschlossen. Deshalb wurde Hartmann freigesprochen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu sechs Monaten Gefängnis wurde am Sonnabend der verantwortliche Redakteur der „Dzienik Robotniczy", unseres polnischen Parteiblattes, Theophil Blott aus Kattowitz, von der Strafkammer in Beuthen verurteilt. In einem Artikel soll zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert, das Kasernenleben verächtlich gemacht und die Offiziere sollen beleidigt worden sein.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalsanlage in Deutschland.

Eine Berechnung in der „Frankf. Ztg." sucht festzustellen, welche Kapitalien jährlich in Deutschland zu produktiven und kommerziellen Zwecken bereitgestellt werden. Die Statistik kann allerdings nur den Teil der Kapitalsanlage erfassen, für den eine besondere juristische Form (Aktiengesellschaft, Gesellschaften m. b. H.) gewählt wird. Die Hingabe von Kapitalien auf rein privatem Wege ist in der Aufstellung nicht enthalten. Aber trotzdem gibt die Statistik ein Bild von der Bewegung der Kapitalsanlagen. Scheidet man nach festverzinslichen Werten (Staatspapieren, Kommunalanleihen, Pfandbriefen und Industrieschuldverschreibungen) und Dividendenpapieren (Aktien), so wurden angelegt:

	1901/2	1905/6	1907/8	1908	1909	1911	1912
	Millionen Mark						
Festverzinsbar	2193	2712	2234	3210	3813	2494	2726
Aktien . . .	398	995	919	815	1053	972	1276
Insgesamt .	2591	3707	3153	4025	4866	3466	4002

Bei aufsteigender Konjunktur werden Aktien bevorzugt, da sie hohe Erträgnisse erwarten lassen. Während oder nach einer Krise, in der die Dividendenpapiere durch ausbleibende oder niedrigere Erträgnisse entwertet werden, bevorzugt der Kapitalist die Anlage in Papieren, die ihm eine feste, von vornherein garantierte Rente bieten. Das Jahr 1908 z. B. zeigt bei einer Zunahme der Gesamtanlagen einen Rückgang bei den Aktien. Neben diesen durch den Konjunkturverlauf bedingten Schwankungen ist deutlich eine allgemeine Tendenz in der Bevorzugung der Aktien erkennbar. Das erklärt sich einmal durch die starke Entwickelung der deutschen Industrie in dem letzten Jahrzehnt, die notwendig einen vermehrten Kapitalsbedarf hervorruft. Aber hinzu tritt auch das subjektive Bedürfnis des Kapitalisten nach möglichst hoher Verzinsung seines Kapitals. Auch der Bedarf des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände an Anleihen ist stark gestiegen. Aber bei der Bevorzugung von Dividendenpapieren durch die Kapitalisten wird es den öffentlich-rechtlichen Verbänden immer schwieriger, ihren Geldbedarf zu decken.

Versicherung gegen Fahrkartenverlust. Das Versicherungswesen kennt keine Schranke für ihre Tätigkeit. Zu den neuesten Unfällen und Verlusten, denen sich die Versicherung jetzt annehmen will, gehört der Fahrkartenverlust. Da die Bahnverwaltungen, die Straßenbahnen usw. für Monats- oder Jahreskarten bei Verlust keinen Ersatz leisten, derartige Verlustfälle aber fast täglich vorkommen, so ist dem „Archiv für Versicherungswissenschaft" zufolge die Allgemeine Unfallversicherungsgesellschaft in Wien auf die Idee gekommen, diese neue Versicherung in ihren Tätigkeitsbereich miteinzubeziehen. Die Gesellschaft zahlt nach ihren Versicherungsbedingungen nicht Geld aus, sondern verabfolgt eine Ersatzkarte. Um nicht zur Unachtsamkeit anzuregen, verfällt die Versicherung jedesmal bei einem Schadenersatz.

Eine Vereinigung der städtischen Milchgroßbetriebe Deutschlands ist in Berlin gegründet worden. Den Vorsitz übernahmen der Direktor der Molkerei C. Bolle A.-G. und der Direktor der Zentralmolkerei Hannover. In der offiziellen Gründungsnotiz verweist die Vereinigung auf das Bestreben der Milchgroßbetriebe, die Bevölkerung mit Milch von einwandfreier Beschaffenheit zu versorgen, sagt aber nichts über ihre wirtschaftlichen Ziele, die doch offenbar der Vereinigung weit mehr am Herzen liegen als die Sorge für die Konsumenten. Hoffentlich tritt die Vereinigung nicht mit einer neuen Preissteigerung hervor.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacher-Aschermittwoch.

In dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände wird mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der **Unterstützung der Gelben** in der deutschen Arbeiterbewegung betont.

„Die Arbeitgeberschaft kann eine Richtung unter der Arbeiterschaft, die die sozialdemokratische Verhetzungspraxis nicht nur mit Worten, sondern wirklich mit einer ihr entgegengesetzten Praxis bekämpfen will, nur begrüßen. Es zeugt von einer unheilbaren Verranntheit in gewerkschaftliche Ideen oder von einer offensichtlichen Unehrlichkeit, wenn dem Arbeitgeber aus einer Förderung solcher wirtschaftsfriedlicher Bewegung ein Vorwurf gemacht wird. Dieser Neuentwickelung wirtschaftsfriedlicher Bestrebungen steht leider eine Neuentwickelung radikaler wirtschaftsstörender Tendenzen unter der Angestelltenschaft gegenüber. Dem Bund technisch-industrieller Beamten ist der Verband deutscher Techniker nachgefolgt. Im kaufmännischen Lager ist neben dem Bunde kaufmännischer Angestellten, der eine Gründung des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist, eine neue Gewerkschaft im Allgemeinen Verbande der Deutschen Bankbeamten entstanden. Auch in die übrigen Vereine — in Industrie und Handel sind von etwa 1 200 000 Angestellten rund 720 000 organisiert — frißt sich der Gewerkschaftsgedanke offen und heimlich immer mehr ein. Es gilt vielfach schon als rückständig, wenn ein Verein neben Angestellten auch Prinzipale als Mitglieder zuläßt. Das ist jedenfalls eine treffliche Illustration zu dem gewünschten Ausgleich der Klassengegensätze. Es ist **nicht entfernt ein Angriff auf das Koalitionsrecht — abgesehen davon, daß es ein solches Recht gar nicht gibt — wenn der Arbeitgeber Elemente, die sich in bewußtem Gegensatz zu ihm stellen, nach Möglichkeit vom Betriebe fernhält.** (!) Das ist vielmehr eine Wahrung seines Hausrechts und ein Gebot der Selbsterhaltung; der kategorische Imperativ der Pflicht für ihn als den für das Unternehmen verantwortlichen Leiter. Wäre der Vorwurf berechtigt, dann müßte er auch gegen den Staat erhoben werden, der jetzt in erfreulicher Energie dazu übergeht, solche Angestellte, die sich Angestelltengewerkschaften angeschlossen haben, von der Beschäftigung in Staatsbetrieben auszuschließen. Wir haben gezeigt, daß es starke Schlachtreihen sind, die sich dem Unternehmer im Kampfe um die Arbeitsbedingungen entgegenstellen. Es war höchste Zeit, daß die Arbeitgeber diesen Angriffen gegenüber auch ihre Reihen schlossen. Die amtliche Statistik verzeichnet insgesamt 3085 Arbeitgeberverbände mit 132 000 Mitgliedern und 4,3 Million beschäftigter Arbeitern. Trotzdem gibt es noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Arbeitgeber zusammenzuschließen. Von unserem Ideal, die gesamte Arbeiterschaft in fachlichen und gemischtgewerblichen Verbänden lückenlos zu vereinigen, sind wir noch weit entfernt. Ganze Industriezweige glauben noch des Zusammenschlusses entbehren zu können. Es gilt also, neue Verbände zu gründen und für die bestehenden neue Anhänger zu gewinnen. Neben dieser äußerlichen Agitationsarbeit gilt es aber zugleich, die Verbände immer wirksamer auszubauen, sie immer mehr zu vertiefen und zur Erfüllung ihrer Zwecke geeigneter zu machen. Diese nach innen gerichtete Arbeit ist nicht immer dankbar; sie muß aber geleistet werden, denn auf Zahlen allein gründet sich kein Zusammenhalt, sondern auf den Geist kommt es an, von dem der Verband und die Mitglieder getragen sind. Dieser Geist, der Korpsgeist, ist vor allem ausschlaggebend, wenn die schwerste Abwehrmaßnahme, **die Aussperrung** vorgenommen werden soll. Die Aussperrung muß in erster Linie von der gemeinsamen Ueberzeugung aller Mitglieder und von dem unbedingten Vertrauen der Mitglieder zu den Anordnungen der Verbandsleitung beherrscht sein. Wo auch nur eine einzige Firma sich ausschließt, oder nur widerwillig oder mit einem Hintergedanken sich beteiligt, trägt die Aussperrung schon den Keim des Mißerfolges in sich. Ganz verfehlt aber ist es, einen Aussperrungsbeschluß in der Erwartung zu fassen, daß er doch nicht zur Ausführung komme und die Androhung dieser Maßnahme genüge, um den Abbruch der Bewegung herbeizuführen. Eine solche Annahme wäre direkt verhängnisvoll. Mag es sich um eine Gesamtaussperrung oder eine prozentuale oder mag es sich nur um eine Aussperrung der Organisierten handeln: in jedem Falle erfordert die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle eine intensive Kleinarbeit, die die Maßnahmen des Verbandes und auch das Verhalten der einzelnen Firmen bis ins kleinste regelt. Auf der anderen Seite wäre es falsch, die taktischen Maßregeln des Verbandes auf eine längere Zeit im voraus festzulegen, die eigenen Maßnahmen richten sich bekanntlich auch im Kriege immer nach den jeweiligen Maßnahmen des Gegners. Aus diesem Grunde läßt sich auch kein allgemeines Schema aufstellen. Die Erfahrungen aber, die ein Verband bei der Durchführung der Aussperrung gemacht hat, den anderen Verbänden, die vor einer solchen Entscheidung stehen, zugänglich zu machen, wird sich die Hauptstelle besonders angelegen sein lassen."

Im weiteren Verlauf wird in dem Geschäftsbericht **Sturm gegen die Tarifverträge** gelaufen.

Es ist unerfindlich, daß namentlich die christlichen Gewerkschaften, die durch die Tarifvertragspolitik praktisch an die Wand gedrückt werden, nicht die Kraft finden, energischer, insbesondere unter Zuhilfenahme des politischen Einflusses, den sie haben, dagegen vorgehen. Wir empfehlen diese Entwickelung des Tarifvertrages der ernstesten Beachtung unserer Regierung, die doch die Interessen der Allgemeinheit zu wahren berufen ist, denn für die Allgemeinheit besteht hierin eine Gefahr, deren Tragweite gar nicht abzusehen ist. Der Tarifvertrag führt, das zeigt diese Entwickelung, zum Arbeitsmonopol, das Arbeitsmonopol zum Koalitionszwang, der Koalitionszwang zur politischen und wirtschaftlichen Beherrschung der Allgemeinheit durch die organisierte Lohnarbeiterschaft. Es ist bedauerlich, daß selbst ein Teil der Arbeitgeber sich durch Schlagworte hat einschüchtern lassen und die Forderung auf Erlaß eines Verbots des Streikpostenstehens aus Opportunitätsgründen fallen gelassen habe, weil sich im gegenwärtigen Reichstage keine Mehrheit für ein solches Verbot finden und außerdem ein Verbot den Sozialdemokraten nur willkommenen Agitationsstoff liefern würde. Solche reinen Persönlichkeitsgründe sollten in einer so ernsten Frage nicht ausschlaggebend sein.

Die Macht der Gegner wächst von Tag zu Tag, immer neue Volkskreise sucht die Sozialdemokratie in den Dienst ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit zu stellen. Neben den politisch organisierten Streitkräften bedient sie sich der gewerkschaftlichen Mithilfe und, namentlich in letzter Zeit, in immer größerem Umfange auch der Konsumvereine zur Durchführung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele. Es ist bekannt geworden, daß zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Verwaltung der Konsumvereine ein regelrechtes Abkommen über die Mithilfe der letzteren bei Gewerkschaftsstreiks durch wirtschaftlichen Druck auf den Unternehmer besteht. Wie die Sozialdemokratie den jugendlichen Nachwuchs heranzuziehen sucht und wie sie neuerdings durch die sogenannte Volksfürsorge mit dem Mittel einer Volksversicherung ihren Einfluß in geradezu unabsehbarer Weise noch erweitern will, ist ebenfalls bekannt. Da gilt es für die Arbeitgeber fest zusammenzuhalten, sich nicht zu zersplittern und zu bekämpfen, sondern gemeinsam Front zu machen gegen den gemeinsamen Feind.

Die Arbeitgeberverbände erstreben den wirtschaftlichen Frieden, der ja für die Unternehmung Lebensbedingung ist, sie wollen und sollen aber auch gerüstet sein, wenn sie angegriffen werden und darum gilt auch für sie das Wort, das jüngst so treffend die Stellung des Deutschen Reiches gegen seine politischen Widersacher kennzeichnete: Friedfertig und kriegsbereit."

Die scharfmacherischen Unternehmer scheinen sich trotz der Hilfe der „Gelben" in arger Bedrängnis zu fühlen. Deshalb wird die Regierung um Hilfe angefleht. Diese kann aber auch nicht so, wie sie vielleicht gern möchte. Die Regierung dürfte allmählich einsehen, daß das Verbot des Streikpostenstehens eine zweischneidige Waffe ist, denn schließlich hat weder der Breslauer Handabhacker in Schutzmannsuniform, noch die uniformierten Mörder des bedauernswerten Hermann den bedrängten Arbeitgebern Hilfe bringen können. Der letzte Rettungsanker dürfte die Hintzegarde sein. Oder ist dies Bollwerk der bürgerlichen Gesellschaft auch schon geborsten? Wenn August Hintze den Geschäftsbericht der Arbeitgeberverbände liest, wonach die große Mehrzahl der Angestellten in kaufmännischen und technischen Industriebetrieben, ja selbst die Bankbeamten sich gewerkschaftlich organisiert haben, dann dürfte er die Hoffnung aufgeben, mit seinen „Siebenmonatskindern" den organisierten Arbeitern mit Erfolg in den Rücken fallen zu können. Die Arbeitgeber, auch die scharfmacherischen Spielarten, werden sich wohl oder übel an den Gedanken gewöhnen müssen, daß den Arbeitern dasselbe Recht zusteht, sich wirtschaftlich und politisch zu organisieren wie den Arbeitgebern. Anständige Arbeitgeber, über die der Bericht lamentiert, haben das auch längst eingesehen.

Berlin und Umgegend.

Ein Streik bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

In der A. E.-G., Brunnenstraße, sind den Arbeitern der Bahnfabrik erhebliche Abzüge gemacht worden. Verhandlungen, die zwecks Beilegung der Differenzen gepflogen werden, haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Es haben deshalb zunächst 350 Mann die Arbeit niedergelegt. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, ist vorläufig nicht abzusehen. Da der Streik eine Stockung im Betriebe herbeigeführt hat, mußten außer den Streikenden bis jetzt schon weitere 400 Mann die Arbeit ruhen lassen.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Die am Montag aufgenommenen Verhandlungen über die Arbeitszeit und den Ablauftermin der Verträge wurden gestern unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch den ganzen Tag hindurch fortgesetzt. Heute soll über die Lohnerhöhung verhandelt werden. Da der Kreis der Teilnehmer an diesem Teil der Beratungen ein größerer ist, werden die Verhandlungen, die bisher im Abgeordnetenhause geführt wurden, in das Lokal der Berliner Handwerkskammer verlegt.

Die Tarifbewegung im Schneidergewerbe.

Die in der Herrenkonfektion beschäftigten Hosen- und Westenschneider sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Um die in der Hosen- und Westenschneiderbranche noch sehr verbesserungsbedürftigen Verhältnisse einer Aenderung zu unterziehen, soll den in Frage kommenden Unternehmern ein Tarifvertrag zur Annahme vorgelegt werden. Eine von den Arbeitern gewählte Kommission hatte eine umfangreiche Tarifvorlage ausgearbeitet, die einer Versammlung am Montag zur Beschlußfassung unterbreitet wurde. Krinke vom Verband der Schneider brachte die Vorlage zur Verlesung und erläuterte die einzelnen Tarifpositionen. — In der Diskussion wurden noch mehrere Wünsche vorgebracht in bezug auf die einzelnen Tarifpositionen. Lebhafte Klage wurde geführt über die minimalen Löhne, die von vielen Unternehmern noch gezahlt werden.

Nach unwesentlichen Abänderungen erklärte man sich einstimmig mit dem vorgelegten Tarifentwurf einverstanden. Da die gestellten Forderungen sich in minimalen Grenzen bewegen, werden die Unternehmer ihre Zustimmung zum Tarif wohl nicht versagen.

Achtung, Töpfer! In der „Berliner Morgenpost" werden unter Chiffre Töpfer zum Anlernen von Fliesenarbeiten gesucht. Wir warnen unsere Kollegen vor Annahme derartiger Angebote, da es sich nur um Streikarbeit handeln kann. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Streik in der Solinger Stahlwarenindustrie.

Wie telegraphisch aus Solingen gemeldet wird, sind dort die Schlacht-, Brot- und Plattenmesser-Reider in einen Lohnkampf getreten. Weil die Hauptversammlung des Fabrikantenvereins das neue Preisverzeichnis der Reider nicht anerkennen wollte, hat der Solinger Industriearbeiterverband über 124 Firmen die Sperre verhängt.

Die Arbeiter der Leipziger Automobilindustrie haben ihren am 1. April 1913 ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. In Betracht kommen Schmiede, Stellmacher, Sattler und Lackierer, etwa 200 Personen.

Eine Konferenz der Handsticker, die am 2. Februar in Schneeberg im Erzgebirge tagte, faßte den Beschluß, in allen Bezirken des deutschen Textilarbeiterverbandes, wo Handsticker tätig sind, Branchenkommissionen zu wählen, die sich dann eine Zentrale schaffen sollen. In gemeinsamer Arbeit sollen Erhebungen über Löhne und Arbeitsbedingungen vorgenommen und Lohntarife aufgestellt werden. Mit größerem Nachdruck als bisher soll für die Erzielung gleicher Löhne für gleiche Leistungen gearbeitet werden. Die Bezahlung der Hilfskräfte, der Ankauf des Garns durch den Sticker und die Bezahlung für den Gebrauch der Fädelmaschine wird grundsätzlich verworfen. Alle Stickereiutensilien und Bedarfsartikel (so wird in der Resolution weiter verlangt) sind von dem Unternehmer zu liefern. Das Ausbessern der Waren muß ebenfalls auf Kosten der Unternehmer vorgenommen werden. Die Arbeitsverhältnisse in der Stickereiindustrie werden von den Unternehmern durchaus willkürlich festgesetzt, sie erfordern dringend eine Regelung.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter ist in Lübeck in ein eigenartiges Stadium getreten. Die große Mehrheit der Lübecker Holzarbeiter ist bei Möbelfabrikanten beschäftigt. Der mit ihnen abgeschlossene Tarif ist jetzt um ein Jahr verlängert worden. Sollte nun die vom Arbeitgeberschutzverband geplante Aussperrung perfekt werden, so würde in Lübeck nur ein Bruchteil der Holzarbeiter daran beteiligt sein, was für den Verlauf der Dinge von erheblicher Bedeutung ist.

Ausland.

Die Amsterdamer Buchdrucker nehmen am heutigen Tage die Arbeit wieder auf. Die Bewegung endete mit einem Vergleich.

Der Streik der französischen Schiffsoffiziere gewinnt an Ausdehnung. Wie aus Marseille telegraphisch gemeldet wird, haben sich dem Streik der Offiziere des Dampfers „Kanada" auch noch die Offiziere des Dampfers „Germanice" derselben Gesellschaft angeschlossen. Die Gesellschaft machte jedoch bekannt, daß die „Kanada" den Hafen verlassen werde, da es ihr gelungen sei, neue Offiziere anzuwerben.

Soziales.

Die praktische Erfahrung des Oberversicherungsamtes

hat sich in dem Streitfall des Häuslers Wilhelm Koß in Brandenburg zugunsten des Klägers vorteilhaft bewährt. Im August 1903 geriet K. in eine Häckselmaschine und verlor den Mittel- und Ringfinger der rechten Hand. Man gewährte ihm 12½ Proz. Unfallrente, und die Berufsgenossenschaft wollte nun auch die Aufhebung dieses Rententeiles durchsetzen. Man ermittelte, daß der mit dem Vorbescheid der Berufsgenossenschaft unzufriedene Berufungskläger als Forstarbeiter den üblichen Taglohn verdiene und nachteilige Folgen des Unfalles nicht mehr vorhanden seien, da sogar der K. die Hand zur Faust ballen könne. Vertrauensarzt und Gerichtsarzt hielten die Rente reif zur Aufhebung. Im Gegensatz zu den Anschauungen der Aerzte beließ das Potsdamer Oberversicherungsamt in seiner Sitzung vom Montag dem K. die Rente, da es sich von der Ueberzeugung leiten ließ, daß Personen mit solchen Verkrüppelungen der rechten Hand auf dem Arbeitsmarkt viel schwerer Beschäftigung finden und viel geringer eingeschätzt werden als Leute mit normalen Gliedmaßen. Es habe darauf keinen Einfluß, ob K. gegenwärtig denselben Lohn verdient wie andere Waldarbeiter. Die praktische Erfahrung des Oberversicherungsamtes sei dafür maßgebend gewesen, dem K. die Rente zu belassen.

Klagen gegen eine Straußfedernfabrik.

Mit dem Prokuristen der **Straußfedernfabrik R. Ruhemann,** Herrn **F. Ruhemann** (Kommandantenstraße), hat die Kammer 2 des Gewerbegerichts recht viel Arbeit. Die Verhandlungen über die außerordentlich hohe Zahl von Klagen, die gegen diese Firma angestrengt werden, sind infolge des Auftretens des Herrn Ruhemann oft mit erregten Auftritten verbunden. Auch gestern kam es wieder während der Verhandlung über einen Rechtsstreit zu recht unliebsamen Auftritten.

Fräulein Sch. war in einer von der Firma Ruhemann u. Co. gemieteten Wohnung als Akkordarbeiterin beschäftigt. Mit noch mehreren Arbeitern war sie ausschließlich für die Firma R. tätig. Zuletzt hatte sie etwa einen Meter lange Besatzstreifen (auf Gaze genähte kleine Straußfedern) hergestellt. Zehn Dutzend nahm ihr die Firma nicht ab, weil diese nicht zu ihrer Zufriedenheit hergestellt sein sollten.

Fräulein Sch. klagte deshalb vor dem Gewerbegericht auf Zahlung von 90 M. Lohn sowie die Abnahme der fertigen zehn Dutzend Besatzstreifen. Der Vertreter der beklagten Firma, Herr Ruhemann, wendete zunächst **Unzuständigkeit des Gewerbegerichts** ein. Die Klägerin habe einen eigenen Gewerbebetrieb und habe ihr Gewerbe bei der Gewerbedeputation angemeldet. Sie kaufe die Zutaten selbst und arbeite noch für andere Firmen sowie für Private. Die Klägerin bestritt diese Angaben. Sie wies ferner durch eine Zeugin nach, daß sie nur für die beklagte Firma gearbeitet habe. Das Gericht **erklärte sich für zuständig.**

Nunmehr beantragte der Vertreter der Beklagten Abweisung der Klage und im Wege der **Widerklage,** die Klägerin zur Zahlung von 141 M. Schadenersatz für verdorbene Ware zu verurteilen. Der gerichtliche Sachverständige, Herr **A. Tobias,** bekundete, daß ein Verschulden der Klägerin nicht vorliege. Die Fehler wären in erster Linie auf das geringere Material zurückzuführen, das Klägerin von der Beklagten erhalten habe.

Der Sachverständige wurde fortwährend durch Dazwischenreden des Herrn Ruhemann unterbrochen. Der Vertreter der Klägerin bat den Vorsitzenden, Magistratsrat Dr. **Marguhn,** das zu verhindern. Der Vorsitzende erwiderte: „Wir sind schon fertig." Der Vertreter der Beklagten bezog diese Worte wohl nicht darauf, daß das Gutachten zu Ende sei, sondern meinte, der Vorsitzende habe ausgedrückt, das Gericht sei schon mit dem Urteil fertig. Er **lehnte darauf den Vorsitzenden wegen Besorgnis der Befangenheit** ab. Dies Ablehnungsgesuch wurde nach kurzer Beratung unter Vorsitz des **Magistratsrats Wölbling** zurückgewiesen.

Als nun die materielle Verhandlung fortgesetzt werden sollte, beantragte der Vertreter der Beklagten, die Verhandlung so lange auszusetzen, bis über den Ablehnungsantrag ein rechtskräftiges Erkenntnis vorliege. Das Gericht wies diesen Antrag zurück. Darauf lehnte der Vertreter der Beklagten **den Vorsitzenden zum zweitenmal wegen Befangenheit** ab.

Das Gericht ging über diesen Antrag zur Tagesordnung, weil es die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der Antrag nicht ernstlich, sondern lediglich gestellt sei, um den Prozeß weiter zu verschleppen. Nun packte Herr Ruhemann seine Akten zusammen und verließ den Sitzungssaal. Die Verhandlung wurde in seiner Abwesenheit zu Ende geführt. Auf Grund des Sachverständigengutachtens wurde die Beklagte **verurteilt,** an die Klägerin die geforderten 99 M. zu zahlen. Die Widerklage wurde kostenpflichtig abgewiesen.

Letzte Nachrichten.

Noch keine Nachricht von Tschataldscha.

Konstantinopel, 4. Februar, 7 Uhr abends. (W. T. B.) **Bis** zur Stunde ist keine offizielle Meldung eingetroffen, welche die von den türkischen Abendblättern verbreiteten Gerüchte von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten an der Tschataldschalinie und auf Gallipoli bestätigen.

Abberufung der türkischen Friedensunterhändler.

Konstantinopel, 4. Februar. (W. T. B.) Die Pforte hat **den** ottomanischen Bevollmächtigten in London die Weisung erteilt, London zu verlassen.

Das Handschreiben Kaiser Franz Josefs.

Wien, 4. Februar. (P.-C.) Wie die „Zeit" von besonderer Seite erfährt, dürfte sich das Handschreiben des Kaisers Franz Josef vor allem mit der durch den Ballankrieg eingetretenen Lage in Europa befassen. Es ist durchaus möglich, daß sich als nächste Folge des Handschreibens die Rückgängigmachung der getroffenen Vorsichtsmaßregeln ergeben könnte. Besondere Vorschläge in dieser Hinsicht dürften jedoch in dem Handschreiben nicht enthalten sein.

Eine Kriegssteuer für die Besitzlosen.

Durazzo, 4. Februar. (W. T. B.) Ohne vorherige Ankündigung haben die serbischen Behörden mit dem heutigen Tage als Kriegsabgabe einen elfprozentigen Zuschlag auf die Einfuhrzölle gelegt, und zwar auf Salz, Petroleum, Streichhölzer, Alkohol, Zigarettenpapier, Zucker, Kaffee, Schokolade, Olivenöl, Bier, Flaschenwein, ätherische Oele und Liköre. Die Unzufriedenheit unter der muselmanischen Bevölkerung über die erhebliche Erhöhung ist sehr groß.

Ein Strafantrag gegen den Abgeordneten Wetterlé.

Straßburg, 4. Februar. (W. T. B.) Gegen das von dem Reichstagsabgeordneten Wetterlé herausgegebene Blatt „Le Nouvelliste d'Alsace-Lorraine" in Colmar hat, wie der „Elsässer Kurier" mitteilt, Staatssekretär Zorn von Bulach Strafantrag erhoben. Das Blatt hatte in einem Artikel in der Nummer vom 13. vorigen Monats auf den in der „Täglichen Rundschau" dem Abgeordneten Wetterlé gegebenen Rat, er möchte lieber in Frankreich bleiben, geantwortet, man könne gerade so gut gewissen anderen Leuten sagen, sie möchten in Deutschland bleiben, und hinzugefügt: „sie kehren dorthin zurück, aber erst dann kehren sie zurück, die Schlaumeier, wenn sie mit einer guten fetten Pension ausgerüstet werden, die ihnen der elsaß-lothringische Steuerzahler berappt, dieser gute Kerl".

Ein Bombenattentat.

London, 4. Februar. Wie das Reutersche Bureau aus Futschou meldet, wurde auf den neuen Zivilgouverneur Tschang eine Bombe geworfen, durch die 30 Personen getötet oder verwundet wurden, während der Gouverneur unverletzt blieb.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

125. Sitzung. Dienstag, den 4. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Etat des Ministeriums des Innern.

Die Beratung beginnt beim Titel Landräte.

Abg. **Wenke** (Vp.): Die Landräte lassen ebenso wie die Amtsvorsteher bei den Wahlen und in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes jede Objektivität vermissen. Wenn der Minister meine Klagen darüber als freie Erfindung bezeichnet hat, so weise ich diese Bemerkung als unerhört zurück. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Ströbel** (Soz.):

Die wichtigste Person in dem durch und durch plutokratischen volksfeindlichen preußischen Verwaltungssystem ist der Landrat, der

Vertrauensmann der Großgrundbesitzer

und auch der Vertrauensmann, der Geschäftsträger des mobilen Kapitals. Welche unheilvolle Rolle die Herren in der Verwaltung spielen, geht schon daraus hervor, daß die Hälfte der rund 500 Landräte Abgeordnete in den Provinziallandtagen sind. In den Kreisblättern erscheint kein einziger Artikel ohne die Billigung des Landrats, und diese Kreisblätter bilden fast den einzigen Belehrungsstoff für Millionen auf dem Lande. Und da wagt man es, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie scheue den Kampf mit geistigen Waffen, sie wolle ihren Anhängern von anderer Seite ausgehenden Lesestoff fernhalten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wie es um die Bildungsbestrebungen der Herren Machthaber hier und im Reiche bestellt ist, beweisen Ihnen die Bibliotheken der Kriegervereine und der Kasernen, soweit dort überhaupt etwas Lese- oder Bildungsstoff vorhanden ist. Vergleichen Sie damit einmal die Bibliotheken der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Vereine. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Landrat gebietet auch über den Kriegerverein, und daß dieser zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwandt wird, ist ja bekannt. So hat einmal ein Landrat am letzten Tage vor der Wahl einen Vortrag über die Wahlprogramme der Parteien im Kriegerverein gehalten, natürlich ganz objektiv, und um diese objektive Wirkung noch zu erhöhen, dann noch 20 M. für die Kasse des Kriegervereins gespendet.

Der Herr Landrat ist auch der

Vorsitzende in Steuersachen,

die doch eigentlich mit Politik nichts zu tun haben. Es ist aber Tatsache, daß die Steuerzahler fürchten, bei Betätigung einer freien Meinung würden sie schärfer zur Steuer herangezogen, als wenn sie brave Ordnungsstützen im Sinne des Herrn Landrats wären. Der Oberverwaltungsgerichtsrat Grocel hat in den Preußischen Jahrbüchern offen ausgesprochen, dem Landrat müsse das gute Einvernehmen mit den einflußreichsten Insassen des Kreises wertvoller erscheinen als die Steuer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Landrat muß der Vorsitz in der Steuereinschätzungskommission genommen werden, die Steuereinschätzung darf nicht durch irgendwelche persönlichen Beziehungen beeinflußt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Landrat ist auch der

Gebieter der Gendarmen

und der Gendarm kann unerbittlich streng sein bei politisch Anrüchigen, unter Umständen aber auch beide Augen zudrücken. Namentlich die Gastwirte fühlen sich außerordentlich bedrückt, weil der Landrat Vorsitzender des Kreisausschusses ist, der konzessionierenden Behörde für die Gastwirte. Der behördliche und landräthliche Terror, der den Gastwirten gegenüber geübt wird, ist ja notorisch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Landrat hat auch fast absolute Machtvollkommenheit darüber, wer Ortsvorsteher oder Beigeordneter werden soll, und Leute, die im geringsten Verdacht stehen, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, erscheinen ihm natürlich ungeeignet. Die Landräte gehen aus den Regierungsreferendaren hervor, wobei nicht die Tüchtigkeit eine Rolle spielt, sondern allerhand Konnexionen, ob der Betreffende Korpsstudent gewesen ist, ob Reserveoffizier, ob er vom Adel ist oder nicht. Es gibt nicht einen einzigen Landrat, der auch nur linksliberal wäre, und auf hundert konservative Landräte entfällt etwa ein rechtsnationalliberaler. Die Nationalliberalen sollten nicht verlangen, daß die Beamten auch nationalliberal sich betätigen dürfen, sondern auch freisinnig, ja daß sie auch das selbstverständliche Recht hätten, sich als Sozialdemokraten zu bekennen. (Lachen rechts.) Das geht in Ihr Gehirn natürlich nicht hinein, aber das Rad der Entwickelung wird auch über Sie hinweggehen.

Der Vertreter des Zentrums, Herr Gronowski, hat gestern darüber geklagt, daß unter den Landräten nur 62 Katholiken seien. Aber es handelt sich hier doch nicht um konfessionelle, sondern um politische Fragen; wir wollen die Verwaltung demokratisieren, wir wollen den proletarischen Arbeitermassen, die Herr Gronowski immer zu vertreten vorgibt, Einfluß und Anteil an der Verwaltung gewähren. Das sollte doch für einen Arbeitervertreter, auch wenn er dem Zentrum angehört, der einzig mögliche Standpunkt sein. Wie sehr sich die Landräte als politische Beamte im Dienst der Konservativen fühlen, dafür nur ein Beispiel: Als Herr v. Gerlach als Regierungsreferendar sich häufig mit Beschwerden gegen einen Amtsvorsteher, der dem Alkohol allzusehr huldigte, befassen mußte, und dem Landrat gegenüber äußerte, der Mann sei gar nicht zu halten, da erwiderte der Landrat wörtlich: Sie haben eigentlich ganz recht, aber der Mann muß Amtsvorsteher bleiben, denn ohne ihn kriegen wir in dieser Ecke des Kreises niemals konservative Wahlen zustande. Darauf versteht er sich. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Landräte sind also nichts als die

Kerntruppe der preußischen Reaktion,

und wenn sie einmal Opposition machen, ist es agrarische Opposition, wie wir bei dem Kanal gesehen haben. Er wurde auch nicht gebaut trotz des damals verpfändeten Königswortes, und die Landräte purzelten die Treppe hinauf; ein lebendiges Zeugnis dafür ist ja der gegenwärtige Minister des Innern. Die Regierung unterwirft sich eben der Junkerdiktatur.

Was die Landräte sich dem Volke gegenüber herausnehmen, zeigt ein Fall aus dem Kreise Wittenberg, wo ein Gewerkschaftsfestzug mit Rücksicht auf die gefährdete öffentliche Sicherheit verboten wurde. Der Landrat bestätigte das Verbot mit der Begründung, daß solche Demonstrationen die Förderung „der verbrecherischen auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Beseitigung des Königstums und die Wehrlosmachung des Vaterlandes gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie“ bezwecken. Das müsse die berechtigte Erbitterung der ehrenhaften königstreu und patriotisch gesinnten Bevölkerung hervorrufen, was leicht zu Streitigkeiten führen könne. Gezeichnet ist dies Schriftstück v. Trotha. Es ist eine unerhörte und unsinnige Anmaßung, die sozialdemokratischen Arbeiter für minderen Rechts zu erklären, wie es in krasser Weise vor einigen Tagen hier ja auch Herr v. Kardorff zum Ausdruck gebracht hat. Im ganzen Reich haben die Konservativen nur 3 Proz. der Wähler auf die Beine gebracht, denen 35 Proz. sozialdemokratische Wähler gegenüberstehen, und diese winzige lächerliche Minderheit von 3 Proz. nimmt sich heraus, die Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterklasse zu fordern! Vom gewaltsamen Umsturz durch die Sozialdemokratie schreibt der Landrat v. Trotha in seinem Erguß. Zunächst hat der Reichstag mit gewaltiger Mehrheit festgestellt, daß die preußische Enteignungspolitik ein rechts- und verfassungswidriger Umsturzakt ist. Diese Kennzeichnung empfinden die Herren als eine schmerzliche Züchtigung und deshalb haben sie so aufgeschrien, deshalb fordern sie die Rechtlosmachung der Volksmehrheit, deshalb die Aufputschung der preußischen Regierung gegen die Reichspolitik!

Dann ist das schöne Wort von den Reichsfeinden geprägt worden. Es kann sich einmal schwer rächen, wenn man den größten Teil des deutschen Volkes einfach als Reichsfeinde bezeichnet. — Weiter behauptet Herr v. Trotha, wir wollten das Vaterland wehrlos machen. Gerade wir forderten ja von jeher die Volksbewaffnung und die militärische Jugenderziehung. Sie haben darüber gespottet, und erst als unsere Jugendorganisationen geschaffen worden sind, haben Sie Gegenorganisationen mit militärischer Jugenderziehung ins Leben gerufen, die Sie allerdings auch wieder politisch mißbrauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn wir als vaterlandslos beschimpft werden, weil wir gegen frivole Kriegszettelungen sind, so geschieht uns das nur zur Ehre. (Präsident Graf Schwerin ruft den Redner zur Sache.) Diese wahnwitzige, diese

verbrecherische Aufpeitschung der Gemüter

gerade durch die von den Landräten verbreitete Presse hat doch nur den Zweck, damit sich an dem Brande weite Kreise kapitalistischer Sippen ihr Süppchen kochen, damit aus dem Blute der Massen Gold geminzt wird. (Lachen rechts.) Der Tatendrang des Volkes lechzt nicht nach Krieg, sondern er ist auf edlere Ziele gerichtet. (Präsident Graf Schwerin verweist den Redner auf den Titel Landräte und bittet, allgemein politische Erörterungen zu unterlassen.) Von den Landräten wird das Volk nicht als gleichberechtigter Faktor betrachtet. Dort gilt die Anschauung, die auch in der „Deutschen Tageszeitung“ zum Ausdruck kommt, die sich gegen die „Wohlfahrtspflege zugunsten der niemals zufrieden werdenden Unterklasse des Handlangertums“ wendet, wodurch nur immer größere Begehrlichkeit gezeitigt werde. Diese Auffassung vertreten übrigens nicht nur die Junker und Landräte, nicht nur die „Deutsche Tageszeitung“, sondern ähnlich hat sich auch Herr Schmieding von der nationalliberalen Partei und Herr Professor Hasse, der Alldeutsche, geäußert, der es für ganz verkehrt findet, diese Handlanger, diesen eigentlichen Kulturdünger, als Kulturmenschen und gleichberechtigt zu behandeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Volk sich gegen eine solche Auffassung wendet, wird es von den Herren Landräten als verbrecherisch und umstürzlerisch gekennzeichnet. Und dann der Vorwurf der Begehrlichkeit. Wenn in sechs Jahren 6118 reichste Leute ihr Vermögen um 7500 Millionen vermehrt haben, um 1250 Millionen Mark pro Jahr, und sie sind noch nicht zufrieden, so zeugt das nicht von der Begehrlichkeit der Arbeiter, der Handlanger, sondern von der Begehrlichkeit der Besitzenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn angesichts solcher Tatsachen die Landräte uns verbrecherischen Umsturz und Begehrlichkeit unterschieben, so verwahren wir uns gegen diese unerhörten Beschimpfungen.

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen dem königlichen Landrat nicht unerhörte Beschimpfung vorwerfen; ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Ströbel**:

Ich habe die Ausführungen des Landrats von Trotha schon so charakterisiert, daß ich auf einen schärferen Ausdruck verzichten kann. Diese Landratserlasse, Landratsblätter, Kriegervereinsschriften und dergleichen sprechen vom Patriotismus und meinen damit die nackteste kapitalistische Profitgier, sie sprechen vom Vaterland und wollen das eigene Volk in Elend und Rechtlosigkeit erhalten, sie sprechen von der heiligen Ordnung und wollen nur

ihr Portemonnaie füllen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ja die Herrschaft, Sie haben die Macht der Ausbeutung, Sie sind die Besitzer des großen Portemonnaies und wehren sich gegen die sogenannten Einbrecher, die ebenfalls einen höheren Anteil an der Kultur erringen wollen. Herr v. Kardorff, der hier ebenfalls mit den Worten Patriotismus, heilige Ordnung und dergleichen Unfug getrieben hat, sollte doch daran denken, daß gerade Angehörige seiner Partei als blutigste Gründer entlarvt wurden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierungsorgane geben sich zum Büttel des agrarisch-industriellen Geldsacks her; das ist eine viel schlimmere Korruption, als die seinerzeit von Lasker beklagte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Minister wetteifern mit den Trotha, Zedlitz, Kardorff und Konsorten im Zetern gegen die Volksrechte. Wir danken Ihnen für diese inneriten Seelenbekenntnisse. Fahren Sie nur so fort, aber wundern Sie sich nicht, wenn Sie Wind säen und Sturm ernten. Auch in Preußen wird die Weltgeschichte zu ihrem Rechte kommen, auch hier werden die Attentate gegen die Rechte des Volkes die rächende Nemesis heraufbeschwören. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Korfanty** (Pole): Der Minister v. Dallwitz, dieser Oberste aller Staatsstützen, scheint eine merkwürdige Auffassung vom Parlament zu haben. Dem Abg. Wenke verbietet er die Kritik, uns sagt er, wenn wir artig seien, würde das Enteignungsgesetz nicht angewendet. (Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen sich jetzt mit dem Minister nur als dem Vorgesetzten der Landräte beschäftigen.) Die Polemik des Ministers gegen uns und gegen die Linke, überhaupt seine Kampfesweise gegen seine Gegner ist sehr bezeichnend. (Präsident Graf Schwerin: Sie gehört aber nicht hierher!) Der Redner bespricht eine frühere Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Minister über oberschlesische Landrats- und Amtsvorsteherstreiche. Einer der betreffenden Landräte sollte in der kritischen Zeit auf Urlaub gewesen sein, aber ich konnte von ihm unterzeichnete Versammlungsukase aus dieser Zeit vor-

Kleines Feuilleton.

Berliner Volks-Chor: Melodramen-Abend, gegeben von Tilla Durieux und Leo Kestenberg. Was Richard Wagner in seinen fälschlicherweise „Musikdramen“ genannten Bühnenfestspielen zu höchster künstlerischer Vollendung brachte: die Griechen hatten es schon vorgezeichnet in ihren mit Musik verbundenen Tragödien. Auf die neuere Zeit übertragen, heißt „Melodrama“ aber doch etwas anderes, nämlich eine inmitten der bewegten Handlung eines Schauspielers auf sich selbst beruhende Szene, in der es die Instrumentalmusik übernimmt, alle Empfindungen auszusprechen, für die der menschlichen Sprache die Mittel der Verdeutlichung fehlen. Die Kerkerszene in Beethovens „Fidelio“, Byrons „Manfred“ mit Schumanns Begleitmusik, vollends die orchestral leidenschaftlich bewegte wunderbare Liebesszene im zweiten Akt von Wagners „Tristan und Isolde“: — das sind Melodramen im modernen Sinne. Daß Rousseau in seinem idyllischen „Pygmalion“ neuerdings den ersten Anstoß zu der melodramatischen Gattung gegeben, sei nebenbei bemerkt. Schumann war es dann, der zum ersten Male verschiedene Balladen neuerer Dichter melodramatisch behandelte. Ihm folgte Franz Liszt mit Bürgers „Lenore“, und schließlich haben sich einige moderne Komponisten (Max Schillings, Richard Strauß u. a.) dieses Genres bemächtigt. Die Bezeichnung „Melodrama“ deckt sich hier eigentlich nicht mehr mit dem griechischen Begriff und noch weniger mit seiner ihm durch Beethoven, Schumann und Wagner aufgeprägten Vertiefung. Wenn dort den sprechenden Personen Zurückhaltung vor der orchestralen Begleitmusik geboten ist, hat hier der Rezitator der Wortdichtung die Führung. Die Musik, nicht eigentlich zur Sache gehörend, also sehr wohl entbehrlich, wird sich immerhin auf die Untermalung lyrischer und seelischer wie äußerlich dekorativer Momente zu beschränken haben. Nähme sie größeren Anteil an der Dichtung, so könnte sie leicht eher störend als fördersam wirken, was z. B. bei Schillings Musik zu Wildenbruchs „Hexenlied“ der Fall ist. Die raffinierte theatralische Technik, mit der diese „Ballade“ gemacht ist, verleitet leicht dazu, am äußerlich bombastischen Tiradentum kleben zu bleiben. Eine um so ansprechendere verinnerlichte Leistung war die Interpretation, die Frau Durieux dem Hexenlied zu teil werden ließ. Weniger gelang ihr dies bei Bürgers „Lenore“. Manches erschien etwas farblos; die Charakterisierung der Tochter und Mutter entbehrte der Deutlichkeit. Auch die Auffassung Wilhelms als Geist mit verändertem Sprechton scheint mir logisch unmotiviert zu sein. Wilhelm muß sprechen, wie er im Leben sprach.

Durchaus eigenartig schön wirkte der Vortrag von Tennysons hypersentimentalem Gedicht „Enoch Arden“, womit ja ein modischer Sprechvirtuose wie Ernst Possart allüberall billigen Effekt macht. Um aber dem Gedicht einen wirksameren Abschluß zu sichern, so wäre es vielleicht empfehlenswert, diesen bei den Worten Enochs: Niemand solle erfahren, zu geben. Leo Kestenbergs meisterhaft der Stimmung nachgehende Wiedergabe der Musik erhöhte den Eindruck des Ganzen. e. k.

Futurismus in der Musik. Aus London wird uns geschrieben: Henry Wood führte mit dem verstärkten Queens-Hall-Orchester die sinfonische Dichtung „Prometheus“ des Russen Alexander Scriabine (1871 in Moskau geboren), zweimal nacheinander auf, nur unterbrochen durch Beethovens Violinkonzert. Als Grund wurde angegeben, daß es allseits verlangt worden wäre, weil sowohl Kritik wie Publikum das komplizierte Werk unmöglich nach einmaligem Hören verstehen könnten. Das ist eine kühne, nachahmenswerte Neuerung. „Prometheus“ wirkt trotz des großen Talents, das der Komponist in der Orchestertechnik zeigt, gequält vom ersten bis zum letzten Takt. Die Größe des Programms — Prometheus bringt den Menschen nicht nur das Feuer, sondern das Leben mit Freud und Leid, Heldentaten und Sünde — sucht Scriabine durch eine neuerfundene Tonleiter, die an Debussy erinnert, durch großen Lärm und Gesuchtheit des Ausdrucks zu bewältigen. Das Publikum hat diese Futuristenmusik trotz zweimaliger Aufführung sanft abgelehnt. Scriabine verlangt, daß die Musik von Beleuchtungseffekten begleitet wird; der hierzu erfundene Apparat („Klaviatur des Lichtes“) funktioniert jedoch noch nicht zufriedenstellend, und so blieb unser Sehsinn davon verschont. Nun fordert Scriabine in seiner allerneuesten Musik, die uns bis jetzt noch erspart geblieben ist, auch die Mitarbeit des Geruchssinnes, und die Wiedergabe seiner Kompositionen soll für die Zuhörer und Ausführenden einen Gottesdienst bedeuten. Scriabine, der ein begeisterter Theosoph ist, verzettelt leider seine starke Begabung für das Orchester in gesuchten Klangsensationen.

Der „weiße Sklavenhandel“ in New York. Einen furchtbaren Einblick in den Umfang und in die Einzelheiten des New Yorker Mädchenhandels gibt ein Bericht, der jetzt von S. H. London veröffentlicht worden ist und in Amerika das größte Aufsehen erregt. S. H. London hat im Auftrage der Regierung eingehende Nachforschungen nach dem Wesen dieses schwunghaft betriebenen Handels mit „weißen Sklavinnen“ angestellt; er steht auch in Beziehungen zu dem kürzlich von Rockefeller begründeten Institut zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Aus den Einzelheiten des Berichts geht hervor, daß die „Sklavenhalter“, fast ausschließlich Männer, durch die Ausnutzung ihrer Opfer und durch Verkäufe im Jahre nicht weniger als rund 240 Millionen Mark verdienen. Die Zahl der in New York weilenden „Sklavinnen“ wird auf 265 000 geschätzt. „Diese Mädchen werden regelrecht versteigert; als Käufer treten die Besitzer zweifelhafter Häuser auf, die die „Ware“ besichtigen und sich dann gegenseitig überbieten. Wenn das Publikum alle die grauenhaften Tatsachen dieses Handels kennen würde, würde eine allgemeine Empörung diesen Schandfleck der Zivilisation mit einem Schlage tilgen. 95 Proz. der Mädchen, die in New York verschwinden und von der Polizei als verschollen angesehen werden, sind die Opfer dieser Sklavenhalter. New York allein beherbergt ihrer mehr als die ganzen übrigen Vereinigten Staaten. Die Verdienstmöglichkeit, die sich durch den Besitz oder die Ausnutzung einer weißen Sklavin eröffnet, beträgt in New York im Jahre ungefähr 10 000 M. und in anderen Teilen der Union, wo Mädchen seltener sind, 20 000 M. Aus dem Auslande werden Frauen zu Hunderten eingeführt und die Verdienstmöglichkeiten, die sie den Unternehmern bieten, sind so groß, daß man diese Sklavinnen erster oder zweiter Kajüte reisen läßt, um Schwierigkeiten mit den Einwanderungsbehörden zu vermeiden. Und ähnliche Verhältnisse herrschen auch in Europa, die Polizei allein ist überall dagegen machtlos.“

Notizen.

— **Ein neuer Theaterzusammenbruch.** Zu den vielen Theaterpleiten, die Berlin in letzter Zeit getroffen haben, gesellt sich eine neue: Direktor Palfi, der unter seinem Scepter die verkrachte Kurfürstenoper und das gleichfalls kurz nach der Gründung in Konkurz geratene Theater Groß-Berlin vereinigte, hat seine Konzession niedergelegt. Man hofft beide Theater mittels Notkonzession weiterzuführen. Herr Palfi hat die Viertelmillion Mark, die der Rekordpleitedirektor Lothar ihm für die Ueberlassung des Neuen Operettentheaters auszahlte, in der aussichtslosen Kurfürstenoper, deren Personal er mitübernommen hatte, und dem ebensowenig gewinnbringenden Groß-Berlin zugesetzt.

— **Alex. Moissi** bringt an seinem Balladenabend am 6. Februar außer dem Hexenlied von Wildenbruch Bürgers „Lenore“, Goethes „Braut von Korinth“, „Belsazar“ von Heine und Balladen von Kopisch, Liliencron und Eichendorff zum Vortrag.

— **Reinhardts Zirkustheater** lebt wieder auf. Im Zirkus Schumann sollen Ende Februar wieder „König Oedipus“ und Anfang März „Jedermann“ aufgeführt werden.

— **Das größere Grönland.** Nach einer Reihe von Karten, die in der Dänischen Geographischen Zeitschrift veröffentlicht sind und die Ergebnisse der unglücklichen Expedition von Mylius Erichsen aus den Jahren 1906 bis 1908 zur Darstellung bringen, besitzt Grönland in östlicher Richtung eine weit größere Ausdehnung, als früher angenommen wurde. Bisher wurde die Größe dieses sechsten Erdteils auf 2 200 000 Quadratkilometer veranschlagt, während sie nach der neuen Kenntnis auf rund 2¾ Millionen Quadratkilometer geschätzt wird.

— **Drahtlose Telegraphie auf einer Polarfahrt.** Amundsens Expeditionsschiff „Fram“ wird für seine neue, auf mehrere Jahre berechnete Fahrt ins Nordpolarmeer, mit einem Apparat für drahtlose Telegraphie ausgestattet werden. Man hofft mit deren Hilfe in dauernder Verbindung mit der Station in Spitzbergen bleiben zu können.

— **652 Gewehrschüsse in der Minute.** In der amerikanischen Armee wird ein neues automatisches Schnellfeuergewehr erprobt, eine Erfindung Colts. Ein Schütze kann mit diesem Gewehr in einer Minute 652 Schüsse abgeben. Das Gewehr ist nur wenig schwerer als das gewöhnliche Armeegewehr und wird beim Schießen auf ein kleines Dreigestell aufgelegt. Wenige Soldaten sollen ausreichen, um mit dieser Waffe die Feuerwirkung einer ganzen Kompagnie zu erreichen.

legen. Darauf schwieg Herr v. Dallwitz, so behandelt er seine Gegner! (Hört! hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Er hat mir nachgesagt, daß ich die staatlichen Behörden lächerlich machen wolle — ach das tun sie schon selbst! (Sehr gut! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Der Minister hat gegen mich persönliche Invektiven gerichtet. Er behauptet, ich hätte mich erbeten, ein Schriftstück ihm vorzulegen und das nicht getan, also quasi gelogen. Ich hatte aber nur erklärt, daß ich das Schriftstück in einem früheren Zeitpunkt besessen hatte. Und so objektiv polemisiert der Minister auch sonst. Es wurde in der Tat eine Versammlung bei Beuthen unter freiem Himmel verboten, weil die Notdurftverrichtung einiger hundert Menschen auf dem kleinen Grundstück und den angrenzenden Aeckern Beschädigungen anrichten könnte. (Hört! hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich habe das vor 8 Jahren wörtlich aus den Akten verlesen, der Amtsvorsteher bestreitet es und legt den Minister mit diesem preußischen Geistesblitz hinein. Aber 6 Personen sind bereit, zu beeiden, daß sie die Verfügung gelesen haben! Der Minister beschwert sich, daß ich seine brieflichen Aufforderungen nicht beantwortet hätte. Nun, ich warte heute noch auf Antwort meiner 1910 an den Minister gerichteten Beschwerden über Verletzungen des Versammlungsrechts. (Hört! hört! bei den Polen.) Und einmal hat er mir die Grobheit zugeschleudert, ich verlangte ein Rundschreiben, wonach allen Anträgen Korfantys ohne Prüfung stattzugeben sei. Da müßte ich mir selbst was vergeben, wenn ich diesen Minister, der mit seinen Erfolgen wohl kaum Ehre und Ruhm ernten wird, mit einer Antwort beehren würde. (Beifall bei den Polen.)

Minister des Innern v. Dallwitz erwidert erregt, daß Korfanty laut stenographischen Protokollen der Parlamente immer von einem solchen Versammlungsverbot in Borkenhain gesprochen habe, das aber nirgendwo, weder in früher genannten, noch in den gestern von Korfanty genannten telegraphisch herbeigezogenen Akten vorhanden sei. Heute sagt Korfanty, der sich damals im Reichstag laut Protokoll zur Vorlage des Verbots bereit erklärte, sie aber unterlassen hat, daß es sich nicht um Birkenhain, sondern um Neudek handle, das in einem ganz anderen Kreis liegt. Diese ganz neue Behauptung kann ich jetzt nicht prüfen. Meine seinerzeitige Erklärung, daß ein hier angegriffener Landrat auf Urlaub sei, stimmte, nur kann er vielleicht doch zwischendurch mal amtiert haben. Das Urteil über die Gewissenhaftigkeit, Wahrhaftigkeit und Genauigkeit Korfantys überlasse ich diesem Hause. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Goßler (t.): Die Linke klagt immer über die Landräte, kann aber trotz aller Spionage kein Material vorbringen. Sie wollen den Landrat nicht entpolitisieren, sondern als Staatsbürger entrechten, während sie für Ihre Beamten und Lehrer volle Bewegungsfreiheit fordern. Wir könnten uns ja dahin einigen, daß der Landrat nicht hetzen soll. Aber auf den Landrat, der das Vertrauen der Sozialdemokratie genießt, wird Herr Strödel warten können, denn die Landräte tun heute, unbekümmert um ihre Partei, ihre Pflicht, getreu ihrem Eide für die Monarchie und gegen die Sozialdemokratie einzutreten. In schwierige Situation kommen sie allerdings bei einer modernen Koalition zwischen Liberalen und Sozialdemokraten! Die Landräte sind die Ecksteine der preußischen Monarchie. Wir danken ihnen auch für ihre eifrige Tätigkeit im Interesse ihrer Kreiseingesessenen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz.) bedauert, hierdurch verhindert zu sein, die Taten eines dem Hause angehörenden Landrats und des Bürgermeisters von Fiddichow vorzubringen, die die Berechtigung unserer Klagen nachweisen würden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, geschenkt wird Ihnen nichts!

Abg. Korfanty (Pole): Ich habe nicht Neudek statt Birkenhain unterschoben, sondern Neudek ist ein zweiter Fall, in dem ich die Akten beibringe (der Redner hatte sie früher dem Minister vorgelegt), um die Glaubwürdigkeit des Birkenhainer Falles, in dem ich die Akten nicht mehr habe, zu stützen. Ich habe dem Minister dreimal Unwahrhaftigkeit nachgewiesen, sein Vorwurf trifft mich nicht.

Das Kapitel „Landräte" wird bewilligt.

Die Polizeiverwaltung von Berlin.

Abg. Dr. Bell-Essen verbreitet sich über die Ausbildung der Kriminalpolizei und ihre Beziehungen zur Presse, wobei manchmal mehr in Sensation gemacht, als Erziehung geleistet werde. Der Redner fordert Vereinheitlichung und Zentralisierung der Kriminalpolizei in Deutschland.

Unterstaatssekretär Holtz erwidert auf eine Anregung des Vorredners, daß kräftig an einer Verbesserung des Erkennungsdienstes gearbeitet werde.

Ministerialdirektor Freund spricht über die Veröffentlichungen der Presse aus dem Gang der Untersuchung von Verbrechen und erklärt, daß die mitunter sensationellen Artikel nicht von der Kriminalpolizei herrührten, sondern von den Reportern auf andere Weise, durch Herandrängen an die Zeugen und durch besonders gute Honorierung derartiger Mitteilungen beschafft würden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

mißbilligt zunächst die Verkürzung der Berliner Schutzleute um die Weihnachtsgratifikationen, die bei der gegenwärtigen Teuerung besonders schmerzlich empfunden werde. Wir müssen das anerkennen, obgleich wir sonst dem Gratifikationswesen wenig sympathisch gegenüber stehen, weil es zur Korruption und zur einseitigen Benachteiligung weniger beliebten Beamten benutzt werden kann. Ueber die Beratungen der vor einiger Zeit in Berlin abgehaltenen Polizeikonferenz haben wir authentische Nachrichten bisher nicht bekommen. Auch ich bin für eine Vereinheitlichung der Kriminalpolizei, schon damit der Vorsprung des Verbrechertums, das sich der modernen Technik bedient, nicht auch noch durch Zuständigkeitsstreitigkeiten der Polizei vergrößert wird. Die Errichtung einer deutschen Kriminalpolizei, deren Bewegungsfreiheit nicht durch Landesgrenzen gehemmt wird, könnte ganz nützlich wirken, wobei wir aber natürlich nicht außer acht lassen, daß die Kriminalpolizei in der Kriminalpolitik nur eine untergeordnete Rolle spielt, während die Hauptfrage die der Vorbeugung ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Parteipresse, mit dem „Vorwärts" an der Spitze, hält sich von sensationeller Aufbauschung kriminieller Ereignisse völlig fern. Die Veröffentlichungen aus dem Gange der Untersuchung aber sind meistens derart, daß sie nur aus den amtlichen Bureaus der Kriminalpolizei stammen können. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß solche Indiskretionen recht häufig vorkommen. Dieser öffentliche Mißstand wird um so größer, je mehr diese Veröffentlichungen unzulässig sind. Gewiß, die Oeffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse, über wichtige Vorgänge auf kriminellem Gebiet Kenntnis zu erhalten. Das soll aber von der Behörde durch wirklich zuverlässige Berichte an die gesamte Presse, ohne Unterschied der Partei, mitgeteilt werden.

Das

Lockspitzelwesen innerhalb der Kriminalpolizei

tritt vor Gericht öfter hervor. Es handelt sich dabei zumeist nicht um fest angestellte Leute, sondern um „Achtgroschenjungen". Man könnte vielleicht aus dem Wesen des Verbrechens und der Kriminalpolizei heraus es als ein notwendiges Uebel betrachten, daß die Kriminalpolizei derartige unsaubere Elemente benutzt. Höchst bedenklich aber ist, daß sich die Kriminalpolizei ihre Spitzel erst zurecht macht, wie das erst heute vormittag wieder in einer Verhandlung in Moabit zutage trat, wo die Mutter eines jungen Menschen aus ganz guter Familie, der einmal gestrauchelt war und dem die Kriminalpolizei dann sagte, man werde ihm nichts tun, wenn er sich in ihren Dienst stelle, diese Tatsache in höchst glaubwürdiger und auch von anwesenden Kriminalbeamten nicht angezweifelter Art mitteilte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders gern benutzt die Kriminalpolizei hierzu auch Homosexuelle, die den Richter fürchten müssen. In den Prozessen gegen Gastwirte wegen Ueberschreitung der Polizeistunde ist besonders oft konstatiert worden, daß Kriminalbeamte irgendwelche Leute nach der Polizeistunde in Wirtschaften schicken, um zu versuchen, noch etwas zu trinken zu bekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen solche Dinge müßte doch der eiserne Besen in Anwendung kommen.

Dr. Bell hat eine Verbesserung des Legitimationswesens verlangt. Nirgendwo in Kulturstaaten wird soviel nach Legitimation gefragt wie bei uns, und dabei ist dieses Stück Papier natürlich leicht zu stehlen oder nachzumachen. Ich protestiere aber hier gegen den völlig rechtswidrigen Legitimationszwang für ausländische Arbeiter, die der Polizeiwillkür rettungslos ausgeliefert sind, wozu die Legitimationskarte das Hilfsmittel ist. Aber sogar ausländische Arbeiter, die seit Jahrzehnten in Deutschland arbeiten, werden aus ihrer Arbeitsstelle herausgerissen und gezwungen, sich mit der Feldarbeiterlegitimation zu versehen. Leider hat hier sogar das Oberverwaltungsgericht versagt, indem es sich mit vollendeter Sophistik auf die Rechtlosigkeit der Ausländer berufen hat.

Nun zum

Polizeipräsidenten von Berlin!

Mitte Januar d. J. ist unserem Genossen Dr. Gustav Eckstein die Lehrtätigkeit an unserer Parteischule unter Androhung der Ausweisung verboten. In einem Kulturlande wären solche Polizeibrutalitäten nicht möglich. Leider besteht ja kein Rechtsweg dagegen, man kann zurzeit nur die Faust in der Tasche ballen.

Die Neuorganisation der Polizeireviere mag an sich nicht unpraktisch sein. Aber davon abgesehen — die Vorteile werden nur eintreten können, wenn die Papierbureaus ins Zentrum der Reviere kommen. Dies ist der Berliner Stadtverwaltung zugesagt worden. Aber auf das schärfste muß ich tadeln, daß diese Umorganisierung vorgenommen wurde ohne jede Befragung der Berliner Bürgerschaft, ohne jede Rücksicht auf sie! Das ist man ja allerdings gewohnt.

Als einen Zweck der Reform bezeichnet der Polizeipräsident auch Erhöhung der Bereitschaft, Schlagfertigkeit, Stoßkraft der Polizei usw. Das soll natürlich nur einen Einschüchterungsversuch gegen Arbeiterdemonstrationen bedeuten. Denn die größere Bereitschaft geschlossener Massen soll in Anwendung kommen bei Demonstrationen sozialdemokratischer Arbeiter. Hat sich denn aber irgend etwas ereignet, was dies rechtfertigen könnte? Es gibt gar keine ruhigere Bevölkerung als die Berliner. Der Pariser, der Londoner Polizeipräsident würden verwundert sein, wenn sie einmal hier wären, über die geradezu ideale Berliner Bevölkerung. Und gegenüber einer solchen Bevölkerung spricht man von einer Vermehrung der Stoßkraft und Schlagfertigkeit der Polizei! Es handelt sich hier um

Organisationsvorbereitungen gegen den inneren Feind.

Herr v. Jagow scheint an Revolutionsphantasien zu leiden, und er meint wohl, wie der Januschauer: „die Angst ist die Mutter großer Taten". Mit seiner ganzen Art hat Herr v. Jagow sehr Erhebliches geleistet zur Verstärkung der Agitation für die Sozialdemokratie, zugleich aber auch für die Blamage des preußischen Geistes, der endlich verschwinden muß und verschwinden wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (Vp.) wundert sich weniger darüber, daß man die Berliner Stadtbehörden über die Großreviere nicht gehört hat, als über die Nichtanhörung der Vorsteher der Polizeireviere. Die kleinen Reviere sind besser.

Minister des Innern v. Dallwitz: Das Kommando der Schutzmannschaft ist gehört worden. Vorläufig handelt es sich um Erprobung der zwei Großreviere, die sich zu bewähren scheinen. Ein drittes ist genehmigt. — Auf eine Anfrage des Abg. v. Pappenheim (k.) gibt der Minister dann noch Auskunft über die Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten über die Verfolgung der Zigeuner. Eine Beschwerde des Abg. Trimborn (Z.) über ein Verbot der Aufnahme Evangelischer in katholische Niederlassungen verweist der Minister an den Kultusetat. (Heiterkeit.)

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen" wünscht

Abg. Goebel (Z.) Verstaatlichung der Polizei im oberschlesischen Industriebezirk, um den aus Rußland herüberkommenden Banditen und dem russischen Kinderhandel entgegentreten zu können.

Abg. v. Goßler (k.) schließt sich an. In Königshütte fanden in den letzten vier Jahren 12 Morde statt.

Minister v. Dallwitz: Die Polizeibeamten in Oberschlesien und besonders die Gendarmen sind vermehrt worden. Weitergehende Wünsche des Oberschlesischen Industrievereins werden wohlwollend geprüft.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Die Provinzialpolizeibehörde ist mehr auf politische Dinge dressiert, als auf die Erkundung von Verbrechen. Selbst die bürgerliche Presse hat geschrieben, nächstens würde sich ein Klub unentdeckter Mörder bilden und ein Klublokal, um ganz sicher zu sein, in die Nähe des Polizeipräsidiums legen. (Heiterkeit.) Bei der Schikanierung von Sozialdemokraten hat man immer genügend Polizei zur Stelle. So ist in Breslau die Polizei in die Frauenabende der Wahlvereine eingedrungen. Als ich eine Polizeischule besichtigte, erklärte mir der Direktor, er bekäme ein Material, mit dem gar nichts anzufangen sei, von einigen dreißig Polizisten seien häufig nicht zwei in der Lage, einen Bericht über den Zusammenstoß zweier Wagen auf der Straße zu machen. (Hört! hört!) Und diese Leute sollen politische Versammlungen überwachen und darüber Berichte machen. In Essen hat ein Polizeibeamter die Mitgliederliste des Steigerverbandes durch Bestechung erlangt und dem Zechenverband ausgeliefert. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten ab, weil „nach den angestellten Ermittelungen die Beamten von dem hergegebenen Gelde nichts für sich behalten haben". Nun, bei uns existiert ja das Anklagemonopol des Staatsanwalts. Hat aber der Minister keine Veranlassung, ein Disziplinarverfahren gegen die Beamten einzuleiten? Wie zutreffend die Schilderungen von

Mißhandlungen auf den Polizeiwachen

sind, beweist der Fall in Hannover, wo zwei Herren in einer Bar in Differenzen mit der Verkäuferin gerieten und auf die Polizeiwache geschleppt wurden. Natürlich wurden sie, nicht die Beamten, angeklagt, und vor Gericht wurde festgestellt, daß sie auf der Wache aufs schwerste mißhandelt worden sind. Bei solchen Vorkommnissen können Sie sich nicht wundern, wenn das Publikum kein Vertrauen zur Polizei hat und den Polizeiorganen bei der Verfolgung von Verbrechern nicht hilft. — In Königsberg beschwerte sich eine Frau über die Kuppelei in einem Bordell, das genau mit Straße und Hausnummer angegeben wurde. Sie erhielt keinen Bescheid, weder vom Polizeipräsidenten, noch vom Regierungspräsidenten, noch von der Staatsanwaltschaft. Die Oberstaatsanwaltschaft teilte ihr schließlich mit, daß Gefängnisstrafen verhängt und bereits verbüßt seien, eine Antwort brauchte die Staatsanwaltschaft ihr nicht zu geben, weil der Anzeige Folge gegeben war. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ganz wie der Herr Minister, der auch nicht antwortet; wie der Herr, so's Gescherr. Im übrigen dauert trotz der Bestrafung das Unwesen in dem Bordell genau so fort wie vorher. Wir wissen sehr wohl, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Prostitution nicht ausgerottet werden kann. Sie haben aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht gewissenlose Subjekte aus dem Elend und Hunger dieser Mädchen Geld schlagen, und die Polizeibehörde hat die Pflicht, dagegen einzuschreiten. Sie soll sich weniger um politische Vergehen, um die Verfolgung von Gesinnungen kümmern, dann wird sie ihrer Pflicht mehr gerecht werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin schlägt dem Hause vor, sich zu vertagen. — (Abg. Hoffmann: Und der Herr Minister?)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Die Invaliden- und Altersversicherung in Norwegen.

Fast gleichzeitig wie die schwedische Kommission hat auch in Norwegen eine im Jahre 1907 eingesetzte Kommission eine Vorlage zur Einführung der Invaliden- und Altersversicherung fertiggestellt, die auszugsweise vom Kommissionsvorsitzenden, Professor Jäger in der Presse veröffentlicht worden ist. Die Kommission ist in ihren Entscheidungen nicht einmütig, sie besteht vielmehr aus einer Mehrheit und zwei Minderheiten. Im Prinzip sind die Abweichungen jedoch nicht so erheblich, wir können uns daher mit einer Wiedergabe der wesentlichsten Vorschläge der Mehrheit begnügen.

Demnach soll auch diese Versicherung das ganze Volk umfassen, gegenüber dem deutschen System also ein Fortschritt. Auch die weiteren Vorschläge der Kommission bringen anscheinend eine akzeptable Lösung der großen Frage, obgleich die Rentenhöhe noch manches zu wünschen übrig läßt. Immerhin würden, wäre die Versicherung auf der vorgeschlagenen Grundlage jetzt durchgeführt, 74 000 Invaliden und 119 000 Altersrentner eine Gesamtrente von rund 30 Millionen Kronen erhalten oder eine Durchschnittsrente pro Empfänger von 159 Kronen. Zum Vergleich mit den deutschen Invalidenrenten ist anzuführen, daß diese im Jahre 1910 176,93 M. betrugen. Die Versicherungspflicht beginnt nach der norwegischen Vorlage mit dem vollendeten 16. Lebensjahre und endet mit dem Eintritt der Invalidität oder nach 50jähriger Beitragszahlung. Die Rentenberechtigung beginnt nach vierjähriger Beitragszahlung frühestens beim Eintritt der Invalidität und spätestens mit vollendetem 70. Lebensjahre. Beim Invalidenrentner beginnt die Rentenzahlung nach halbjähriger Invalidität, sie hört auf, wenn der Bezieher die Arbeitsfähigkeit wieder erlangt. Der rentenberechtigte Invaliditätsbegriff ist auf Verlust von zwei Drittel der Arbeitskraft präzisiert. Wer in seiner Stellung resp. Berufe nicht mehr als ein Drittel des Verdienstes voll Erwerbsfähiger verdient, ist demnach rentenberechtigt. Man ist hier den deutschen Bestimmungen gefolgt; auch hinsichtlich der Altersrente, die erst mit dem 70. Lebensjahre fällig wird. Was gegen diese hohe Altersgrenze spricht, ist an dieser Stelle so oft ausgesprochen worden, das wir es nicht wiederholen brauchen. Wir sind überzeugt, daß unsere norwegischen Genossen alles aufbieten werden, um eine Herabsetzung der Altersgrenze zum mindesten auf 65 Jahre zu erlangen. Eine erhebliche Belastung der Versicherung kann der außerordentlich soliden versicherungsmathematischen Festsetzung der Beiträge kaum entstehen. Denn auch die norwegische Kommission hat das Kapitalansammlungsverfahren in ausgiebigem Maße angewandt. Dies Prinzip steht allerdings im Widerspruch zu den Forderungen der norwegischen Genossen, die die Lasten der Sozialversicherung durch die Steuergesetzgebung decken wollen.

Eine Einschränkung in der Berechtigung zum Bezuge der Invalidenrente ist insofern getroffen, daß wer zu $^2/_3$ Invalide ist, aber mindestens 1500 Kronen jährlich verdient, erhält keine Rente vor dem vollendeten 70. Lebensjahre. Die eine Minderheit will diese Grenze erst bei einem Jahresverdienst von 2000 Kronen eintreten lassen. Vielleicht ließe sich diese Forderung als Kompensation für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre verwenden. Man kann von dem Standpunkt ausgehen, daß in Norwegen 1500 Kronen ein Existenzminimum bietet, aber die Beiträge werden vom faktischen Einkommen erhoben, womit gleichzeitig die Rentenberechtigung erworben wird. Wenn dann die Grenze schon bei 1500 Kronen Einkommen gesetzt wird, so ist eine sozial bedeutungsvolle Konzession am Platze. Eine solche erblicken wir in der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Die sonst weniger leistende schwedische Vorlage hat die Altersgrenze immerhin auf 67 Jahre herabgesetzt. Die Tatsache, daß auch in Deutschland, dessen Invalidenversicherung in den entscheidenden Grundsätzen mit Ausnahme der Beitragspflicht der Arbeitgeber von der norwegischen Kommission akzeptiert worden sind, eine Herabsetzung der Altersgrenze wahrscheinlich nicht mehr allzulange auf sich warten lassen wird, sollte die norwegische Sozialpolitik anregen, die Kämpfe um die durchaus notwendige Herabsetzung der Altersgrenze von vornherein auszuschalten. In der deutschen Angestelltenversicherung ist die Grenze auf 65 Jahre festgesetzt worden; da die norwegische Vorlage auch diese Kreise erfaßt, erscheint die höhere Altersgrenze um so minder berechtigt.

Die Kommission hat den Gedanken einer Witwen- und Waisenversorgung aus finanziellen Gründen aufgegeben. Sie will dagegen ein Sterbegeld in der Höhe einer halben Jahresrente an die Angehörigen eines Versicherten, der selbst keine Rente bezogen hat und einer Viertel-Jahresrente, falls der Versicherte eine Rente bezog, gewähren. Diese Unterscheidung stammt anscheinend aus dem Hirn eines Mathematikers. Der Sozialpolitiker würde sich sagen, daß die Hinterbliebenen eines Rentenbeziehers in der Regel bedürftiger sind als die eines in Vollkraft seiner Arbeitskraft vielleicht nach kurzer Krankheit gestorbenen Versicherten. Zum mindesten ist kein Grund zu einer so ungleichen Behandlung vorhanden.

Erfreulich ist die weitsichtige Stellung der Kommission zur Frage des Heilverfahrens. Die Vorlage will sowohl Kur und Heilpflege für Invaliden als für Versicherte, die durch das Heilverfahren vor Invalidität geschützt werden können, einrichten. Die Kommission zeigt damit, daß sie die sozialen Aufgaben der Versicherung richtig erfaßt hat und sich nicht nur von der Idee einer patriarchalischen Armenfürsorge leiten ließ. Hoffentlich schickt die Kommission ein Exemplar ihrer Motivierung an die schwedische Armenfürsorgekommission, die einer solchen Belehrung durchaus bedarf.

In der Beitragsfrage hat die Kommission auf die Einteilung der Versicherten in Lohnklassen verzichtet. Sie fordert einen Jahresbeitrag von zwei Prozent des versteuerten Einkommens und 0,5 pro Mille des versteuerten Vermögens. Der Mindestbeitrag beträgt jährlich 2 Kronen. Wo bei einem Ehepaar der eine Ehegatte allein für das Einkommen bezw. Vermögen steuerpflichtig ist, soll drei Viertel des Betrages auf ihn und ein Viertel auf den anderen Ehegatten verrechnet werden. Für kinderreiche Familien wird eine Erleichterung der Beitragspflicht dadurch herbeigeführt, daß für jede von dem Versicherten versorgte Person ein Abzug von 5 Proz. des Beitrags, im Minimum 50 Oere und im Maximum 3 Kronen, gestattet wird. Ein Abzug von den Leistungen der Versicherung darf dadurch nicht stattfinden. Auch diese Bestimmung macht dem sozialen Geist der Kommission Ehre. Für solche Versicherte, die unverschuldet nicht in der Lage waren, ihre Beiträge zu bezahlen, sind Erleichterungen vorgesehen.

Es ist ferner eine Zuschußleistung zu den Renten solcher Bezieher vorgesehen, die unmündige Kinder zu ernähren haben, und zwar soll dieser Zuschuß pro Kind und Jahr 15 Kronen betragen. Diese Extraleistungen, wie sie genannt werden, sollen den Betrag von durchschnittlich 16 Kronen pro Versicherten erreichen.

Die Rentenberechnungsmethode geht neue Wege, es ist aber auf Grund der uns vorliegenden Skizze nicht möglich, eine kritische Darstellung des Verfahrens hier zu geben. Es handelt sich um eine Kombination der üblichen ver-

sicherungsmathematischen Berechnungsmethoden mit einer Verrechnung der Ersparnisse der Versicherten an Armenlasten. Es sollen dementsprechend außer den regulären Beiträgen der Versicherten ein Zuschlag für ersparte Armenkosten erhoben werden, dies nicht bloß von Einzelpersonen, sondern auch von den Aktiengesellschaften, so weit deren Erträgnisse nicht bei den Aktionären versteuert werden. Es ist an den Beiträgen der Versicherten ein Aussondierungsverfahren für die „Extraleistungen" und eine feste Rente von 54 Kr. vorgeschlagen. Der Rest der Beiträge (bei dem Niedrigstbeitrag von 2 Kr. werden 1,60 in Anrechnung für Rente gestellt) wird versicherungstechnisch in üblicher Weise verrechnet. Dieser Rest soll eine Rente von 26 Kr. jährlich als Minimum bringen, so daß die Mindestrente unter allen Umständen 54 + 26 Kr. oder 80 Kr. jährlich betragen wird. Dazu kommen die ev. Zuschläge für zu versorgende Kinder und eine Rentenerhöhung für jeden eingezahlten Beitrag, so daß die Höchstrente auf mehrere Hundert Kronen angegeben wird. Die Methode scheint nicht nur kompliziert, sondern auch recht unklar zu sein, da es dem Kommissionsvorsitzenden selbst nicht gelungen ist, sie in seiner Darstellung für die Presse so zu schildern, daß der Leser die Ergebnisse der Methode nachprüfen kann. Man rühmt ihr aber nach, daß sie sowohl versicherungstechnisch als sozial eine gerechte Entschädigung für jeden eingezahlten Beitrag gewährleistet. Wir können das nicht nachprüfen, aber es scheint, als ob in sozialer Hinsicht eine größere Heranziehung der tragfähigeren Schultern zu den Lasten der Versicherung erfolgt. Teils will die Kommission das durch die Inhibierung der Rentenzahlung an Personen mit mehr als 1500 Kronen Einkommen erreichen, die aber natürlich beitragspflichtig sind, vor allem aber durch die Verrechnung der Ersparnisse an Armenlasten. Versicherungstechnisch hat man auch eine Höherbewertung der früh eingezahlten Beiträge in Aussicht genommen, aber die bisherige Veröffentlichung läßt die Grundsätze nicht erkennen, nach denen diese Verrechnung vor sich gehen soll. Eine kritische Besprechung des Rentenfestsetzungsverfahrens müssen wir aus diesen Gründen ausstehen, bis die endgültige Vorlage an das Parlament gelangt.

In die Versicherung einbezogen sollen alle Personen werden, die beim Inkrafttreten des Gesetzes nicht 56 Jahre alt sind. Die Verwaltungsausgaben werden vom Staat getragen, der aber keine Zuschüsse zu den Renten leistet. Die Gemeinden werden zu den Versicherungslasten herangezogen mit einem Betrage von 25 Kronen für jede laufende Rente. Diese Heranziehung soll erfolgen um die gemeindlichen Rentenausschüsse von einer allzu freigebigen Rentengewährung abzuhalten; eine sonderbare Begründung, die unvorteilhaft absticht von manchen sonstigen recht fortschrittlichen Gedanken der Vorlage. Zudem ist die Begründung in keiner Weise stichhaltig, denn die Gemeindeausschüsse werden trotz der 25 Kronen naturgemäß das gleiche Interesse an der Rentengewährung haben, wenn der Gemeindekasse dadurch eine Ersparnis an Armenlasten erwächst. Die Minderheit macht einen Vorschlag, der etwas sympathischer klingt. Sie will Staat und Gemeinde zu einem Rentenzuschuß von 40 Kr. verpflichten, die durch eine Rentensteuer in der Höhe der Ersparnisse an Armenlasten eingehoben werden soll. Sonst sind im allgemeinen die Vorschläge der Minderheit nicht besser, sondern sie stehen zum Teil in sozialer Beziehung hinter denen der Mehrheit zurück. So will die Minderheit die Beiträge der besser Situierten prozentuell ermäßigen, die Verwaltungsausgaben nur zum geringen Teile auf den Staat übernehmen usw. Die Mehrheit hat dagegen ganz richtig eine höhere Belastung der tragfähigeren Schultern in Ansatz gestellt.

Im ganzen berührt die Vorlage recht sympathisch. Daß keine besonderen Staatszuschüsse vorgeschlagen, sondern die Lasten auf die Versicherten gelegt werden, ist an sich kein Fehler, weil eben das ganze Volk versichert ist, die Lasten also gemeinsam trägt. Die Grundprinzipien der Vorlage entsprechen den sozialen Auffassungen der modernen Sozialpolitik, wenngleich noch einige Unebenheiten auszumerzen sein werden. In erster Linie wird sich die sozialdemokratische Politik bei dieser Vorlage mit drei Fragen befassen müssen: 1. Ob die von der Kommission in Ansatz gebrachte höhere Belastung der besser Situierten wirklich deren höherer Tragfähigkeit entspricht; 2. ob die Rentenhöhe im Verhältnis zu den Erfordernissen und den Beiträgen steht, und drittens mit der Altersgrenze für die Altersrente. Zu 2 erscheint die Mindestrente doch als gar zu geringfügig. Es kommt natürlich darauf an, in wie vielen Fällen die Mindestrente zur Anwendung gelangt. Sie beträgt nach vierjähriger Wartezeit 80 Kronen und steigt bei längerer Versicherungsdauer nach Maßgabe der geleisteten Beiträge. In welchem Verhältnis sie aber steigt, läßt sich auf Grund der bisherigen Verlautbarungen der Kommission nicht berechnen.

Eine weitere sehr wichtige Frage ist die der Verwaltung. Wie in Schweden soll die Rentenberechtigung in den Gemeinden geprüft werden, die übrige Administration wird anscheinend vollständig bureaukratisiert. Es mag dies nicht so schwerwiegend sein in einem Lande der Demokratie, wie in Norwegen. Aber notwendig erscheint doch eine Sicherung der Mitwirkung der Versicherten, denn alle Bureaukratie trägt den Keim der Verknöcherung in sich, die in der Sozialversicherung besonders unheilvoll ist. Wenn in dieser nur Versicherungsmathematiker und Bureaukraten herrschen, dann wird sie ihren sozialen Aufgaben entfremdet. Da unsere norwegischen Genossen bisher nicht festgelegt sind, haben sie die weiteste Möglichkeit, alle diese Fragen eingehend zu prüfen. Auch die Heranziehung der Arbeitgeber zur Beitragsleistung müßte zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. Von der Phrase „Volks"- statt Arbeiterversicherung sollte sich niemand betören lassen. Denn im großen Umfange besteht auch in Norwegen das Volk aus Lohnarbeitern und Angestellten. Die Beitragsverpflichtung der Unternehmer für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter, sei es mit einem größeren oder geringeren Teilbetrage des Beitrages, ist durchaus berechtigt und würde eine Erhöhung der Mindestrenten sofort ermöglichen.

Aus aller Welt.

Im Schweiße deines Angesichts . . .

Im Zentralorgan für offiziöse Politik und sonstigen geistigen Stumpfsinn, dem „Berliner Lokalanzeiger", werden in einem langen Artikel mit peinlicher Genauigkeit die Tanzproben im Kaiserschlosse beschrieben. Offenbar handelt es sich um die Vorbereitungen zu dem großen Hofball, bei dem alles vertreten ist, was Anspruch auf die altberühmte preußische Sparsamkeit erhebt.

Und wahrlich, die Tänzer und Tänzerinnen haben es bei den Proben nicht leicht! Im Schweiße ihres Angesichts müssen sie sich zwar nicht ihr Brot, wohl aber die Zufriedenheit der Tanzleiterin verdienen. Und auch des Landwirtschaftsministers Schorlemer holdselige Töchterlein lernen bei den Proben den bitteren Ernst des Lebens kennen. Während Papa vielleicht gerade an einer Rede feilt, die den Arbeitern beweisen soll, daß das Publikum sich daran gewöhnen müsse, in Zukunft auch für Lebensmittel mehr auszugeben, mühen sich die beiden Töchter mit all den anderen zwei-, dreimal, ehe sie die Zufriedenheit der Tanzleiterin erringen. Wie schön haben es dagegen die Töchter der Arbeiter! Sie gehen des Morgens in die Fabriken, kommen abends nach Hause, finden die Schüsseln mit Pferdefleisch gefüllt und brauchen sich den Teufel darum scheren, Tanzfiguren richtig zu trippeln.

Aber erfreulicherweise werden die Tanzproben nicht ausschließlich vom Ernst des Lebens beherrscht. Die armen geplagten Hascherln haben auch zu lachen. Denn es heißt:

„Nun, die Vortänzer hatten zu tun gehabt, und da es zum Schlußreigen anzutreten galt, sah sich Herr von Wedel, der den Reigen mit der Prinzeß Viktoria-Luise anzuführen hatte, plötzlich seiner Partnerin gegenüber und hielt noch den Degen in der Hand, mit dem er aufklopfend Ruhe gebietet, wenn Fräulein de Gasparini sprechen will. Gab das zu lachen! Wie er eilig davonsprang und den Degen fortlun mußte! Köstlich! Aber da chassierte er schon heran, und nun war die junge Kaisertochter wieder ganz Eifer, Ernst, Anmut und Würde, wie sie da im Reigen schritt. In der Prinzengavotte sind sie und der kaiserlicher Bruder August Wilhelm entschieden das anmutigste Paar."

Und was für Sorgen eine kleine Festlichkeit macht! An was alles man denken muß, mag die Kronprinzessin sich sagen, von der es in dem Artikel heißt, daß sie mit gleicher Sicherheit und Anmut wie die Schwiegermama die Honneurs machen könne. Sie, die Kronprinzessin, ist nicht nur Hausfrau und Mutter, sondern auch Chef der schwarzen Husaren. Und als Regimentschef hat man gesellschaftliche Verpflichtungen. So wurden denn einige Offiziere des Leibregiments aus der Garnison zu den Tänzen beurlaubt — ein kleiner Beweis für die Dringlichkeit der neuen Militärvorlage.

Aber ein echt patriotisch Herz schwärmt nicht einseitig für das Landheer — schon deswegen mußten einige flotte Tänzer aus der Marine zugezogen werden. Und wenn dann im strahlenden Lichterglanz am Abend des Festes die bunten Uniformen mit den schimmernden Roben zu einem berückend schönen Bilde sich vereinigen, ahnt mancher nicht, wieviel Kummer und Sorge, wieviel Mühe und Plage die Vorbedingung für das gute Gelingen eines durch altpreußische Einfachheit ausgezeichneten Festes sind.

Die Friedenauer Revolutionäre.

Seit einiger Zeit raunt man sich in den Parlamentsbouloirs zu, die Tage Bethmann Hollwegs als Reichskanzler seien gezählt, da er sich die Unzufriedenheit des Zentrums zugezogen habe. Es mag wohl etwas Wahres daran sein, denn die Jesuiten, über die er stolpert, haben schon mancher Ministerherrlichkeit ein Ende gemacht. Aber ein Unglück kommt nicht allein. Dem Kriegsminister v. Heeringen soll es ebenfalls an den Kragen gehen, denn auch mit ihm ist man unzufrieden. Wenigstens ist das eine feuchtfröhliche Tafelrunde — in ihrer Mehrzahl pensionierte Offiziere —, die in einer Friedenauer Weinstube ihren Skat drischt und zwischendurch die großen Fragen der Politik löst. Von dieser Tafelrunde weiß der „Friedenauer Lokalanzeiger" zu berichten:

„An den türkischen Obersten Enver Bei haben mehrere türkenfreundliche Herren, die zur Kaisers-Geburtstags-Feier in den Weinstuben von Trarbach Nachflg. (Inh. Waldemar Reuter), Moselstr. 1—2, versammelt waren, einen Gruß gesandt. Als die Herren die politische Weltlage besprachen, wurde von einem Herrn angeregt, dem Obersten Enver Bei eine Ansichtskarte zu schicken. Der Vorschlag fand sofort die Zustimmung der übrigen Festteilnehmer. In ihrem Schreiben beglückwünschten die Herren Enver Bei zu seinem sicheren, zielbewußten, von Vaterlandsliebe zeugenden Vorgehen und bringen zum Ausdruck, daß sie froh wären, wenn Deutschland ebenfalls einen solch tüchtigen und tatkräftigen Mann besitzen würde."

Wir raten den Generalstab und seinen Leiter zur Vorsicht, die Gefahr ist groß! Es befindet sich unter den Friedenauer Verschwörern der starke Mann, der eines schönen Tages das türkische Vorbild nachahmt und als zweiter Enver Bei den Generalissimus totschießen läßt und die Generalstäbler zum Teufel jagt. Wie wir erfahren, wird der Revolutionsplan bereits ausgearbeitet. Zunächst ist beschlossen worden, den Generalstab der Friedenauer Revolutionäre nach Herzberge zu verlegen, da man sich durch die Indiskretion des „L.-A." in Friedenau nicht mehr sicher fühlt.

Ein Ordnungsmann.

In Beuthen O.-S. wurde der ehemalige Polizeisergeant Schewerda als Führer und Organisator einer 10köpfigen Räuberbande ermittelt, die in den letzten Wochen mehrere der schwersten Einbrüche im oberschlesischen Industrierevier ausführte. Auch der in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in die Geschäftsräume der oberschlesischen Kokswerke zu Zabrze geplante Einbruch, bei dem einer der Einbrecher durch die Polizei, der der Einbruch vorher verpfiffen worden war, erschossen wurde, ist auf das Konto der Bande des ehemaligen Polizisten Schewerda zu setzen. Sch., der vor noch nicht gar zu langer Zeit als „Hüter der Ordnung" in Amt und Würden war, stand in Friedenshütte, wo er, nachher als Schlafhausverwalter einer Grube tätig war, in dem Ruf eines angesehenen Mannes. Im deutschen Turnverein spielte er eine große Rolle, besonders an patriotischen Festtagen. Die gefährlichsten Einbrecher und Geldschrankknacker waren aber die Spießgesellen dieses Polizisten a. D. Jetzt bemühen sich die guten Patrioten, diesen Mann natürlich so schnell wie möglich von den Rockschößen zu schütteln.

Mexikanisches Räubertwesen.

Wie uns ein Telegramm aus Mexiko meldet, plünderten Räuber am Sonntagabend einen Personenzug etwa 80 Meilen südlich von der Stadt Mexiko. Sie brachten den Zug zum Entgleisen und richteten dann ihr Feuer auf den Waggon, in dem sich die militärische Begleitmannschaft des Zuges befand. Von der zwanzig Mann starken Begleitmannschaft wurden zwölf getötet und die übrigen verwundet. Die Räuber töteten auch vier Passagiere und schleppten viele Frauen mit sich fort. Ein Rettungszug brachte die Verletzten nach Amecameca.

Kleine Notizen.

Das tägliche Grubenunglück. Auf der Eisensteingrube Friederike bei Bad Harzburg wurden am Dienstag früh durch herabstürzende Erdmassen die Bergleute Karl und Otto Wolters, zwei Brüder und beide verheiratet, sowie der Betriebsführer Gellhausen, ebenfalls verheiratet, getötet und der Steiger Kunstmann schwer verletzt. Die Leichen sind bereits geborgen.

Selbstmord eines Schülers. Der 17jährige Gymnasiast Goldstein aus Kattowitz warf sich beim Einfahren eines Zuges auf die Schienen und wurde auf der Stelle getötet. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß das Motiv zur Tat in schlechten Schulzeugnissen zu suchen ist.

Faschingsfreuden. Während eines Faschingsvergnügens entstand in einem Gasthause in Eger zwischen Zivil- und Militärpersonen ein Streit, in dessen Verlaufe der Bahnarbeiter Dörfler von dem Landwehrinfanteristen Lippert erstochen wurde. Auch andere Personen wurden verletzt.

Drei Kinder verbrannt. In der französischen Ortschaft Penlebeo im Departement Côte du Nord brach in einem Bauernhause ein Brand aus, bei dem drei Kinder, die in einem Bette zusammen schliefen, verbrannten.

Inventur-Verkauf
der alten Stiller-Firma

Um eine vollständige Räumung zu erzielen, haben wir **weitere bedeutende Preisermäßigungen** vorgenommen. Wir bieten eine nie wiederkehrende Kaufgelegenheit mit unvergleichlichen Preisvorteilen!

Schluß: Morgen Donnerstag, 6. Februar

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Fabrik Messina- u. Römertrank-Kell. SO 4, Bartelstr. 8a, Fernsp. Kgst. 13708

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger Laden, Charl., Wallst. 69

Auto-Fahrschulen

Sanke Gr. Frankfurterstr. 44 Eintr. tägl., Teilz. gest.

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Friedr. Barz, Landsb. Allee 146
K. Biedermann, Gryphiusstr. 18.
Paul Delly, Markusstraße 15.

Brot-Fabrik „Vorwärts"
Hermann Ullrich, Köpenick.

Franz Faulwetter, Mantenffelstr. 67.
E. Freyer, Bismarckstr. 72, E. Markusstr.
Georg Genz, Memelerstr. 20
M. Gruschka, Königsbergerstr. 35

Oskar Hanke's Brotbäckerei
73 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hoppe's Nachf. Kramarek, Adalbertst. 66
Max Kniffert, Landsb. Allee 29.
Ernst Küster, Frankf. Allee 197.
Ladenthin, O. Grüner Weg 54.
Franz Ludwig, Kochhannstr. 35
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
August Mantz, Ebertystr. 57.
Hermann Markau, Rigaerstr. 107
Mattke, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerst. 168.
Fritz Mülle, Gräfestr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oste, Madaistr. 10.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern"
Inh.: Gust. Müller
Filialen i. verschied. Stadtteilen

Ranfft Reichenbergerstr. 176 Admiralstr. 38 u. 19a

Arthur Roemer, Kottb. Damm 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Heinr. Schubert Boxh. Chauss. 5/6
Sikorski, Weißensee, Heinersdorferstr. 11
R. Schade, Pallas-St. 9 Fil. O u. NO
Paul Sorge, Proskauerstr. 21
Rich. Schenk Markusstraße 38.
P. Schinauer, Anklamerstr. 15.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Taupitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
F. Tiedemann, Bad-S. Kastanienallee 47.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 103.
Volksbrot, E. G. m. b. H.
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
K. Walter jr., Löwestr. 18

Hermann Wendt Chorinerstr. 85 Fil. Ackerstr. 1

Wilhelma Brotfabrik Andreasstr. 22.
Otto Winkler, Nannystr. 73.
E. Wolff, Grüner Weg 75.

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Bürgerbad Weberstr. 40b Amt Kgst. 894.
Canitz-Bad, Münzstraße 3.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Münchener Bad Neukölln, Münchenerstr. 51

Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136.
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Sb.

Original Lohtanien Bad
früher Münsel, Wallstr. 70/71

National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad Kottbuser Damm 75
Friedrich Wilhelmsbad Chausseestr. 97.

Bandagen, Gummiw.

R. Baake, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 75.
Lange, A. E., Brunnenstr. 187.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 89.
Meyer, P., Nkln., Berlinerstr. 49—50
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 64.
Reiche, A. Seydelstraße 16. Lief. aller Kassen
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beleucht.-Gegenst.

Büttner, A., Danzigerstr. 96.
W. Schröder Hochstr. 43 Fabrikpreise

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kaiser-Friedrichstr. 106
Bulinski, Fehrbellinerstr. 1, E. Schönh. A.
Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Drogen u. Farben

Amol das Hausmittel.

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Bersug, Weidenweg 80.
Brunnenstr. 108 u. 157 Apotheker H. Wiegel.
A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.
Haeberlein, Trept., Graetz-Buschkstr.
Prinz Handjeriestr. 2 Nkl. G. Wolff.
Klahn, H., Nklln. Kaiser-Friedrichst. 236
Knesebeck-Drog., Neukölln Hermannst. 119.
KröningsAdler-Drogerie, Bamberstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuser Damm 61-63, Parfüm
Alfr. Marsch, Culmstr. 27.
Rathaus-Drogerie, Nklln. Bennostr. 24.
Hermannstr. 57 Neukölln G. R. Prenzel.
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Fr. Schlussnuss, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
Oberschöneweide Wilhelminenhofstr. 48
Erich Preuß
Drogen, hyg. Gummiwar., Seifen billigst.
Werder-Drogerie, Britz, Rudowerst. 5a
Zobel, Georg, N, Ackerstr 40

Beerdig.-Anst., Sargm.

Bredlow Eberswalderst. 16 Wörtherst. 35
Otto Büttner, Neukölln, Ringbahnst. 32.
H. Fischer Nklln., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Rixd. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 179
Hanisch, Weißensee, Prenzlauer Prom. 191
Hickel, Fr., Gr. Hamburgerst. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.

Berufskleidung

Keiner, Otto, Gerichtstraße 66.
Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 108

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer. Potsdam. Eig. Niederl.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15
Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee T. 3, Lager- u. Malzbier

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Fruchtstr. 57

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A.-G.
Berlin-Pichelsdorf

Groterjans
Malzbier, Schönh.-Allee 138, T. III, 9463-

C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.

Hempel, E., Müllerstr. 138d.

Unser Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei
vorzügliche Faß- und Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönlanstr. 33.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2634.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner Seestr. 50
E. Bauer, Rixd. Kais. Friedr. St. 36, Bergst. 56
O. Hahn, Steglitz, Albrechtstr. 101
C. Laurent Brunnenstr. 63 Petersburgerstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtner A. & F. Meltzner, Nkll. Ringbhfst.
Ww. Rutschke Nklln. Hermannst. 62

Topfpflanzen aller Art
Britz, Rudowerstr. 92/93 Tel. Neuk. 134
Zastrow, H. Turinerstr. 34.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
35 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen Carl Davidsohn

Gebrüder Groh
40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.
Berlin C. 54, Rosenthalerst. 40 (Hackescher Hof) Fernsp. A. Nord. 3827

Schulz, Arth., Nklln., Hermannst. 66
Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolade

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.
Althans, Kräuter-Bonb., Lindowerstr. 16.

Stollwerck
Gold Silber Kupfer
Schokolade · Kakao
In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Cyliax, G., Filialen i. all Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Perlebergerst. 72

Seiffert, E., Filial. in Berlin und Vororten

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hoefer, Kottbuser-Damm 79.
Müllerst. 77, Admiralst. 3, Dresdenerst. 16.

Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
Krakow, Fr. NW. Wiclefstr. 47.
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.
G. & S. Peterke, SO. Kottbuserstr. 14.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.
Alb. Werner, Ecke Elsasserstr. Ackerstr.

Damenkonfektion

Callmann Neukölln, Bergstr. 133. Gelegenheitskäufe.
Dombrowsky Charl., Potsd.-St. 11 Anfertig. nach Maß
Restat, J. Kottbuserdamm 74 Brunnenstr. 13
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Aly, O., Nklln., Kaiser-Friedrichst. 6
W. Allner, Mulackstr. 24.
Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 36
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Otto Beilig Grüner Weg 49 Wrangelstr. 50.
Emil Braun, Andreasst. 75 Ecke Brandt.
G. Brucklacher, Oranienstraße 47.
F. Beutel, Nklln. Kaiser-Friedrstr. 77
Finck, E., Spandau, Schönewalderstr. 34.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Eugen Heum, Nklln. Walterstr. 19
Jungbluth, Hermannstr. 172.
H. Rockstroh, Berlin Gitschinerst. 25/26.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seestr.
F. Schubeit, Voigtst. 10, E. Schreinerstr.
Sellach, Th., Nklln., Hermannstr. 48
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 73
Herm. Warschade Müller-Straße 29.
Alex Weimar Alexandrinenstr. 14 Reichenbergerst. 100 (Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischauf
Brunnenstr. 35.
Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrd., Schallplatt. Weißenburgst. 47a
W. Malloschky, Oberbaumst. 3, Bay

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei „Spreenixe"
Berlin SO., Forsterstr. 5-6
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen Groß-Berlins.

Dampfwasch-anstalt Conkordia Wilhelmstr. 134
D. W. A. Hansa Gerichtstraße 23 Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder. Läden in allen Stadtteilen Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kullick, Färb., Wäscherei
Fil. Gustav Adolfst. 1, Weißenburgerst. 41
Swinemünderstr. 54, Weddingstr. 9
Müllerstr., Neukölln, Hermannstr. 37-38

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
E. Pehling, Elbingerstr. 56.
Winkler & Bärthold, Bergst. 5 u. 57. Nkll. Masch. St. 35

Fleischer. u. Wurstw.

G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74
August Hirnstein Dunkerstr. 78.
O. Aschenbach Lüderitzstraße Nr. 60
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.
Hans Böhm, Weidenweg 31.
A. Bentele, Thaerstr. 31.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik, Speck- und Schinkensalzerei.
Berlin-Schöneberg, Kaiserinst. 57-58
Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Elbingerstraße 50.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 4a.
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dergerloh, Lithauerstr. 23
St. Dorszewski, Ebertystr. 29.
W. Dörr, Schivelbeinerstr. 27.
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feyerherm, F., Alt-Buxhagen 11.
W. Friedmann, Nklln., Warthestr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21
Albert Golz, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1a.
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.
Rob. Giese, Weißensee, Gust.-Adolfstr. 13
Otto Grube Neue Hochst. 37.
Gusinde, Rich. Oranienstraße 17.
Getschmann's Fleisch- u. Aufschn.-Centr., Wichertst. 159.
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 22.
Heinrich Höhne, Shalitzerstr. 97.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fr. Jentsch, Kottb. Damm 15, Fleisch, Wurst.
B. Immig ff. Fleisch- u. Wurstw. Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Ziethenstr. 41.
Wilhelm Kitz, Kniprodestr. 118.
F. Klarholz, Pintschstr. 6.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Bruno Keller Moabit Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 112. Weichselstr. 15
A. Kramm, Königsbergerstr. 37. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kopa, Reinickend., Residenzstr. 154.
H. Kunert, Schönebg. Gothenst. 41
A. Lange, Reinickdf., Scharnweberstr. 113
Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
Wilhelm Liebherr Weidenweg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch u. Wurstfabr.
Lebensmittelvertr. Kaiser Wilhelmstr. 9a
Aug. Maar, Schulstraße 103.
Märk. Fleischkons., Nklln., Warthest. 73
M. Mauersberger, Nklln., Kanerstr. 16
Max Metzler, Rigaerstr. 16.
R. Müller, Pankow, Wollankst. 101

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerst. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Neberowsky Frankfurter Allee 175.

Nord-Deutsche Fleisch-u. Wurst-Zentrale
N F. Zimmermann Seestr. 113. Anklamerst. 17

Paul Nuss Stolpische Str. 35.
Ptach Große Frankfurterstr. 13.

P. Rechel Wurstfabr., Landsbg.-Allee 130, Spz. Roll.-schink., Nußschink., Schlakaspeck

Riedel, B. Hermannstr. 46.
Rodewald, Prenzl. Allee 29 T. Kst. 2206.
Franz Rose, Frankf. Chaussee 21a.
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Rauchbeld, Ziethenstr. 13
A. Rehmet, Moab., Perlebergerst. 2
E. Rummelandt, Thaerstr. 60.
Hermann Schmidt, Thaerstr. 48.
Gebr. Scholz, Lithauerstr. 7.
W. Segling, Christburgerstr. 43.
Max Schlack, Langestr. 67.
Th. Scheunemann, Helmholtzst. 1.
Otto Schmalzl, Jahnstr. 1.
Schramm, Palast. 23, Trept. Bpl. 11767
Otto Schleusener, Nklln. Mainzerst. 8

Otto Schubert Koppenstr. 52. Spez. Wurst-Gesch.

Aug. Szczygiel, Nklln., Teupitzerst. 110
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Scharsberg, Reinickend., Hausast. 9.
Max Schubert Müllerstr. 156a.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 62
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr F. Sommermann, Boxhagenerst. 16
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldenserstr. 15
Gust. Tschentke, Brüsselerstr. 53
Tscherbuer, Straßmannstr. 8.
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Karl Unte Nannystraße 17 f. Fleisch- u. Wurstw.
Uhlig, Paul, Koppenstr. 28.
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57

Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 63

Otto Zelm, Neuk., Fuldastr. 56.
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

Glas u. Porzellan

G. Kröger, Weißenburgerstr. 79.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
nur Kottbuser Strasse 1
Spez. Champoo, Frisier-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Annonce gewähre 10% Rabatt.

Rob. Kertmann, Schönwalderstr. 28.
H. Nixdorf, Frankfurter All. 197, 5% Rab.

Haus- u. Küchengeräte

Kamnick, Spandau, Schönew. St. 92 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.

Herren-Artikel

H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichst. 10.
E. Flörecke Veteranenst. 7. Schirm. Krawat. Wäsch
Krause, Wilh., Nklln., Herm.-St. 168
Nordring, Brunnenstr. 84.
Ad. Mahnke Rosenthalerstr. 3 Hüte, Schirme
A. Samuel, O. Mirbachst. 62, Schirme.
Scholz, Osw. Ri. Bergstr. 141. Ri. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 4.
Wrangelstr. 45 W. Sendler

Herren- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 36, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Nklln., Bergstr. 19

L. Mamroth Neukölln, Bergstr. 31. Mitgl. d. Wahlvereins

Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 78a
Marcus, S. Nklln., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Rosner, Max Schneidermeister, Nklln., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß
Julius Salomon, Brunnenstr. 36.
J. Scholl Friedenau, Rheinst. 9 Vorz. d. Bl. 5%

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Huthaus Norden
Brunnenstraße 51.
Badstraße 65
Chausseestraße 55.
Dresdnerstraße 120

Beiße, Rud., Chausseestr. 66.
M. Grund nur Brunnenst. 177

Berl. Hut-Centrale „Rosentalerior" Weinbergsweg 27

Hut-Engr.-Lager, Boxh. Gärtnerst. 24.
A. Lemaitre, Wilmsdf., Berlinerst. 112.
Rieck, Em. Badstr. 64. Gerichtstr. 82.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Aug. Wagner, Köpenick, Grünstr. 9

Kaffee-Spezialgesch.

Unerreicht!! 40 Pf. pro Pfd.
Edel-Mais-Kaffee Marke Mai-Ko
Generaldepot Norden, Chausseestr. 116.
Fernsprecher Amt Norden 594 u. 9964
Filialen SW. Gneisenaustr. 104 und Blücherstraße 14.
Bei Abnahme von 5 Pfund frei Haus.

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Eaf.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard Hermann-Platz 3.
Kaufhaus Friedenau Rheinst. 48
Liefert. d. Konsumgenossenschft.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 29.

Kohlen, Koks, Briketts

Siemon, A. R., Kohlenbhf. Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

Babel & Haake, Wilsnackerstr. 47.
G. Behrens, Schöneberg Akazienstr. 9
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 39.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
A. Fiedler, Köpenick, Müggelh. St. 41.

Reik
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Geroll, Beusselstr. 75.

Hokenkamp & Neumann Crossenerstr. 18. Kopernikusstr. 19, Niederbarnimstr. 10.

Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Kohle, W., Lichtenberg, Hagenstr. 59.
Kramer, Rich., O, Kronprinzenstr. 27/28
Lips, Chamissoplatz 8
Lossier, G., Warschauer-Str. 5.
Karl Mercier, Huttenst. 3
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. 1 II 7003.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm.-St. 155, Knesebeckst 18
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 22.
A. Rumbold, Prinzen-Allee 18.
Carl Robra, Langhansstr. 56 u. 148.
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 36.
Runge, Otto, Nklln., Hermannst. 53.
A. Sägebarth, Fehrbelliner Str. 24.
Schneider, F., Nklln. Kaiser-Fried. St. 75
Scheffler, Carl, Badstr. 14.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54.
Otto Tück, Gubenerstr. 11.
Willi Wegener, Posenerstr. 5.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N, Swinemünd.-St. 114
Lange, A. E., Brunnenstr. 187.

Lederwaren

Angermeier, Mommsenst. 50 E. Wilmersdfst.
Hermann Callies Grüner Weg 100
Taschen-Müller Schöneberg, Kolonnenstr. 64.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes e. V., BERLIN, Mauerstr. 86/88 T. 13401.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Muskauerstraße 44.
Neu-Kölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 189, Friedelstr. 23.
Treptow, Grätz-Straße 64.

Bordasch, G., Nklln., Kais.-Frd.-St. 20
Bernhard Danne, Kastanienall. 50-51.
C. E. Fink, N, Pankstr. 92.
Halff, Herm. Nkln. Hermannst. 227
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 64
Weserstr. 189, Friedelstr. 23
Treptow, Grätz-Straße 64.

Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.

Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.
Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Hoerms, H., Nklln., Hermannst. 173
Karl Huhn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.
G. Laupichler, Turmstr. 80.
Gus. Meyer, Reinick.-St. 19, Wittst.-St. 1
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Markth. Marheineckepl. Markth. Dorotheenpl.
H. Wendler, Reinickendorferst. 6.

Möbelmagazine

Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
J. Deutmann, Gelegenheitk. Reudelstr. 21

Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 163.

Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gleiser, A., Alexandrstraße 42.
G. Hacke, Wilhelmshavenerstr. 20.
König, A., Nklln., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.

Küchenmöbel
Berliner Küchenmöbel-Fabrik
Neue Königst. 31-32, T. VII 4746

Lange, Max Schwedter St. 26 a. d. Kast. Allee.

Misch, Siegmund
Dresdnerstr. 16 Schönh. Allee 67
Teilzahlung gestattet

Möbel-Gelegenheit
Anklam, Charlottbg., Wallstr. 50.

Möbel Karras Waldemarstraße 13a. 64.
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 82c.
F. Neumann Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 100-1

Emil Ruflar
Tischler-Innungsmeister
Prinzenstr. 34

Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 52.
Siebchy, W. Gneisenaustr. 18 eig. Tischl.-Tapz.-Wkst.
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edisonst. 59
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229

Steinemann, Waldemarstraße 72 Ecke Manteuffelstr.

Ch. Tennigkeit, Elsaßerstr. 21.

Möbel-Transport

P. Enders, Gneisenaust. 7a, T. Krist 4136.
Heinr. Kaufmann, Linienst. 145.
J. Lange, Ritterst. 96. Mpts. 4196.
Paul Schur, G. m. b. H., Dirksenstr. Bg. 82.

Molkereien

Molk. Strehl Treskowst. Neukölln Hermannst. 116, E. Siegfr. St.
G. Gollsch, Pallisadenst. 29, E. Rummelsst.

Milch-Schmidt
Neukölln
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
Berlinerstr. 75 Bergstr. 157

J. Reich, Birkenstr. 33, Zwinglistr. 33

„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 46. u Tel. II 2565.

Musikalien

Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, R. Brunnenstr. 45. Noten.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 183

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Waschmasch.

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Littauer, Vertr. Wilke, Nklln. Berlinerst. 84 Hermannst. 59/60.

Afrana-Nähmaschinen
G. A. Büttner, Andreasstr. 79, Petersburgerstr. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.

Optiker

Daue, Paul, N. Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 65
Seidler, Louis, Nklln. Bergstr. 42

Pfandleihen

Langer, Wrangelstr. 93, Billiger Verkauf.
A. Meusel, I. Gerichtstr. 39
Billiger Verkauf, II. Müllerstr. 168
Schmidt, Fennstr. 3

Photogr. Ateliers

W. Scharf, Rosentaler Tor. Elsasserst. 1

Photgr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 5, auch Gelegenheitskf.
Hugo Schultz Müllerstrasse 166a Gelegenheitskäufe
Zaremba, Weinbergsweg 1. T. Nrd. 8532

Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179

Resterhandlungen

Luise Frögel, Greifswalderstr. 199.

Schuhwaren, Schuhm.

Damaschke, Invalidenstr. 144.
R. Hagemann, Kastanien Allee 4, 5%, R.
Goldmann, Spandau, Schönwalderst. 34

Rich. Kuhn Frankf. Allee 118a
Schönh. Allee 80 I Einzel-Verkauf z. Engrospreisen
Leserd. Zeitung 5% Rabatt

Herm. Kärmer, Cöpenick.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 158.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Fritz Schlott, Moabit, Waldstr. 34.
Sommer, Wilh., N, Schönh.-Allee 85.

Schirme u. Stöcke

Jehnichen, Nklln., Kais.-Friedr.-Str. 18
G. Schleussner, Warschauerst. 66

Seifen

Heldke, Paul, Burgsdorfstr. 12.

Stempel- u. Vereinsabzeich.

Gust. Banse, Elsasserstr. 9a.

Teppiche u. Gardinen

Gardinenh. Bernhard Schwartz
Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).
J. A. Schulz Weinbergs-Weg 10 I.

Uhren u. Goldwaren

Arendt, H. Neukölln Bergstr. 2
Otto Bickel, Charlottenburg 2, Kantstr. 144.
A. E. Deike Oranienstr. 20 Ecke Lindenstr.

Gustav Schoder
Fabrik moderner Goldw. u. Uhren
Hauptgesch. S. 42. Oranienst. 155/56
I. Filiale W. 80. Lützowstr. 80.
II. „ Schöneberg, Hauptst. 142

Max Eisermann, Charl., Nehringstr. 16.
Max Busse Brunnenstr. 175/177.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 46
Feuske, S., Kottbusserdamm 96.
P. Gädtke, Bhf.-Str. 40 E. Alt Moabit
J. Gebhardt Charlottenburg Berlinerstr. 124.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 79.
Kalebusch, W., Frft. Chaussee 81
C. Käferle, Frankfurt. Allee 10.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 46.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112. Brunnenstr. 81

Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg. Hauptstr. 148.
G. Scharnow, Oranienstr. 45.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
Schönemann, G., Nklln., Berl.-St. 73
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 88.
K. Schmidt, Weißensee Langhansstr. 59
Max Storch, Elbingerstr. 100.
A. Trenner, Wilhelmsh., Hauptstr. 12.
Uhren-Klinik, Brunnen- E. Bernauerst.
Wegner, R. Nkll. Bergstr. 56.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 3.

„Friedrich Wilhelm"
Berlin W8, Behrenstr. 58—61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg.
Mit u. ohne ärztl. Untersuchung
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

„Iduna" zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82
Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Wilh. Herm. Lesser
Kolonnst. 54 Schöneberg Kolonst. 54
Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Conrad Großdestillation Oranienstr. 207
Krakow, Fr. NW. Wiclefstr. 47. Einzelverk. z. Engr.-Preisen.

Hermann Meyer & Co., Act.-Ges.

Ignatz Sello Brunnenstr. 18 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis
Großd. „Zur Sonne", P. Freudenberg

Weiß-, Wollw., Trikot.

Max Boeldicke Chausseestr. 67.
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 16
Georgi, Ernst Kraut Str. 51a.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 92.
Julius John Lortzingstr. 9. Dunkerstr. 1.
Juncker, H. Neukölln Hermannstr. 171.
Carl Klein, Höchstestr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 36.
Fr. Oliwetzki, Alte Jakobstr. 137.
Anton Schnur seit 1837 nur Alte Schützenst. 2
Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 31.
L. Schneider, Weberstr. 61.
Albert Vogt Urbanstr. 31.

Wild u. Geflügel

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnenstraße 133.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147, Fische.

Zahn-Atelier

Dubry, H. Neu-Kölln, Bergst. 485-K. 1179
M. Gerodiski, Blum Nachf. Brunnenst. 88
O. Hiller Weinmeisterst. 10/11 T. N4 7871.
Herold, H., Elsasserst. 97 (Rosental. Platz)
Körber, O., Mariendorf, Chausseestr. 366
H. Lindeke, Warschauerstr. 90.
M. Rasonke, Birkenstr. 22.
Witte, Max Muskauerstr. 16, Ecke Manteuffelstr.
W. Wettstädt, Stralsunderstr. 11.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verbandstag der Zimmerer.

Am Dienstag begann die Sitzung der Generalversammlung mit der

Diskussion über den Bericht des Ausschusses.

Im Vordergrunde der Debatte stand ein Einzelfall, der sich auf die Frage zuspitzt, ob es nach dem Statut zulässig ist, daß jemand, der auf Streikunterstützung verzichtet hat, für diese Zeit keine Extrabeiträge leistet. Infolge einer Beschwerde des für diesen Fall in Frage kommenden Mitgliedes hat der Ausschuß einen Beschluß gefaßt, dem aber der Zentralvorstand nicht nachgekommen ist, weil er diesen Beschluß inhaltlich als statutenwidrig betrachtete. Dagegen beschwert sich jetzt der Ausschuß, in der Meinung, der Zentralvorstand habe den Entscheidungen des Ausschusses unbedingt Folge zu geben. — Die Generalversammlung beschloß aus Anlaß dieses Spezialfalles:

Der Ausschuß hat in diesem Falle nicht richtig gehandelt. Der Vorstand war verpflichtet, der Entscheidung des Ausschusses Folge zu leisten.

Hierauf wurde die

Diskussion über den Bericht des Redakteurs des „Zimmerer"

eröffnet. —

Meyer-Hamburg ist nicht einverstanden mit einem in der neuesten Nummer des „Zimmerer" erschienenen Artikel des Th.-Mitarbeiters, weil derselbe die Verbandsleitung verherrliche. Ein zweiter Redner trug eine das Inseratenwesen betreffende Beschwerde vor und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Polemik mit dem „Grundstein" beendet sei. Hoffentlich werde das friedliche Verhältnis bestehen bleiben. — Damit war die Debatte erschöpft. — Im Schlußwort führte Redakteur Bringmann unter anderem aus: Der Th.-Artikel stamme von einem sehr geschätzten Mitarbeiter, der seiner eigenen Auffassung Ausdruck gegeben habe. In der Polemik mit dem „Grundstein", die ja nicht vom „Zimmerer" angefangen worden sei, habe er, der Redner, nur die vom Vorstande festgelegten Richtlinien vertreten. Ob die Polemik für alle Zeit beendet sei, das könne man nicht wissen, das hänge ja von dem Verhalten der anderen Seite ab.

Dem Verbandsvorstande wurde einstimmig Decharge erteilt. Ferner beschloß die Generalversammlung, daß für die Pflege der internationalen Beziehungen ein Beitrag erhoben werden soll.

Nun folgte der dritte Punkt der Tagesordnung:

Unsere diesjährige Tarifbewegung.

Schrader-Hamburg gab als Referent eine Darstellung der bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern unter Leitung der Unparteiischen. Unsere Leser sind über alle wesentlichsten Punkte der Verhandlungen unterrichtet. Die letzten fanden bekanntlich am 21. und 22. Januar in Berlin statt, ohne daß eine Verständigung erzielt wurde. Neue Verhandlungen sind für den 24. Februar angesetzt. Die Unternehmer weigern sich bis jetzt, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine allgemeine Lohnerhöhung zu bewilligen. Sie haben nur zugesagt, seitens ihrer Organisation keinen Einspruch dagegen zu erheben, wenn ihre Orts- oder Bezirksverbände Lohnerhöhungen mit den Arbeitern vereinbaren, auch sind sie bereit, wenn keine Einigung über die örtlichen Löhne erzielt wird, die Frage durch örtliche Schiedsgerichte entscheiden zu lassen. Zunächst soll aber nach dem Verlangen der Unternehmer der Hauptvertrag abgeschlossen werden. — Schrader betonte, daß die Arbeiter dem Verlangen der Unternehmer gegenüber auf ihrem Standpunkt verharren:

Ohne allgemeine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit kann ein Tarifvertrag nicht abgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Akkordarbeit wollen die Unternehmer den bisherigen Zustand beibehalten. Sollten in dem neuen Vertrage Bestimmungen über die Akkordarbeit aufgenommen werden, so verlangen wir, daß **für Zimmerer jede Akkordarbeit ausgeschlossen** ist. (Zustimmung.) **Für uns darf es keine Akkordarbeit geben.** Die Unternehmer lehnen auch jede Regelung des **Arbeitsnachweises** ab. Wir können ja die Einrichtung von Arbeitsnachweisen der Unternehmer nicht verhindern, aber wir verlangen, daß sie nicht durch den Tarifvertrag geschützt werden. **Die Arbeitsnachweise der Unternehmer sind nichts anderes als Kontroll- und Maßregelungsbureaus.** Es muß uns deshalb überlassen bleiben, sie zu bekämpfen wo und wie wir wollen. Ueber das Verlangen der Unternehmer, die Betonarbeiter in den Tarif einzubeziehen, müssen unsere Kameraden entscheiden.

Wenn wir uns die ganze Sachlage betrachten, dann ergibt sich, daß **uns die Unternehmer bis jetzt in keinem Punkte auch nur im geringsten entgegengekommen** sind. Sie sagen, der Stand des Geld- und Hypothekenmarktes sowie die Lage des Baugewerbes seien so ungünstig, daß sie unsere Forderungen nicht bewilligen können. Ich will zugeben, daß die Lage des Geldmarktes schwierig und die des Baugewerbes augenblicklich nicht günstig ist. Aber hat es denn schon jemals ein Jahr gegeben, wo das Baugewerbe im Dezember und Januar oder auch im Februar günstige Verhältnisse verzeichnen konnte? Der Geldmarkt wird ja zurzeit durch die Balkanwirren ungünstig beeinflußt. Aber diese werden nicht mehr lange dauern. Mit ihrem Ende wird ein bedeutender Aufschwung eintreten. Wir haben also keinen Anlaß, schwarz in die Zukunft zu sehen. Der Baumarkt muß sich günstiger gestalten, sobald die durch politische Ursachen beeinflußten Geldverhältnisse besser geworden sind, denn in einer Reihe von Großstädten haben wir einen empfindlichen Wohnungsmangel. Ueber die Behauptung der Unternehmer, sie seien durch die 1910 vereinbarten Lohnerhöhungen zu stark belastet, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Wir wissen, daß diese Lohnerhöhungen durchaus nicht gereicht haben, um bei der gegenwärtigen Teuerung die notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Ebensowenig wie in der Lohnfrage, können wir hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung unseren Standpunkt verlassen.

Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen daß in den größeren Städten endlich eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, denn wenn man die weiten Wege zur Arbeitsstelle hinzurechnet, dann arbeiten unsere Kameraden nicht 9½ oder 10, sondern 13 bis 16 Stunden, und dazu haben sie noch wöchentlich 3—4 M. Fahrgeld auszugeben. Unter solchen Verhältnissen arbeiten etwa 60 Proz. unserer Mitglieder. — Betrachten wir den Standpunkt, den die Unternehmer unseren Forderungen gegenüber einnehmen, dann haben wir bestimmt damit zu rechnen, daß nach Ablauf des gegenwärtigen Tarifs keine Einigung eintritt. **Es scheint, daß es die Unternehmer wieder, wie 1910, zum Bruch kommen lassen wollen.** Zwar sind sie für den Abschluß von Tarifverträgen, aber aus anderen Gründen wie wir. Sie wollen uns **durch Verträge Fesseln anlegen.** Das müssen wir unter allen Umständen verhindern. Wir können keinem Vertrage zustimmen, der uns Hindernisse in den Weg legt. — Einer Aufnahme der Betonarbeiter im Vertrage steht nach meiner Meinung nichts entgegen, wenn für die Einschalerarbeiter mindestens die Zimmererlöhne festgesetzt werden.

Wenn der Arbeitgeberbund auf seinem ablehnenden Standpunkt unseren Forderungen gegenüber beharrt, dann sind für uns die Richtlinien vorgezeichnet. Eine bedingungslose Unterwerfung kann es nicht geben. Darin werden wir alle einig sein. Wir wissen, wenn es zum Kampfe kommt, dann wird er einen weit größeren Umfang annehmen wie 1910. Er wird vielleicht 12 bis 13 Wochen dauern und sich auf 30 000 bis 35 000 unserer Mitglieder erstrecken. Das hindert uns aber nicht, der Generalversammlung zu empfehlen, daß wir uns nicht von den Unternehmern niederzwingen lassen, sondern ihrem Verlangen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. (Beifall.)

Die

Diskussion

ließ ohne Zweifel erkennen, daß die Generalversammlung einig ist in dem Standpunkt: Ohne nennenswerte Verbesserung, ohne Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit soll ein neuer Tarifvertrag nicht abgeschlossen werden. Zwar betonten mehrere Redner, daß sie an sich Freunde des Tarifvertrages seien, aber einem Vertrage, der die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht berücksichtige, sondern nur den Interessen der Unternehmer entgegenkomme, könne unter keinen Umständen zugestimmt werden. Neben anderen Rednern brachte Becker-Braunschweig diese Ansicht mit besonderer Schärfe zum Ausdruck. Unter lebhafter Zustimmung sagte er: Es ist richtig, daß uns die Unternehmer durch den Tarifvertrag geknebelt und gefesselt haben. Sie sind nicht für ein ordnungsmäßiges Tarifwesen. So wie es bisher mit dem Tarif war, kann es nicht weiter gehen. Es darf dem Unternehmertum mit dem Tarifvertrage nicht eine Waffe in die Hand gegeben werden, mit der sie uns auf den Weg zwingen, wo sie uns haben wollen. Zeigen wir dem Unternehmertum, daß wir stark genug sind, um selbst unseren Weg zu bestimmen. Wenn der Tarif nicht so ausfällt, wie wir ihn uns denken, dann pfeifen wir auf den ganzen Tarif. Unser Kriegsfonds ist so stark, daß wir den Unternehmern den Daumen aufs Auge setzen können. — Ein anderer Redner gibt örtlichen Tarifen, die unter Mitwirkung und Zustimmung der Zahlstellen abgeschlossen werden, den Vorzug vor einem Reichstarif, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches doch sehr verschieden seien. — Dachs-München meinte, der Standpunkt des Referenten hinsichtlich der Akkordarbeit werde sich vielleicht nicht durchhalten lassen, weil ja die Maurer schon mitten drin seien in der Akkordarbeit. Die Zimmerer würden sich überlegen müssen, ob sie sich nicht dem Standpunkt der Bauarbeiter anschließen sollen. — Eine Anzahl anderer Redner erklärten sich dagegen unbedingt gegen die Akkordarbeit, weil sie erfahrungsgemäß die Tendenz habe, den Lohn zu drücken und die Arbeitskraft bis zum äußersten auszubeuten. — Einen ziemlich breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage der Betonarbeit in Anspruch. Alle Redner, welche sich hierzu äußerten, vertraten die Ansicht, daß die Einschalungsarbeiten Zimmererarbeiten seien. Geteilt war die Meinung darüber, ob es zweckmäßig sei, diese Arbeiten im Tarif aufzunehmen. Einige Redner traten dafür ein, daß der Tarif für die Einschalungsarbeiten den Zimmererlohn festsetzen solle. Wenn das geschehe, dann hätten die Unternehmer kein Interesse mehr an der Beschäftigung ungelernter Arbeiter beim Einschalen. — Andere Redner meinten, die ungelernten Einschaler sollten im Zimmererverband aufgenommen werden. Das sei die Konsequenz des Standpunktes, daß das Einschalen Zimmererarbeit ist. — Wieder andere Redner halten die Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarif nicht für zweckmäßig, weil in verschiedenen Großstädten die bereits sehr zahlreich mit Einschalen im Betonbau beschäftigten Zimmerer höhere Löhne bekommen als bei anderen Zimmererarbeiten. — In der Frage des Arbeitsnachweises herrschte ungeteilte Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Referenten.

In seinem

Schlußwort

konstatierte Schrader, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten mit den Vertretern bei den Tarifverhandlungen hier nicht zum Ausdruck gekommen sind. Es sei deshalb nur erforderlich, auf einige in der Diskussion ausgesprochene Wünsche einzugehen. Ein Zusammengehen mit dem Bauarbeiterverband in der Frage der Akkordarbeit sei nicht zu empfehlen. Es sei ja bekannt, wie weit die Zimmerer in dieser Frage mit dem Bauarbeiterverband auseinandergehen. Die Gründe, welche in dieser Hinsicht für die Bauarbeiter maßgebend seien, beständen für die Zimmerer nicht. — Der Betonbau habe sich derart entwickelt, daß die Zimmerer ihn nicht mehr unbeachtet lassen können. Er gebe vielen Kameraden Arbeitsgelegenheit, an die sie sich gewöhnt hätten, wie auch an die Eisenbauarbeit. Wenn im Vertrage bestimmt werde, daß für Einschalen mindestens der Zimmererlohn gezahlt werden müsse, dann bleibe ja immer noch die Möglichkeit, höhere Löhne zu fordern wo sie bisher schon bestanden. — Der Redner ging noch auf weitere Einzelheiten der Debatte ein und bemerkte, die Vertreter bei den Tarifverhandlungen würden bemüht sein, den hier ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen. Man möge deshalb die Vertreter nicht binden durch Anträge über einzelne Tarifpunkte. Den endgültigen Beschluß über den schließlich etwa zustande kommenden Tarif habe ja doch eine andere Generalversammlung zu fassen.

Zur grundsätzlichen Behandlung der Tariffrage wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Indem die 20. Generalversammlung das Verhalten und die Stellungnahme der Verbandsvertreter bei den bisherigen zentralen Tarifverhandlungen als richtig anerkennt, spricht sie die bestimmte Erwartung aus, daß die Interessen des Gesamtverbandes sowohl wie die seiner Mitglieder auch bei den künftigen Tarifverhandlungen nach Maßgabe der im Referat gegebenen Richtlinien in weitgehendstem Maße gewahrt werden. — Der bisherige Gang der diesjährigen Tarifverhandlungen macht es aber ferner notwendig, daß fortan mit Nachdruck für die Ausbreitung des Verbandes und seiner finanziellen Erstarkung Sorge getragen wird.

Hinsichtlich der Betonarbeit wurden folgende Anträge angenommen:

I. Die Generalversammlung hat gegen die Aufnahme des Betongewerbes in das Tarifverhältnis nichts einzuwenden, wenn für die Einschalungsarbeit am Betonbau Löhne festgelegt werden, die nicht geringer sind als die Löhne der Zimmerer. — Der Abschluß von Verträgen, in welchen für Einschalungsarbeit geringere Löhne als die für Zimmererarbeit festgesetzt werden sollen, ist abzulehnen.

II. Die Generalversammlung verpflichtet die Zahlstellen, dahin zu wirken, daß die gesamte Einschalungsarbeit am Betonbau der Zimmererarbeit gleichzuachten und mindestens der Zimmererlohn zu zahlen ist. Bestimmungen, wonach die sogenannte „einfache Schalungsarbeit" durch Bauhilfsarbeiter zu deren Lohn ausgeführt werden können, sind in Tarifverträge nicht aufzunehmen. Angelernte Zimmerer (Einschaler) sind im Zimmererverband zu organisieren.

Nun folgte ein Referat über den

Stand des Bauarbeiterschutzes.

Der Referent Heinke (Vertreter der Bauarbeiterschutzkommission) zeigte an der Hand eines reichhaltigen Materials, wie unzureichend die bestehenden Schutzverordnungen sind und daß die Bauberufsgenossenschaften sich geradezu feindselig dem Bauarbeiterschutz gegenüber stellen. Der Redner vertrat die Forderung: Ausbau und Erweiterung der Schutzvorschriften sowie Bautenkontrolle durch Aufsichtsbeamte unter Mitwirkung von Bauarbeitern. Im Interesse des Arbeiterschutzes sei die hier für den Tarifabschluß gestellte Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit Freuden zu begrüßen.

Nachdem ein Redner die weitgehendste Propaganda für den Bauarbeiterschutz befürwortet und der Vorsitzende Schrader das Referat mit anerkennenden Worten gewürdigt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Da jedoch die Durchführung des Bauarbeiterschutzes letzten Endes Sache der Arbeiter sein wird, so erwartet die Generalversammlung, daß die Resolutionen der Bauarbeiterschutzkongresse und -Konferenzen nach wie vor nachdrücklichst befolgt werden. Sie erwartet weiter, daß die maßgebenden Instanzen, Generalkommission und Sozialpolitische Abteilung, diesen Bestrebungen die weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen.

Einfluß der sozialen Lage auf die Geschlechtskrankheiten.

In dem Werk „Krankheit und soziale Lage" untersuchen Prof. **Blaschko** und Dr. **Fischer** in einer interessanten Abhandlung den Einfluß der sozialen Lage auf die Geschlechtskrankheiten. Auf Grund der Tatsache, daß die Geschlechtskrankheiten bedingt sind durch den Wechsel der geschlechtlichen Beziehungen, stellen sie das Gesetz auf, daß ihre Verbreitung direkt proportional der Häufigkeit dieses Wechsels ist. In den Städten sind die Geschlechtskrankheiten naturgemäß verbreiteter als auf dem Lande. Aber es wäre ein Fehlschluß, wollte man die außerordentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land durch einen besonders hohen Grad von Sittlichkeit bei der Landbevölkerung erklären. Die Erklärung ist vielmehr darin zu suchen, daß auf dem Lande ein Wechsel der geschlechtlichen Beziehungen relativ selten eintreten kann. Die Ergebnisse sowohl der dänischen wie der preußischen Statistik zeigen nun nicht nur einen auffallenden Gegensatz von Stadt und Land, sondern auch eine Zunahme der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten mit der Größe der Städte. Eine Ausnahme machen die Städte, in denen sich verschiedene Bevölkerungsklassen zusammendrängen, besonders wenn die besitzenden Kreise relativ vorherrschen und die Prostitution infolgedessen einen günstigen Boden findet. Dazu gehören die Hafen- und Handelsstädte mit ihrem stärkeren Durchgangsverkehr und diejenigen Orte, wo sich eine verhältnismäßig große Menge geschlechtsreifer, aber noch unverheirateter junger Männer zusammendrängt, also Universitätsstädte, Städte mit Hochschulen und großen Garnisonen. Dagegen haben die **rheinisch-westfälischen Industriestädte,** mit vorwiegend frühheiratender Arbeiterbevölkerung, die sich der Prostitution auch viel weniger bedient, Zahlen, die **unter dem Durchschnitt bleiben.** Es ergibt sich ferner ein Unterschied in der Häufigkeit der Geschlechtskranken zwischen dem ganzen Osten Deutschlands und dem Westen zugunsten des Westens, und ebenso finden wir außerordentlich geringe Zahlen in Süddeutschland.

Die **Beteiligung der Frauen an den Geschlechtskrankheiten** ist in allen Ländern eine bedeutend geringere als die der Männer. Auch hier wieder sind es nicht sittliche, sondern soziale Momente, welche die Unterschiede bedingen. Der Mann wird früh selbständig und tritt jung hinaus aus dem Schutze der Familie in das Leben mit allen seinen Verführungen. Er ist der Erwerbende, für ihn ist nicht nur die Gelegenheit, sondern auch die wirtschaftliche Möglichkeit zu außerehelichem Verkehr viel größer als bei der Frau. Auch der wirtschaftliche Zwang ist bei ihm viel größer: zwischen der Geschlechtsreife und der Heirat besteht bei ihm eine viel größere Zeitspanne, weil er, dem die ökonomische Last der Haushaltung obliegt, natürlich erst in viel späteren Jahren zur Eheschließung kommt als die Frau. Man kann denn auch sagen, daß die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in den einzelnen Bevölkerungsschichten proportional dem Lebensalter ist, in welchem sie heiraten können.

Was die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den verschiedenen Schichten der Bevölkerung betrifft, so muß zunächst festgestellt werden, daß **auch im Proletariat in den Großstädten die Prostitution erheblich an Umfang gewinnt.** Die Ursache hierfür erblicken Blaschko und Fischer vor allem in den **Wohnungsverhältnissen,** die wahrlich nicht imstande sind, in dem jungen Arbeiter die Begriffe geschlechtlicher Keuschheit und Sittlichkeit groß werden zu lassen. Wohnungen, in denen 10 bis 15 erwachsene und halberwachsene Menschen zusammen hausen; mit Betten, in denen zwei und drei Menschen verschiedenen Geschlechts ihre gemeinsame Lagerstatt haben, das sind die Ergebnisse der statistischen Wohnungsaufnahmen, wie sie aus fast allen deutschen Großstädten berichtet werden. Dazu kommt die große Gefahr, die mit der Industrialisierung der Frau für diese einhergeht. Wo die Frau massenweise in den wirtschaftlichen Kampf hineingezogen wird, wo niedrige, ein menschliches Auskommen kaum ermöglichende Arbeitslöhne, Mangel einer Häuslichkeit, zeitweilige Arbeitslosigkeit ihr den Boden unter den Füßen nehmen, ist es erklärlich, wenn ein nicht unbeträchtlicher Teil der Prostitution sich aus den Kreisen der industriellen Arbeiterinnen rekrutiert. Freilich ist dieser Bruchteil, wie Blaschko schon früher nachgewiesen hat, mit der Zeit geringer geworden, während der **Anteil der weiblichen Dienstboten wesentlich gestiegen** ist. In Berlin waren in den Jahren 1910/11 von 1500 Prostituierten vor der sittenpolizeilichen Einschreibung 445 oder 29,6 Proz. Fabrikarbeiterinnen und 431 oder 28,7 Proz. Dienstmädchen gewesen.

Weit höher als unter den Arbeitern ist die Zahl der Geschlechtskrankheiten unter den **Kaufleuten,** die im allgemeinen erst später zu heiraten imstande sind. Unter den besitzenden Kreisen zeichnen sich besonders die **Studenten** durch zahlreiche Geschlechtskrankheiten aus. So waren von den Studenten, die die Universitätspoliklinik für Hautkrankheiten in Breslau aufsuchten, nicht weniger als 73 Proz. infiziert. In den weitaus meisten Fällen wirkt der Verkehr mit der Prostitution ansteckend.

Ebenso wie die soziale Lage auf das mehr oder minder häufige Auftreten der Geschlechtskrankheiten von Einfluß ist, ist sie auch auf deren Verlauf von Einfluß. Die bemittelten Kreise und die seßhaften Berufe haben eher und leichter Gelegenheit, in den Genuß einer ausreichenden Behandlung zu kommen wie die Wanderberufe. Auch die Berufe, die mit einer häufigen zeitweiligen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, kommen schwerer in die Lage einer genügenden Behandlung. Wenn auch unsere Kassenverhältnisse in Deutschland dieses Moment in gewisser Weise berücksichtigen, so ist das doch zweifellos ein Grund zur Vernachlässigung und die Anregung der Einführung einer unentgeltlichen Behandlung der Geschlechtskrankheiten ist nicht von der Hand zu weisen. Für die Volksgesundheit liegt die große Gefahr in der Verseuchung der breiten Massen. Wenn auch die steigende Intelligenz des Proletariats schon mit manchen Vorurteilen des menschlichen Unverstandes aufgeräumt hat, so herrscht doch immer noch eine gewisse Vorliebe, sich von Kurpfuschern behandeln zu lassen, und eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber chronischen Leiden, wie sie ja die Geschlechtskrankheiten darstellen. Blaschko und Fischer

verlangen auf der einen Seite in verstärktem Maße eine allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, wie sie sich in erfreulicher Weise die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angelegen sein läßt, und ferner regen sie an, daß durch gesetzliche Maßnahmen im Interesse der Volksgesundheit den Kurpfuschern ihr Wirkungsfeld immer mehr eingeengt wird.

Gerichts-Zeitung.

Die „Nordd. Allg." vor Gericht.

Aus den Balkanwirren ist eine Privatklage des Herausgebers der „Neuen Gesellschaftlichen Correspondenz", Dr. A. v. Wilke, gegen den Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", Otto Runge, entstanden. Sie beschäftigte gestern die 149. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Hoffheinz.

Die „Nordd. Allg. Ztg." hatte einen Artikel veröffentlicht, in welchem es hieß: „Die hiesige Börse war heute ungünstig beeinflußt durch einen Artikel der „Neuen Ges. Corresp.", der sich auf eine „besonders vorzüglich unterrichtete Seite" beruft." Nach Anführung der in dem Artikel enthaltenen tatsächlichen Behauptungen, die als unrichtig bezeichnet wurden, hieß es in dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.": „Es ist besonders unverantwortlich, durch derartige unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung in einem Augenblick zu beunruhigen, in dem die Regierungen aller Großmächte ernsthaft bemüht sind, für immerhin schwierige Fragen eine friedliche Lösung zu finden."

Der Kläger erblickte hierin den Vorwurf der unlauteren Verbindung mit der Börse und strengte deshalb die Beleidigungsklage an. Unter den Parteien herrschte Uebereinstimmung darüber, daß der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." aus dem Auswärtigen Amt stamme. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. v. Simson, wies u. a. darauf hin: Der inkriminierte Artikel stamme aus der Feder des verstorbenen Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter, der, nachdem ihm der Wirkliche Geheime Legationsrat Hamann den Artikel der „Neuen Ges. Corresp." vorgelegt, sofort erklärt habe, daß solchen unrichtigen Nachrichten, die in so aufgeregter Zeit besonders gefährlich seien, mit Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Herr v. Kiderlen-Waechter habe sich seinerzeit bereit erklärt, als Zeuge an Gerichtsstelle zu erscheinen, sein Tod habe dies leider vereitelt.

Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Da unbestritten der verstorbene Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter der Verfasser des Artikels ist, kommt § 20 des Preßgesetzes nicht mehr in Frage, und der Angeklagte kann nur nach den allgemeinen Strafgesetzen als Mittäter haften, wenn er den Artikel vor seiner Veröffentlichung gekannt hat und dieser beleidigend ist. Beides ist hier der Fall. Dem Privatkläger wird der Vorwurf gemacht, daß er durch unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung beunruhigt habe. Es mag dahin gestellt bleiben, ob diese Nachrichten tatsächlich unrichtig waren oder bloß politisch für inopportun gehalten wurden, keineswegs liegt ein Anhalt dafür vor, daß sie unlauter waren und einem unsittlichen Zweck dienten. Der Privatkläger hat unwiderlegt erklärt, daß diese Artikel von gut unterrichteter Seite stammten; vielleicht hat sich die betreffende Stelle zu damaliger Zeit geirrt gehabt und die Nachricht sich nicht bestätigt, aber als „unlauter" sie zu bezeichnen liegt kein triftiger Grund vor. Bei dem Verhältnis der von dem Angeklagten vertretenen Zeitung zu dem Auswärtigen Amt mag es begreiflicherweise für den Angeklagten unangenehm gewesen sein, Korrektur an einem Artikel des Staatssekretärs zu üben. Das hat das Gericht berücksichtigt. Andererseits konnte die Strafe nicht gering ausfallen, da der erhobene Vorwurf für einen im öffentlichen Leben stehenden Journalisten recht schwer ist. Das Gericht hat den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe, eventuell fünf Tage Haft, verurteilt, dem Privatkläger die Publikationsbefugnis in der „Nordd. Allg. Ztg." zugesprochen und auf Unbrauchbarmachung aller Exemplare der Nr. 277 der „Nordd. Allg. Ztg." sowie der Platten und Formen erkannt.

Selbst offiziöse Zeitungen bleiben also von dem Galgen gegen die Presse nicht verschont, den die Rechtsprechung aus dem Beleidigungsparagraphen unter Verneinung der Wahrnehmung berechtigter Interessen konstruiert hat. Auch der Staatssekretär des Auswärtigen nimmt nach dieser Judikatur keine berechtigten Interessen wahr, wenn er in der Presse polemisiert. Diese verkehrte Ansicht folgt konsequent aus der falschen Rechtsprechung, die der Zeitung Wahrnehmung berechtigter Interessen abspricht.

Jugendbewegung.

Vergiftete Pfeile.

Im Rheinlande wird seit kurzem eine Broschüre verbreitet, die den langen Titel hat: „Welche Aufgaben stellt die in der Gegenwart sich besonders rege betätigende Bewegung für Jugendpflege den Geistlichen und Gemeindeorganen?" Der Inhalt des Schriftchens ist die Wiedergabe eines Vortrages, den Pfarrer Rose in Düsseldorf auf der Tagung der Düsseldorfer Kreissynode in Lintorf gehalten hat. In dem gedruckten Vortrag heißt es zum Schluß wörtlich:

„Gewaltige Aufgaben harren unserer evangelischen Gemeinden mit ihren Geistlichen und kirchlich bewußten Männern. Sie erfordern ganze Kräfte, große Mittel und glühende Herzen. Mit Vorträgen und Vorschlägen ist es nicht getan, es braucht jetzt Taten! Aber wenn irgendwo, dann winkt hier unseren Taten der reichste Lohn. Ich darf mich da auf einen gewiß unverdächtigen Zeugen berufen. In der sozialdemokratischen „Arbeiter-Jugend" stand vor kurzem zu lesen: „Wir fürchten uns nicht vor Vereinen, die heute wie Pilze aus der Erde schießen, welche mit Fußball und Tennisball Vaterlandsliebe pflegen wollen wir fürchten uns nur vor den Vereinen, die Ideale haben, die das Christentum, das wir hassen, auf ihre Fahne schreiben." Dieses Christentum soll auch fernerhin unser frei und offen entfaltetes Panier sein. Das Evangelium von Christo ist das Zeichen, in dem wir kämpfen und siegen werden."

Die „Arbeiter-Jugend" stellt in ihrer neuesten Nummer fest, daß der angeführte Satz niemals in der „Arbeiter-Jugend" gestanden hat. Weder in dieser, noch in ähnlicher Form, weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach: er ist schlankweg erfunden. Es fällt uns natürlich nicht ein, zu behaupten, Pfarrer Rose habe seine Amtsbrüder und Glaubensgenossen absichtlich anlügen wollen. Hat doch ein evangelischer Geistlicher sozusagen von Amts wegen die Verpflichtung zur Wahrheit, zur lauteren Wahrheit. Aber auf alle Fälle hat er sich zum Verbreiter eines falschen Zeugnisses gemacht. Dieser Vorwurf trifft ihn um so schärfer, als der zitierte Satz, der eine vernichtende Anklage gegen die „Arbeiter-Jugend" sein sollte, den Stempel der Erfindung an der Stirn trägt.

Witterungsübersicht vom 4. Februar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.
Swinemde.	759	WSW	5	Regen	6	Haparanda	737	SO	4	Schnee	−4
Hamburg	762	WSW	4	bedeckt	7	Petersburg	749	S	1	bedeckt	−5
Berlin	763	SW	6	bedeckt	8	Scilly	769	WSW	4	bedeckt	11
Frankf. a.M.	771	SW	4	bedeckt	9	Aberdeen	754	SW	3	bedeckt	6
München	774	W	5	wolkig	6	Paris	774	SSW	3	bedeckt	9
Wien	769	W	4	bedeckt	8						

Wetterprognose für Mittwoch, den 5. Februar 1913.

Mild, jedoch vorherrschend wolkig mit weiteren Regenfällen und ziemlich starken südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Fahrstuhlführer

Robert Cannon

(Bezirk 220a) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel. Bez. 274.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer

Karl Lehmann

Strausberger Str. 43, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Februar, nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
210/17 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Am 3. Februar starb unser Mitglied, der Maurer

Karl Lehmann

(Bezirk Nord-Ost).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager

Franz Nickel

nach langem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, aus statt.

Im Namen der Hinterbliebenen
Anna Nickel, Quitzowstr. 75.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau

Anna Krüger

geb. **Fritsch**

am 3. d. M. gestorben ist.

Um stille Teilnahme bittet
Helmut Krüger.

Die Beerdigung findet Freitag, den 7. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle der Nazareth-Gemeinde, Reinickendorf, Kögelstraße, aus statt. 76ll

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel. Bez. 207 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

Josef Rehse

Reichenberger Straße 100, gestorben ist. 210/16

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet morgen Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz-Buckow.

Am Sonntag, den 2. Februar, verstarb am Herzschlag unser Mitglied, der Zigarrenhändler

Karl Mittag

im 71. Lebensjahre. 201/2

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Britz statt.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutscher

Richard Gohlke

am 1. Februar im Alter von 34 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 61/15

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Hugo Bergmann

Fennstr. 41 am 30. Januar an Lungenleiden gestorben ist.

Ferner den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Karl König

Neukölln, Biebrichstraße 10 am 1. Februar an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Klempner

Franz Hecht

Wiener Str. 53, am 2. d. M. an Herzschlag.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
112/3 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Am Sonntag, den 2. Februar, verschied plötzlich unser Mitglied, der Klempner

Franz Hecht

(Wiener Str. 53.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung Bez. 17.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Ernst Kalff

Wilmersdorf, Babelsberger Str. 43, im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Gemeindefriedhofes in der Berliner Straße aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Paul Grützmacher

Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 111, im Alter von 34 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hohen-Schönhauser Gemeindefriedhofes in der Gärtnerstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
78/16 **Die Ortsverwaltung.**

Gestern abend 6 Uhr verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Schmied

Ernst Schuck

im 38. Lebensjahre.
Berlin-Reinickendorf, Hansastr. 12.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Frau **Berta Schuck** geb. Reich.
Ernst Schuck.
Martha Schuck.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Reinickendorfer Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt. 76ll

Krankengeld-Zuschuß- und Begräbniskasse der Berliner Knopfarbeiter und verwandter Gewerbe.

Ordentliche General-Versammlung

am Sonnabend, 8. Februar 1913, abends 8½ Uhr, bei Kurth, Berlin, Wrangelstr. 105.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht a) vierteljährlich, b) jährlich.
2. Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren.
3. Innere Kassenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung und der Folgen der zu fassenden Beschlüsse ersucht um nochmalige zahlreiche Beteiligung

Der Vorstand. 292/9
J. A.: F. Hoffmann, 2. Schriftführer.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben von
Max Grunwald

Heft 4 u. 5:
Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland
von 247/6*
Wilhelm Schröder.
Preis 75 Pf.

Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
von
Konrad Haenisch.
Preis 40 Pf.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Straße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:

Gebrock-Anzüge 70, 60, 50, 40, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 60, 50, 40 M.
Frack-Anzüge 90, 80, 65, 55, 40 M.
Beinkleider 18, 15, 12, 10, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl

Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden

Baer Sohn
Kleider-Werke
Berlin. Gegr. 1881.
Chausseestraße 29—30.
11. Brückenstraße 11.
Gr. Frankfurter Str. 59.
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Mittwoch
Donnerstag

4 Pelerinen-Tage

Freitag
Sonnabend

Ausnahme-Preise für Loden-Pelerinen

Sämtliche **Lodenstoffe** sind vor der Verarbeitung **imprägniert** worden
Grau oder grünlich Strichloden, ganz vorzügl. im Tragen, Kapuze abknöpfbar, mit Tragbändern, Armdurchgriffen u. Taschen

Für Herren und Damen

Spezial-Marke: Längen 120 u. 135 cm **13.80** 150 cm **16.25**
Qualität II: Längen 120 bis 150 cm ..... Einheitspreis **6.95**

Für Knaben und Mädchen

Spezial-Marke: Längen 80 u. 90 cm Einheitspreis ..... **7.20** 100 u. 110 cm Einheitspreis. **9.60**
Qualität II: Längen 70, 80 u. 90 cm Einheitspreis ..... **4.10** 100 u. 110 cm Einheitspreis. **5.60**

Am Lager grosse Mengen echt engl. Gummi-Mäntel (Single) in allen Grössen ..... Einheitspreis **9.80**

BaerSohn
Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20
BERLIN Gegr. 1891
11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 46 (Neueste Moden) kostenlos.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 5. Februar 1913.

Anfang 8½ Uhr.

Berliner. Philotas. Der zerbrochene Krug.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Aida.
Kgl. Schauspielhaus. Der Austausch-Leutnant.
Königgrätzer Straße. Brand.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Romeo und Julia.
Kammerspiele. Schöne Frauen.
Urania. Paris und die Königsschlösser von Versailles. Hörsaal 8 Uhr: Dr. Berndt: „Das Problem der Geschlechtlichkeit".
Deutsches Opernhaus. Eugen Onegin.
Lessing. Gabriel Schillings Flucht
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin.
Komödienhaus. Der Retter in der Not.
Groß-Berlin. Das Fürstenkind.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Schiller O. Hedda Gabler.
Schiller-Charlottenburg. Uriel Acosta.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht . . .
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Rose. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schufticana.

Anfang 8½ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Der Zaungast.
Lustspielhaus. Majolika.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.
Folies Caprice. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Helden.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Hedda Gabler.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Emilia Galotti.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Geschwister. Elga.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, nachmittags 3.10 Uhr: **Wallensteins Lager. Die Piccolomini.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
7½ Uhr: **Brand.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.

Theater am Nollendorfplatz 5.
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der Frauenfresser.
Sonnabend: **Der liebe Augustin.**

Luisen-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **„Und hätte der Liebe nicht . . ."**
Schauspiel in 4 Akten von E. Krickeberg und Ernst Ritterfeldt.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **„Und hätte der Liebe nicht . . ."**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten von Adolph L'Arronge. Musik v. Biel.
Donnerstag: **Mein Leopold.**

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 (Theaterk.)

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Mittwoch 8 Uhr:
Paris und die Königsschlösser von Versailles.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. Berndt: **Das Problem der Geschlechtlichkeit.**

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Donnerst., 6. Februar 1913, 8½ Uhr:
König Krause. Volksst. mit Ges. in 4 Akten, von Jul. Keller und Herrmann.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Voranzeige! Freitag, 7. Februar: Benefiz für Frl. **Hedwig Krahmer: Stolz und Liebe.**

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Heute Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Vorzugskarten gelten. —
Morgen Donnerstag:
Großes Bockbier-Konzert.

Theater des Westens.
Wiedereröffnung
Morgen Donnerstag,
den 6. Februar.
Zum 1. Male: **Die beiden Husaren.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Die grandiosen Spezialitäten.
9 Uhr:
Berlins Liebling!
Harry Walden
in seiner Groteske
„Der Herzog von Westminster."

Folies Caprice.
Anfang 8½ Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft.
Stürmische Heiterkeit!
Die Berliner Lokalposse
Am grünen Strand d. Spree.
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute Mittwoch: Elitetag!
Das größte und amüsanteste
Bayerische Bockbierfest: Auf der Alm!
Gratisverlosung von 300 Wertgegenständen.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikk. des **2. Garde-Regiments z. F.**, Dirig. Oberm. **Graf.**
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königsbier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
Arnold Scholz **Hasenheide 108/114**
Heute, Mittwoch, den 5. Februar 1913:
Elitetag! Große Extra-Prämiierung!
Prämiiert wird
Die größte saure Gurke.
3 bare Geldpreise: **30, 20, 10 M.**
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Im neuen Saal: Großer Ball.
Voranzeige! Donnerstag, den 6. Februar 1913:
Keine Fleischnot!
Braten eines ganzen holländ. Mastkalbes.
Portion 80 Pf.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Mittwoch, 5. Februar, abends 7½ Uhr:
Neu! **Laurent-Trio** Neu!
Gymnastischer Kraft-Akt.
Mr. Laurent, der amerikanische Steinschläger, benutzt seine Faust als Eisenhammer u. zerbricht Feldsteine, welche vom hochverehrten Publikum mitgebracht werden können.
Prolongiert! Cäsarios Löwen- u. Tiger-Gruppe
Berlins größte Attraktion.
Um 9¼ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

UT Union-Theater
Nur noch heute und morgen
in allen
fünf Union-Theatern:
Asta Nielsen
die unvergleichliche Tragödin in dem **Urban Gad'schen** Schauspiel:
„Komödianten"
Nachmittags von 3—5 Uhr:
Jugend-Vorstellungen
unter anderm:
„Königin Luise".

Walhalla-Theater.
Weinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor.
Nur noch bis 12. d. Mts.:
Goldener Leichtsinn.
Am 15. Februar: Premiere
der neuen großen Jahres-Revue
Parole „Walhalla".

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 5. Februar: abends 7½ Uhr:
Der mysteriöse Deckenläufer.
Der geheimnisvolle Vorgang besteht aus d. Lauf d. Artisten an der Decke der Zirkuskuppel mit d. Kopf nach unten, wobei er in unerklärlicher Weise im Gehen mit den Füßen flach an der Decke haftet.
Prolongiert! Prolongiert!
Mac Norton
Neu! **Md. Delita del' Oro** Neu!
mit ihren dressierten Kühen sowie d. ges. neuen Attraktion.
Zum Schluß: **„Sevilla".**

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Puppchen tadellos.
Posse m. Ges. in 1 Akt — und das **groß. Spezialitätenprogramm**
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.

Zum **letzten Male:**
Cavalleria schufticana.
Anfang 8 Uhr.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10½ halb. Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Zigarettenindustrie!

Am Freitag, den 7. Februar 1913, abends 8 Uhr,
findet für alle in der
Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
eine

Branchen-Versammlung.

bei Boeker, Berlin, Weberstraße 17, statt.

Tagesordnung:
1. „Die Sozialpolitik des Reichstages." Referent: Reichstagsabgeordneter Hüttmann. 2. Bericht der Sektionsleitung. 3. Neuwahl der Sektionsleitung. 4. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.

187/3 **Die Sektionsleitung.**

Hausarztverein Ost.

Donnerstag, den 6. Februar 1913, abends 8½ Uhr,
in der „Urania", Wrangelstr. 11—12:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag des Genossen **Dr. Moses** über:
„Der allzu reiche Kindersegen im Arbeiterhaus!"
Diskussion. Fragebeantwortung.

Aufnahmen für den Verein werden in dieser Versammlung entgegengenommen sowie auch beim Vorsitzenden **Karl Nobel**, Kopernikusstr. 9, 1. Quergebäude I. 282/5*

Gegen die Polenpolitik!

Zu unserem Verlage ist erschienen:

Die preußische Polenpolitik.

Von **Hermann Wendel.**

Preis 1,20 M. Ungekürzte Vereinsausgabe 60 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Laden- und Kontormöbelbranche!

Heute, Mittwoch, den 5. Februar 1913, abends 8½ Uhr, bei Hermel, Holzmarktstraße 21:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. **Die Ortsverwaltung.**

Küchenmöbel streicht billig, **Spengler,** Samariterstr. 7. 55792.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach **Mass**, schick. dauerh. Zutaten von **25 Mark** an. **Moritz Laband,** Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse.)

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Masken-Garderobe

Willi Ernst,
Köpenicker Straße 55b, I.
Amt Mpl. 14089.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnenstraße 70. 2839R*

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2931R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gebrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (sehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10. *

Teppiche (Farbenfehler), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vorwärtsleser 10 Prozent! 2929R*

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 29, nahe Landsbergerstraße. 2057R*

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9,—, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße

Reichgestickte Tischdecken in Filztuch 1,35, Viktoriatuch 2,35, Plüsch 4,35, Kochelleinen 2,65. Inventur-Räumungspreise. Teppichhaus Emil Lefoore, Oranienstraße 158. 2953R*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Tüll-Bettdecken, volle Bettgröße Erbstüll, reichgestickt, mit Volant 3,35, Englisch Tüll 1,65, Tüllbettrückwände 6,50. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefoore, Oranienstraße 158. 2954R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Bronzegaskronen, Gaszuglampen, Hängegaspendel, Gaswandarme. Moderne Hängegaskronen, Gaskocher. Inventurpreise. Zurückgesetzte Muster spottbillig. Schroeder, Hochstraße 43. 14R*

Pferdedecken, reine Wolle, Stück 3 Mark, wasserdicht bezogene 10 Mark, Kamelhaardecken gegen Rheuma 12,50—23,50. Gebrüder Pflaume, Berlin, Friedrichstraße 205. 2969R*

Betten! Prachtvolle Betten, rosarote Inletts 6,75 9,75. Brautbetten 12,75, 15,75, 18,75. Daunenbetten 19,75, 22,50. Prachtvolle Aussteuerwäsche. Teppiche. Portieren. Gardinen. Tischdecken. Stores. Tülldecken. Steppdecken. Uhren. Ketten. Schmucksachen. Paletots. Anzüge spottbillig! Pfandleihe Paul Krüger, Brunnenstraße 47. 17R*

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Wochenrate an, liefere Bilder, Wanduhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken. Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auswahlsendung. Bestellungen erbitte Postlagerkarte 9, Postamt 102.

Seiferthähne 4,00, flottfingende 6,00—20,00, Zuchtweibchen 1,50. Schützenstraße 11/12 I. 21/13*

Seiferthähne, Kollerglück, Wasserroller. Schreiber, Brunnenstraße 145.

Geschäftsverkäufe.

Langjähriges Zigarrengeschäft krankheitswegen spottbillig zu verkaufen Elsasstraße 9, Weißensee. *

Damenhutarbeiter kann sich gute Existenz gründen durch Kauf einer kleinen Fabrikation mit guter langjähriger Kundschaft. Offerten Z. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts".

Konfitüren-Geschäft, gutgehend, verkauft billig Ortel, Münzstraße 30, Eingang Schönhauserstraße. 599R

Restaurant, Garten, zwei Kegelbahnen, mehrere Vereine, billig zu verkaufen. Miete 1200. Reinickendorf, Hoppestraße 24, am Bahnhof Schönholz. †59*

Milchgeschäft, preiswert, krankheitshalber verkäuflich Lippehnerstraße 37. 21/9

Möbel.

Englische Wohnungseinrichtung, Stube, herrliche Küche, alles noch neu, fabelhaft billig. Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts. *

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Nolte. Bestrenommierteste Möbelfabrik liefert Herren-, Speise- und Schlafzimmer, sowie Ein- und Zweizimmerwohnung mit Küche von 200 Mark an (Teilzahlung gestattet), zu Katalogpreisen mit geringem Aufschlag. Transport frei. Verliehen gewesene Möbel besonders billig. Hermann Nolte, Tischlerinnungsmeister, Zionskirchstraße 38/39. *

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kassenpreis. Stets Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Postamt 90 „Postlagerkarte 44".

Mahagoni-Salon! hervorragend schöne Ausführung, 650,—. Nußbaumpianino, kreuzsaitig, erstklassiges Fabrikat, regulär 450,—, jetzt 350,—. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 9R*

Metallbetten, zwei, modern, Kinderbett spottbillig verkäuflich Boppenerstr. 10, Hofgeschäft. 19/4*

Privatleuten verkaufe englische Nußbaumwirtschaft, noch neu, mit hochmodernen Küchenmöbeln, Küchengeschirr, Gaskrone, Teppich 195,—, Säulentrumeau 90,—, Umbausofa 40,—. Avram, Neue Schönhauserstraße 11, II. Händler verbeten. *

Moderne Nußbaumwirtschaft, fast neu, Plüschsofa, Umbau. Händler verbeten. Zorndorferstraße 4, I, Liefe.

Nußbaumwirtschaft mit reizender Kücheneinrichtung, sämtlichem Zubehör, 190.—, prachtvolles Umbausofa 45.—, Facettrumeau 30.—. Nur Privatleuten. Rabau, Weinmeisterstraße 1, III. 31/7

Musikinstrumente.

Harmoniums, diverse, wenig gebrauchte, räumungshalber billig abzugeben. Schiedmayer, Potsdamerstraße 27B. 25/12

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Berichterstatter! Duisburg.

Indem wir allen Bewerbern unseren verbindl. Dank aussprechen, teilen wir höfl. mit, daß der Posten besetzt ist. 282/8

Clemens Hengsbach & Co.,

Druck und Verlag der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung".

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Ackerstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstraße 82. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Renl, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. H. Fischer, Bastianstr. 6. Karl Marx, Greifenhagener Str. 27. J. Hönisch, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Salomon Joseph, Salzwedelerstr. 8.
SW. H. Werner, Gneisenaustr 72. Taehn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Frin, Prinzenstr. 31. H. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schornberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rüdesstr. 9, II.
Köpenick. Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Unruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rissmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Neukölln. M. Heinrich, Neckarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. C. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albrechtstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sebanstr. 105. Schillert, Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, 30,—, Freilaufrad, unbenutztes, allen Zubehörsachen, Karbidlaterne. Frankfurter Allee 104, Kollege Grosser. *

Kaufgesuche.

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Groh, Edelmetallschmelze, Berlin S, Köpenickerstraße 29. Teleph. Moritzplatz 6958. 2904R*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber bis 3,85 kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. †3*

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Stanniol, Metalle. Spezialgeschäft, Elsasserstraße 66. 57R*

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 21/3*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn 3,80, Kupfer 1,25, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. 20R*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Violinunterricht nach doppelt fördernder Methode erteilt erfahrener Künstler. Eine Stunde Einzelunterricht 1,25, ½ Stunde 75 Pfennig, für 2 Schüler pro Stunde 2 Mark. Unterweisungen zum Zweck des Solospiels vor großem Publikum pro Stunde 3 Mark. Offerten unter Z. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 1841R*

Verschiedenes.

Jeschek-Ensemble, Schlager auf Schlager! Bornholmerstraße 9a. *

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunstopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1008R*

Küchenmöbel streicht billig Mathes, Lychenerstraße 9. *

Gefunden u. verloren

Verloren goldenes Kettenarmband von Skalitzerstraße bis Wienerstraße. Ecke Grünauerstraße, oder im Straßenbahnwagen 46 gegen ½9 Uhr abends bis Kaiser-Friedrichstraße, abzugeben gegen Belohnung. Thalwitzer, Skalitzerstraße 43. †113

Vermietungen.

Wohnungen.

Balkonwohnung, zwei Stuben, Küche, Gartenhaus 2 Treppen, 32,00, ruhiges Haus, Kleine Markusstraße 3.

Ideal-Passage, Neukölln. Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche, Bad, Warmwasserversorgung, Zentralheizung und Entstäubungsanlage (Drehrolle im Hause) sehr preiswert zu vermieten. Auskunft Weichselstraße 8, vorn I rechts und III links. 102/2*

Neukölln, Bahnhof Kaiser-Friedrichstraße. Zwei Zimmer mit Küche, Bad, Warmwasserversorgung (Drehrolle im Hause), sehr preiswert zu vermieten Brusendorferstraße 2/5. 102/3*

Okerstraße 17, Neukölln: Zwei Dreizimmer-Wohnungen, parterre, mit Warmwasser-Versorgung sofort billig zu vermieten. Näheres beim Verwalter. 60R*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle vermietet Heine, Neukölln, Jansastraße 3, an Kaiser-Friedrichstraße. †27

Möblierte Schlafstelle bei Schlund, Neukölln, Zietenstraße 55. †62

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Marmor-Handschleifer und Zusammensetzer verlangt Biesenthalerstraße 10. 2323b

Damenwäsche, geübte Handnäherin. Barth, Kastanien-Allee 5.

20 Blusennäherinnen im Hause, Stepperin, Zusammensetzerin außerm. Winkler, Hermannstraße 78. †62

Mamsells Kostümröcke. Sauber arbeiten. Außerm Hause. Döring, Brunnenstraße 146. †83

Blusennäherin im Hause sucht Dünschel, Reinickendorf-Ost, Hoppestraße 26, I. †59

Jackett-Mamsells verlangt Franz, Petersburgerstraße 20. †

Jüngeres Mädchen oder ältere Frau für Vormittags. Meldung beim Portier, Schöneberg, Münchenerstraße 27. †

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Biersteuer im Ausschuß angenommen!

Wie an dieser Stelle vorausgesagt war, konnte der Fortgang der Ausschußberatung über die Biersteuer nur durch Gewaltstreiche erzwungen werden. Am Montag nachmittag sind diese Gewaltstreiche von Herrn Cassel und seiner getreuen Gefolgschaft prompt und exakt ausgeführt worden. Die Herren der bürgerlichen Fraktionen, die noch in der letzten Sitzung an den Materialien des Kämmerers kein gutes Haar gelassen hatten, die Herren im besonderen, die mit den Brauereien direkt verhandelt hatten, so daß die Brauereien noch in letzter Stunde eine umfängliche und, wie es scheint, recht beweiskräftige Denkschrift gegen den Kämmerer und seine Berechnung losgelassen hatten, — sie alle folgten Herrn Cassels Wink getreulich, und ihre sachliche Beunruhigung war mit einem Schlage verschwunden, als Herr Cassel erklärte, mit irgend welcher „Verschleppung“ komme man nicht weiter, und als einer seiner Getreuen erklärte, diesem Zustande müsse „ein Ende gemacht“ werden. Das Ergebnis war denn auch, daß, wie gesagt, sich die bürgerlichen kritischen Gewissen vollkommen beruhigten, und daß ein sozialdemokratischer Antrag, den Magistrat um neue zuverlässigere Berechnungen zu ersuchen, mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt wurde.

Bei den entscheidenden Abstimmungen über die Steuersätze im § 1 der Vorlage ergab sich dann am Montag — selbstverständlich gegen die Sozialdemokraten, die jede wie immer geartete Biersteuer ablehnten — für untergäriges Bier ein Satz von 30 Pf. pro Hektoliter und für obergäriges Bier ein solcher von 10 Pf. Diese Sätze bedeuten gegenüber der Magistratsvorlage eine Herabsetzung der Steuersätze von 40 bezw. 50 Proz. Die Magistratsvertreter hatten schon vorher zu diesen Anträgen erklärt, daß der Magistrat seine Stellung zu diesen Anträgen sich um so mehr vorbehalten müsse, als er erst abwarten wolle, was aus der Lustbarkeitssteuer herauskäme. Der Kämmerer im besonderen aber erklärte, daß mit solchen Sätzen an einen Ausgleich des bisherigen Malzsteuerzuschlages nicht zu denken sei. Bei diesen Sätzen würde nicht einmal das gegenwärtige Steuerergebnis herauskommen.

Hiernach könnte es scheinen, als ob es dennoch zu einer Differenz zwischen Magistrat und bürgerlicher Mehrheit über diese Steuer kommen könne. Aber es wäre sehr verfehlt, wenn sich die Berliner Bevölkerung durch diesen Schein wieder zur Ruhe bringen ließe, denn gerade das ist die Taktik der Garde des Herrn Cassel, durch eine solche scheinbare Abschwächung der Steuer einerseits und durch eine ebenso scheinbare Opposition gegen den Magistrat andererseits die Steuer letztlich um so sicherer in den Hafen zu bringen. Eine Hoffnung besteht freilich noch, daß das Plenum der Stadtverordnetenversammlung in seiner bürgerlichen Mehrheit mehr Einsicht und Verständnis beweist als die bürgerlichen Ausschußvertreter, und daß man sich im Plenum auch in den bürgerlichen Reihen nicht durchweg mit einem lediglich rechnerischen Protest begnügen wird. Um in den bürgerlichen Reihen die Opposition, die zweifellos vorhanden ist, zu stärken, gilt es aber, daß jetzt die Berliner Bevölkerung, im besonderen die Gastwirte, die Gasthausangestellten, die Brauereiarbeiter und die bierverbrauchende Bevölkerung sich erneut zu einer energischen Opposition aufraffen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben auch im Ausschuß ihr möglichstes versucht, die Steuer zu bekämpfen und zur Ablehnung zu bringen. Aber gegen eine geschlossene Zweidrittelmehrheit der bürgerlichen Fraktionen, die der gewalttätigen Dressur des Herrn Cassel immer wieder glänzend und ohne Murren folgen, können die besten sachlichen Argumente nichts ausrichten.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Neumühle-Niederlehme T.-B. sind die Lokale von Riedel und Domschke (früher Müller) für die organisierte Arbeiterschaft nach wie vor gesperrt.

In Lankwitz hat das Lokal J. Dohns Festsäle, Kaiser-Wilhelmstr. 34, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber, Herr Uhlmann, weigert sich, sein Lokal der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen; das Lokal ist daher von der Lokalliste zu streichen und als gesperrt zu betrachten. Die Lokalkommission.

Teltow. Heute Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Bonow. Tagesordnung: Aufstellung der Wahlmänner zur bevorstehenden Ersatzwahl.

Berliner Nachrichten.

Die Einteilung der Stadt Berlin für die Wahl zum Abgeordnetenhause weist in einigen Wahlbezirken nicht unerhebliche Abweichungen gegenüber der Wahl im Jahre 1908 auf. Im ganzen sind für die diesjährigen Wahlen 1468 Urwahlbezirke gegen 1425 im Jahre 1908 vorgesehen. Damals waren zu wählen 7677 Wahlmänner, in diesem Jahre sind es 7811. Diese Urwahlbezirke und Wahlmänner verteilen sich nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ wie folgt, wobei die entsprechenden Ziffern des Jahres 1908 in Klammern angeführt sind:

I.	Wahlbezirk	92 (97)	Urwahlbezirke,	491 (514)	Wahlmänner
II.	„	92 (104)	„	453 (541)	„
III.	„	85 (95)	„	433 (488)	„
IV.	„	86 (89)	„	466 (490)	„
V.	„	97 (101)	„	501 (541)	„
VI.	„	140 (139)	„	740 (742)	„
VII.	„	158 (124)	„	830 (677)	„
VIII.	„	156 (173)	„	815 (925)	„
IX.	„	147 (108)	„	790 (592)	„
X.	„	164 (177)	„	886 (967)	„
XI.	„	118 (88)	„	660 (486)	„
XII.	„	138 (129)	„	746 (714)	

Berlins Bevölkerungsbilanz für das Jahr 1912.

Die Bevölkerungszahl Berlins ist vom Statistischen Amt der Stadt für Ende 1912 auf 2 095 030 berechnet worden. Da das Jahr 1912 mit der Bevölkerungszahl 2 084 045 begann, so ergibt sich ein Zuwachs von nur 10 985. Das ist wieder weniger als für das Jahr 1911, wo die Bevölkerung sich noch um 12 138 Personen vermehrt hatte.

Der Zuwachs kommt zustande aus dem Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen und dem Ueberschuß der Zugezogenen über die Weggezogenen. Der Zuzugsüberschuß bleibt allerdings in manchen Jahren aus, und das Wanderungsergebnis ist dann ein Defizit.

Im Jahre 1912 wurden geboren 43 960 Kinder (einschließlich Totgeborene) und starben 31 713 (einschließlich Totgeborene), so daß ein Geburtenüberschuß von 12 247 blieb. Im vorhergehenden Jahre waren noch 44 834 Kinder geboren worden und 33 956 Personen gestorben, woraus sich ein Geburtenüberschuß von 10 878 ergab. Das Jahr 1912 hat trotz weiteren Rückganges der Geburtenzahl doch mit einem höheren Geburtenüberschuß abgeschlossen, weil diesmal die Sterblichkeit, vor allem die Säuglingssterblichkeit, geringer als im Vorjahr war.

Für die Statistik der Zu- und Wegzüge werden seit Anfang 1912 nicht mehr die Listen der Polizeireviere, sondern die Originalmeldungen als Grundlage benutzt. Das Statistische Amt nimmt an, daß diese Aenderung zu einer erheblichen Beeinflussung des Ergebnisses geführt habe, so daß man hier die Zahlen diesmal nicht ohne weiteres mit denen des Vorjahres vergleichen könne. In der Tat sind im Jahre 1912 bei den Zuzügen wie bei den Wegzügen ganz ungewöhnlich hohe Zahlen herausgekommen. Nach den Meldungen (die bei den Wegzügen durch Zuschlag für unterbliebene Meldungen, wie üblich, erhöht wurden) wären für 1912 in Rechnung zu stellen 337 517 Zugezogene und 338 773 Weggezogene, gegenüber nur 271 451 Zugezogenen und 270 191 Weggezogenen für 1911. Hiernach hätte Berlin sich für 1912 aus den Wanderungen keinen Ueberschuß, sondern ein Defizit zu buchen gehabt. Die Zahl der Weggezogenen ging diesmal um 1262 über die der Zugezogenen hinaus, während im vorhergehenden Jahre 1260 Personen mehr zu- als weggezogen waren.

Dieser Unterschied zwischen den Jahren 1911 und 1912 hat dann auch das Zuwachsergebnis beeinflußt. In 1911 kam zu dem Geburtenüberschuß von 10 878 der Zuzugsüberschuß von 1260, so daß der gesamte Bevölkerungszuwachs 12 138 betrug. In 1912 dagegen wurde der höhere Geburtenüberschuß von 12 247 um das Zuzugsdefizit von 1262 gekürzt, so daß diesmal der gesamte Zuwachs sich, wie schon erwähnt, auf nur 10 985 stellte. Man sieht, daß Berlins Bevölkerungsbilanz für 1912 nicht besonders günstig war.

Wenig großstadtwürdige Erscheinungen treten bei den anhaltend niedergehenden Schnee- und Regenmassen der letzten Tage an einzelnen in den Vororten gelegenen Haltestellen der elektrischen Straßenbahn in Erscheinung. Infolge mangelhafter oder gar nicht vorhandener Pflasterung finden sich, namentlich in weniger bebauten Straßenzügen, oft Pfützen oder aufgeweichte Bodenstellen von solchem Umfange, daß der wartende Fahrgast entweder in einem See oder Sumpf stehend den anrollenden Wagen erwarten muß.

Ließe sich da nicht eine Abänderung schaffen? Durch Wartehallen, wie sie in anderen Städten (auch schon in einzelnen westlichen Vororten) bestehen? Eventuell genügten auch ein paar Granit- oder Kunststeinfliesen, die den Wartenden wenigstens einigermaßen vor nassem Schuhzeug und Erkältungskrankheiten mancherlei Art schützen könnten. Bei den stattlichen Dividenden der Berliner Elektrischen Straßenbahn ließen sich doch sicherlich ein paar bescheidene Aufwendungen in dieser Richtung machen!

Das Heimathaus am Bahnhof Börse, das sich „Heimathaus für Stellung suchende Mädchen“ nennt, ist schon öfter in der Oeffentlichkeit Gegenstand von Beschwerden gewesen. Bei einer Besichtigung fanden wir Zustände vor, die trotz einer gewissen Ordnung und Sauberkeit nur zu deutlich erkennen ließen, daß man es hier mit einer unsozialen und hygienisch recht bedenklichen Einrichtung zu tun hat. Das Ganze trägt den Charakter einer auf niedrigster Stufe stehenden, den notdürftigsten Lebensbedingungen gerecht werdenden Massenherberge, und wieder ist es, wie in der von uns genügend gekennzeichneten Wohnungshöhle am Krögel, der Fiskus, der gegen hohe Miete — hier 4500 M. pro Jahr für zwei Stadtbahnbögen — seine Räume hergibt zum Zusammenpferchen allerärmster Personen. Die Zustände im Heimathaus sind auch deshalb dem Schuldkonto des Fiskus zuzuschreiben, weil er ungeachtet der hohen Miete zu keiner Renovierung zu bewegen ist. Die gewöhnlichen Pflichten des Hauswirts kennt der Fiskus nicht. Die Einrichtungen des Heimathauses sind denkbarst einfach, förmlich asylartig, bieten eben gerade Schutz gegen Wind und Wetter. Jedes Fleckchen ist, um Geld zu bringen, auf das äußerste ausgenützt. An den Tischen in den beiden Tagesräumen haben die 120 Personen, auf welche das Heim berechnet ist, überhaupt nicht Platz. Meist sind es aber 150 Frauen und Mädchen, die hier unterschlüpfen. Vielfach müssen sogar noch Unterkunft suchende Mädchen abgewiesen werden, ein Beweis, wie groß die Not ist. Am meisten haben uns die beiden Schlafsäle zu interessieren. Gewiß gibt es in Berliner Privatwohnungen armer Leute noch schlechtere Zustände. Hier bei einer allgemein zugänglichen Einrichtung wirkt das ganze Milieu nichts weniger als anheimelnd. Jeder Schlafsaal enthält 60 Betten, uralte eiserne Bettstellen mit Matratze, Kopfkissen und Oberbett. Davon liegen 40 Bettstellen zu ebener Erde, 20 sind auf einem eingebauten hölzernen Hängeboden, zu dem eine schmale Holztreppe hinaufführt, untergebracht. Auf dem Hängeboden ist die Mittelhöhe so, daß man eben aufrecht stehen kann. Zu den seitlich unter dem Bogen stehenden Betten kann man nur in stark gebückter Stellung gelangen. Die Wohnungspolizei beanstandet das nicht, weil ja Freund Fiskus der Vermietungskapitalist ist. Zu jedem Bett gehört ein Kleiderständer und ein niedriger verschließbarer Schrank, dessen Schlüssel gegen 50 Pf. Pfand ausgehändigt wird. Der eine Schlafsaal hat einen schmalen Streifen Oberlicht, durch den ständig bei schlechtem Wetter Wasser auf die Diele tropft. Einige Rheumatismusbetten stehen dicht an den zugigen Fenstern. Jedes Nachtlager kostet 30 Pf. Sechs Betten, die je 50 Pf. kosten und in abgeschlossenen Kabinen stehen, sind für „anspruchsvolle“ Gäste reserviert. Auch das Hauspersonal, das aus den Heimgästen entnommen und bei freier Beköstigung bezahlt wird, hat eigene Kabinen. Recht hübsch und wohnlich, im Verhältnis zu dem „Bienenkorb“ elegant, ist das Zimmer der Hausdame. Der Versicherung, daß Ungeziefer hier zu Seltenheiten gehört, darf man wohl etwas mißtrauisch gegenüberstehen. Ein Mißstand liegt darin, daß fast jeden Abend, da der Andrang stark ist und die 120 Bettstellen nicht ausreichen, im Speiseraum etwa 30 Strohsäcke auf dem Fußboden ausgebreitet werden. Hier müssen die Letztgemeldeten schlafen, bis eine Bettstelle frei wird. Ein Dutzend Blechschüsseln bilden die Waschcinrichtung. Mit Handtüchern soll es sehr mäßig bestellt sein. Ueber das Essen wird keine besondere Klage geführt. Es gibt für 10 Pf. Kaffee und zwei Schrippen, für 20 Pf. Mittagessen, in dem das Fleisch natürlich nicht leicht zu entdecken ist, für 5 Pf. eine Schmalzstulle, für 10 Pf. eine Butterstulle usw. Eingeschriebene Heimgäste, die nach 10 Uhr abends anlangen, müssen dem öffnenden Hausgeist 5 Pf. bezahlen. Irgendwelcher Arbeitszwang besteht nicht, aber Lohndrückerei bei denen, die hier Personal suchen, macht sich bemerkbar. Das Bemerkenswerteste ist, daß das Heim seinen Namen nur zum Teil verdient. Es hat sich hier nämlich seit langen Jahren — das Heim besteht fast drei Jahrzehnte — ein Stamm älterer und alter Frauen eingelebt, die ganz allein stehen und tags über arbeiten gehen. Sie sind die besten, promptesten Zahler. Der sonstige Zuzug, mehr als die Hälfte, kommt zumeist von auswärtigen Städten, wenig vom platten Lande. Im Jahre suchen rund 3000 weibliche Personen das Heim auf.

Alles in allem ist also das Institut weiter nichts als ein mit seinen dürftigen Einrichtungen vollständig veraltetes und unhygienisches Geschäftsunternehmen unter Vereinsflagge. Es geht hier wie überall bei derartigen Heimen: die Gehälter verschlingen mehr als die Hälfte der Einnahmen. Man kann also hiernach berechnen, daß an Schlafgeld und Essen ganz hübsch verdient wird. Werden die Vereinsdamen von ihren Gehaltsbezügen auch nicht reich, so haben sie doch ihr Auskommen, und das ist ja bei allen diesen Gründungen die Triebfeder. Wiederholt ist der Verein an den Magistrat herangetreten wegen Uebernahme des Heims auf die Stadt; jedesmal vergebens. Die Notwendigkeit eines solchen Heimathauses, das aber einen ganz anderen Anstrich erhalten muß, ist sicher anzuerkennen, um so mehr, als der Verein unter den heutigen Zeitverhältnissen seinem Zweck längst nicht mehr gewachsen ist.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Januar nächtigten im Männer-Asyl 15 179 Personen, wovon 7135 badeten, im Frauen-Asyl 2894 Personen, wovon 935 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Kolberger Str. 30.

Der Wahlprüfungsausschuß des Zweckverbandes Groß-Berlin hat das Mandat des Berliner Kämmerers Dr. Böß als Vertreter der Stadt Berlin für den Verband für ungültig erachtet, weil dieser noch nicht ein Jahr in Berlin ansässig bezw. ihm nicht vor seiner Wahl das Bürgerrecht dortselbst verliehen sei. Dazu wird aus dem Rathause berichtet: Nach dem § 16 des Zweckverbandgesetzes für Groß-Berlin sind mit Ausnahme der Beamten des Verbandes alle Angehörigen der beteiligten Gemeinden und Landkreise wählbar, welche die Wählbarkeit für den Gemeindevorstand oder die Gemeindevertretung beziehungsweise den Kreistag besitzen. Der Besitz des Bürgerrechtes ist kein Erfordernis der Wählbarkeit zur Verbandsversammlung, wie auch der Kommentar des Gesetzes von Ledermann, Brühl und Gordan betont. Für die Wahl des Kämmerers Böß seitens der Stadt Berlin genügt also die Tatsache, daß er in Berlin seinen Wohnsitz hat, während der Staatssekretär a. D. Dernburg, der in der Villenkolonie Grunewald seinen Wohnsitz hat, nicht Angehöriger der Stadt Schöneberg ist, die ihn zum Mitglied der Verbandsversammlung gewählt hatte, mithin nach Ansicht der Zweckverbandsversammlung aus diesem Grunde nicht wählbar war. Daß jeder, der gewählt werden soll, erst ein Jahr Einwohner der ihn wählenden Stadt sein muß oder sonst das Bürgerrecht nach einem Gemeindebeschluß erst durch Verleihung erhalten muß, würde eine im Gesetz nicht vorgesehene Einschränkung des passiven Wahlrechtes bedeuten.

Im Ausschuß wurde von sozialdemokratischer Seite geltend gemacht, der § 16 sei so auszulegen, wie ihn im Falle Dernburg die Minderheit ausgelegt hatte. Da das Oberverwaltungsgericht noch nicht entschieden habe, sei kein Anlaß, von der durch die Konsequenzen im Falle Böß noch klarer als richtig sich herausstellenden Ansicht abzugehen. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses vertraten indes den Standpunkt, man müsse schon jetzt den Fall Dernburg als Präzedenzfall betrachten.

Ballonfahrten. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend, den 6., 7. und 8. Februar finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Finder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Der Hauspascha, der selber seine Mieter exmittiert, ist in Berlin keine Seltenheit. Will ein Mieter, der keine Miete zahlen kann oder dem Wirt sonstwie unbequem geworden ist, nicht gutwillig ausziehen, dann hebt man ihm Tür und Fenster aus. Dieses Mittel, eine Wohnung dem Insassen zu verleiden, ist auch gegen eine Mieterin angewendet worden, die mit einem dreijährigen Kinde eine elende Dachstube des Hauses Ackerstr. 33 bewohnte. Ende Dezember hatte sie noch ein zweites Kind zur Welt gebracht, doch starb dieses schon nach elf Tagen. Durch Schwangerschaft und Wochenbett war die Mutter so heruntergekommen, daß es ihr nicht möglich war, die restierende Miete ohne weiteres zu zahlen. Herr Zeidler, der Gatte der Hauseigentümerin, forderte sie in der vierten Woche nach ihrer Entbindung auf, jetzt einen Teil der Mietsschuld abzutragen. Als sie das nicht tat, ließ ein Mitglied der Hauswirtsfamilie die Wohnungstür ausheben, und am anderen Tage wurde dann auch noch das Fenster ausgehoben. Die Mieterin versuchte, noch ein paar Tage in der Wohnung zu bleiben, indem sie Tür und Fenster mit Decken verhängte. In der Januarkälte war aber ein längerer Aufenthalt nicht möglich, so daß sie sich nach einer anderen Wohnung umsehen mußte. Anfang Februar holte sie dann ihre Habe ab, die im Hause zurückgeblieben war. Ueber diese Behandlung einer erst vor kurzem aus dem Wochenbett aufgestandenen Mutter ist man im Hause, wie in der Nachbarschaft empört.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde gestern nachmittag 1/2 2 Uhr in der Nähe des Bahnhofes Kaiser-Friedrichstraße in Neukölln ein Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Wie uns berichtet wird, hatte der Ueberfahrene einen von Treptow kommenden, in den Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße einfahrenden Zug benutzt. Kurz vor der Einfahrt wurde dem Fahrgast beim Hinauslehnen aus dem Fenster von dem herrschenden Sturme der Hut vom Kopfe geweht. Als der Zug hielt, stieg der Fahrgast an jener Seite der neuen Kanalbrücke, wo gegenwärtig noch Aufschüttungen von Erdmassen vorgenommen werden, aus, um seinen Hut wiederzuerlangen. Hierbei ist der Suchende von einem herannahenden Zuge erfaßt und getötet worden. Befremden erregte es, daß der mit Lappen zugedeckte Tote gestern abend noch an der Unfallstelle lag.

Ein falscher Kassierer der Berliner städtischen Feuersozietät treibt seit einiger Zeit wieder sein Unwesen. Er erscheint bei den Hauswirten, Verwaltern oder Pförtnern, angeblich im Auftrage der Sozietät, um die fälligen Prämien einzuziehen, und erbeutet jedesmal mindestens 20 M. Wie die Kriminalpolizei jetzt ermittelt hat, ist der Schwindler ein 35 Jahre alter aus Magdeburg gebürtiger Versicherungsagent Otto Thiele, der auch früher schon einmal diese Gaunerei betrieb. Thiele wurde damals verhaftet und zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bevor er diese Strafe ganz verbüßt hatte, erhielt er aus besonderen Gründen einen Urlaub, kehrte aber nach dessen Ablauf nicht wieder zurück. Der Schwindler gibt sich nicht einmal die Mühe, die Sozietätsquittungen auch nur einigermaßen nachzuahmen. Er schreibt sie entweder ganz mit der Hand auf ein einfaches Blatt Papier, oder er benutzt gewöhnliche Quittungsformulare, wie man sie bei jedem Papierhändler kaufen kann. Wahrscheinlich wird sich der Schwindler nicht auf die Sozietät beschränken, sondern auch für alle

anderen Versicherungen „kassieren“ gehen. Es sei daher vor ihm gewarnt.

Der Müggelsee wieder gesperrt. Allzu kurze Eisbahnfreuden waren den Anhängern des Wintersports diesmal beschieden. Am vergangenen Sonntag war die mächtige Eisfläche des Müggelsees in diesem Winter zum ersten Male für den Eissport freigegeben worden und bereits am Montag mußte er wieder gesperrt werden, da infolge des eingetretenen Tau- und Sturmwetters das Betreten des Sees recht gefährlich geworden ist. Auch das Betreten des Wannsees, des Grunewaldsees und des Tegeler Sees ist verboten.

Von einem Omnibus überfahren und schwer verletzt wurde am Dienstagabend vor dem Hause Linienstraße 5 ein Kutscher der Firma Reßtle. Der Mann geriet so unglücklich unter den Omnibus der Linie 32, daß ihm ein Vorderrad über den Kopf ging. In schwerverletztem bewußtlosen Zustande wurde der Aermste nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft.

Den Tod auf den Schienen suchte und fand gestern nachmittag in Neukölln ein noch unbekannter, ungefähr 25 bis 30 Jahre alter Mann, der seinem Aeußeren nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint. Der Lebensmüde warf sich in der Nähe der Gasanstalt vor die Lokomotive eines Südringzuges. Er wurde von der Maschine erfaßt und so stark verstümmelt, daß er auf der Stelle verschied. Die Leiche des unbekannten Selbstmörders wurde nach dem Schauhause in Berlin gebracht. Ausweispapiere wurden bei diesem nicht gefunden, bis auf eine Mietsquittung auf den Namen R. Schmelz, die R. Stierling unterzeichnet ist. Der Tote hat dunkelblondes Haar, einen stark gestutzten Schnurrbart und trug einen braungrauen Anzug und schwarze Zugstiefel.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der auf Herbeiführung eines Zusammenschlusses von Groß-Berlin abzielte, war das Hauptstück der Tagesordnung. Ueber die Debatte, die er hervorrief, sowie über die einstimmige Annahme haben wir Dienstag berichtet.

Auf der Tagesordnung standen noch mehrere Angelegenheiten von allgemeinem Interesse. Das Ortsstatut der Pflicht-Fortbildungsschule für Mädchen, das zur Beschlußfassung vorlag, lehnt sich im allgemeinen an das Berliner Statut an. Die Schülerinnen sollen in die drei Gruppen der ungelernten Arbeiterinnen, der gelernten Arbeiterinnen und der kaufmännischen Angestellten eingeteilt werden, und dementsprechend wäre auch der Lehrplan zu gestalten. Den hauswirtschaftlichen Unterricht, der allen Schülerinnen gleichermaßen not tut, möchte Stadtv. Bamberg (liberale Fraktion) zu einem nur fakultativen Lehrgegenstand gemacht sehen. Dagegen forderte Stadtverordneter Dr. Jacoby (freie Fraktion), daß auch dieser Lehrgegenstand obligatorisch werde. Daran müsse man schon deshalb festhalten, weil für Groß-Berlins Gemeinden eine möglichst einheitliche Gestaltung der Fortbildungsschulen zu wünschen sei. Genosse Mohs begrüßte es mit Befriedigung, daß nun auch für Mädchen die Pflicht-Fortbildungsschule zustande kommen soll. Auf erneute Darlegung der hinreichend bekannten prinzipiellen Stellungnahme der Fraktion zur Frage der Pflicht-Fortbildungsschule verzichtet er. Der Entwurf des Statuts wurde einem Ausschuß überwiesen. — Zur Beschaffung billigen Fleisches durch die Gemeinde waren im Herbst 20 000 M. bewilligt worden, die seitdem als Betriebskapital beim Ankauf ausländischen Fleisches gedient haben. Inzwischen ist auch aus dem Inland, aus Schleswig, ein Fleischangebot gekommen. Der Magistrat, der in Uebereinstimmung mit der Deputation zur Behebung der Lebensmittelteuerung darauf eingehen will, ersuchte die Stadtverordneten um Ermächtigung, jene 20 000 M. auch hierzu zu verwenden. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte Erhöhung um weitere 10 000 M. bis auf 30 000 M. Ueber einen ersten Ankauf, den auf Wunsch der Deputation der Magistrat bereits vor Erteilung der jetzt beantragten Genehmigung in Schleswig gemacht hat, berichtete Stadtv. Bismark (lib. Frakt.). Das Fleisch sei von den am Vertrieb beteiligten Schlächtermeistern Schönebergs sehr gelobt worden, so daß man Fortsetzung der Versuche nur empfehlen könne. Stadtv. Linicus (freie Frakt.) äußerte Besorgnis, daß die Gemeinden durch Ankauf auch von inländischem Fleisch die Fleischpreise in die Höhe treiben werden. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich im Prinzip einverstanden mit dem Plan des Magistrats. Genosse Peterson regte an, nach dem Vorgang Berlins den Fleischverkauf an Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft zu übertragen. Mit Schlächtermeistern werde man vielleicht — ähnlich, wie bei dem russischen Fleisch — wieder schlechte Erfahrungen machen. Der in der Magistratsvorlage ausgesprochene Gedanke, zu den Viehproduzenten Schleswigs in ein dauerndes Vertragsverhältnis zu treten, werde durch einen Ausschuß nachgeprüft werden müssen. Daß das Inland allein den Bedarf an Vieh und Fleisch nicht decken könne und weiter ausländisches Fleisch angekauft werden müsse, sei selbstverständlich. Das ist, wie Oberbürgermeister Dominicus ausführte, nach wie vor auch Meinung des Magistrats. Er hofft aber, durch Ankauf inländischen Fleisches die Landwirte Schleswigs zu einer Steigerung der Viehproduktion veranlassen zu können. Die Erhöhung des Betriebsfonds auf 30 000 M. erklärte Stadtrat Bergmann für unnötig, weil schon bei 20 000 M. der Ankauf sich glatt abwickele. Der Antrag wurde dann zurückgezogen. Genosse Molkenbuhr sah sich den Vorschlag einer engeren Verbindung der Gemeinden mit den Produzenten näher an. Um die Fleischpreise herabzudrücken, seien die Gemeinden zur Einmischung in den Fleischhandel geschritten, weil Zollermäßigung für ausländisches Fleisch nur bei Ankauf durch Gemeinden gewährt wurde. Nun habe sich in letzter Zeit bei inländischen Viehproduzenten das Bestreben gezeigt, Großstädte zum Ankauf von Vieh auf längere Zeit zu festen Preisen zu gewinnen. Man wolle so die Städte, die ja dann beim Sinken der Preise das Fleisch nur mit Schaden verkaufen können, für hohe Viehpreise interessieren. Auf eine Anfrage Molkenbuhrs erwiderte Stadtrat Bergmann, daß Frachtermäßigung für die Fleischlieferungen noch nicht bestehe. Ob der Magistratsantrag in einem Ausschuß zu beraten sei oder nicht, darüber wurde lange hin und her gestritten. Von unseren Genossen beteiligten sich an der Debatte noch Bernstein, der Annahme des Magistratsantrages empfahl, sodann Obst und Hoffmann, die nochmals Uebertragung des Fleischverkaufs auf die Konsumgenossenschaft anregten. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen, dem unsere Genossen Obst, Peterson, Reiche angehören. — Die Vorlage über Einrichtung einer Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht kam aus einem Ausschuß zurück. Stadtv. Peine (lib. Frakt.) berichtete über das Beratungsergebnis, durch das an dem Entwurf des Magistrats nicht viel geändert worden ist. Die Versuche unserer Genossen, im Ausschuß wesentliche Verbesserungen durchzusetzen, sind erfolglos geblieben. Genosse Mohs stellte das mit Bedauern fest. Angesichts der Aussichtslosigkeit, im Plenum mehr zu erreichen, werde die Fraktion ihre Anträge jetzt nicht wiederholen. Unser Redner kündigt aber an, daß zu günstigerer Zeit die Anträge wiederkehren werden. Die Magistratsvorlage wurde mit den vom Ausschuß beschlossenen Aenderungen angenommen.

Ein Ehedrama hat sich am gestrigen Dienstagnachmittag gegen 6 Uhr in der Tempelhofer Straße abgespielt. Es wird hierüber folgendes berichtet: Der 28jährige Bildhauer Max Rüssel, Kolonnenstraße 19 wohnhaft, lebte seit einiger Zeit mit seiner 25jährigen Ehefrau in Unfrieden. Vor etwa vier Wochen hatte nach einem Streit Frau R. die Wohnung ihres Gatten verlassen und ihr sechs Monat altes Kind mitgenommen. R. versuchte wiederholt eine Aussöhnung herbeizuführen. Frau R. hatte unterdessen eine Aufwartestelle in der Tempelhofer Straße angenommen, und hier versuchte R. an mehreren Tagen der vorigen Woche seine Frau zu sprechen, ohne daß ihm dies gelang. Am gestrigen Nachmittag gegen 6 Uhr verließ Frau R. die Wohnung ihres Dienstherrn, als ihr der Gatte vor der Haustür entgegentrat und eine Unterredung von ihr forderte. Das Ehepaar kehrte nun in den Hausflur zurück und beide unterhielten sich längere Zeit miteinander. Im Verlauf des Zusammenseins zog der Bildhauer einen Revolver aus der Tasche und richtete die Mündung gegen die Frau. Die Waffe versagte jedoch und Frau R. ergriff die Flucht, auf der Straße wiederholt um Hilfe rufend. Der Bildhauer schoß sich hierauf in die Schläfe. Er wurde mittelst Krankenwagen nach dem Schöneberger Krankenhause gebracht, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag.

Charlottenburg.

Zur Hebung des Fortbildungs- und Fachschulwesens ist der Stadtverordnetenversammlung nicht allein eine Vorlage des Magistrats unterbreitet worden, die eine gesamte Neuorganisation auf diesem Unterrichtsgebiete vorsieht, sondern der Magistrat forderte von den Stadtverordneten auch die Zustimmung zur Schaffung einer neuen Stelle für einen besoldeten Stadtrat, dem das Fortbildungs- und Fachschulwesen unterstellt werden sollte. Die Wandlungen, welche diese Vorlage durchmachte, sind nicht uninteressant.

Einmal verlautete in der bürgerlichen Presse — schon ehe die Magistratsvorlage bekannt war —, daß man den Führer der liberalen Fraktion zum Stadtrat machen möchte, und zwar zu einem besoldeten Stadtrat. Angeblich sollte das für den Herrn, den die Liberalen schon vor Jahren gern unter den besoldeten Magistratsmitgliedern gesehen hätten, auch ein Entgeld dafür sein, daß der liberale Fraktionschef nicht zum Bürgermeister gewählt werden konnte. — So weit die bürgerliche Presse, die ja die Stimmungen und Absichten im liberalen Lager besser kennen muß als wir, und die deswegen auch die neu geforderte Stadtratsstelle mit dem bereits vorhandenen Bewerber dafür in ursächlichen Zusammenhang gebracht hatte. — Als dann die Vorlage den Ausschuß beschäftigte, tauchte bei den bürgerlichen Stadtverordneten der Wunsch auf, neben dem einen besoldeten Stadtrat auch noch zwei unbesoldete Stadträte dem Magistratskollegium einzuverleiben. Dieser Wunsch verdichtete sich zu einem Beschluß, der aber beim Magistrat auf lebhaften Widerstand stieß. Wahrscheinlich hat der Magistrat übergenug an den Stadträten, welche die bürgerlichen Fraktionen bisher aus ihrer Mitte genommen, dem Magistrat als „frisches Blut“ zuführten! Er winkte also jedem neuen „Segen“ dieser Art energisch ab und überließ es der Stadtverordnetenversammlung, sich mit diesen Tatsachen abzufinden. Neue Ausschußberatungen fanden statt. Die bürgerlichen Vertreter wollten sich mit einem unbesoldeten neuen Stadtrat neben dem besoldeten begnügen, aber der Magistrat blieb fest, er wollte auch von diesem verminderten Zuwachs des Magistrats nichts wissen. Ihn ahnt jedenfalls nichts Gutes von der ihm dann bevorstehenden neuen „Erwerbung“.

Da blieb dann den Liberalen nichts anderes übrig, als klein beizugeben. Sie verzichteten auf den unbesoldeten Stadtrat und stimmten im Ausschuß für die ursprüngliche Magistratsvorlage, die dann auch mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Außerdem wurde einer Resolution zugestimmt, welche den Magistrat ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, die die Vermehrung der Magistratsmitglieder um einen unbesoldeten Stadtrat vorsieht, zu unterbreiten. — So wird sich denn dieser heitere Kampf um einige neue Stadtratsmandate, der sich aus der so ernsten Frage der Hebung des Fortbildungs- und Fachschulwesens entwickelte, in Wohlgefallen auflösen.

Für unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung schied jede Neben- oder Personenfrage bei dieser so überaus wichtigen Angelegenheit aus. Das eine steht fest: Für das Fortbildungs- und Fachschulwesen muß dringend bald etwas getan werden. Wir sind der Meinung, daß mit einem neuen Direktor für das gesamte städtische Fortbildungs- und Fachschulwesen dasselbe erreicht wird als mit einem neuen besoldeten Stadtrat. Dringen unsere Genossen mit dieser Ansicht in der Stadtverordnetenversammlung nicht durch, so werden sie es an ihrer Hilfe, auf andere Weise die schleunige Hebung des Fortbildungs- und Fachschulunterrichts zu ermöglichen, nicht fehlen lassen.

Ein viel begehrter Posten scheint der des Stadtsyndikus von Charlottenburg zu sein. Als nämlich für den zum Bürgermeister gewählten bisherigen Syndikus zur Bewerbung um den Posten aufgefordert wurde, meldeten sich nicht weniger als 88 Bewerber! Lockte dieselben die Stadt Charlottenburg oder das Amt an sich oder das Gehalt? Vielleicht auch das letztere; denn die Stelle ist mit einem Salär von 10 000—13 750 M. ausgestattet, so daß der Stadtsyndikus von Charlottenburg höher dotiert wird, als manche Ministerexellenz in deutschen Kleinstaaten. — Unter den Kandidaten befanden sich 20 Stadträte, 18 höhere Gemeindebeamte, 16 Bürgermeister, 16 Gerichtsbeamte, 8 Regierungsräte, 4 Staatsbeamte, 4 Rechtsanwälte und 2 Privatbeamtete. Der mit der Vorwahl beauftragte Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung hatte mit der Sichtung und Prüfung dieser Bewerbungen eine reiche Arbeit zu bewältigen, deren Ergebnis war, daß vom Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung der Stadtrat und Syndikus Sembritzki aus Königsberg zur Wahl empfohlen wurde. — Unter den zur engeren Wahl gestellten Kandidaten befand sich auch der Vorsitzende des Charlottenburger Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Magistratsrat Landsberger.

Der unter städtischer Aufsicht stehende Verkauf des frischen russischen Fleisches findet vom 5. Februar ab nicht mehr durch die hiesigen Schlächter, sondern durch die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend statt. Die Genossenschaft verkauft das Fleisch an jedermann in zwei besonders dazu eingerichteten Läden, und zwar Horstweg 32 und Nordhausener Str. 22 täglich zu den ortsüblichen Geschäftsstunden. Außerdem findet Dienstag und Sonnabend jeder Woche im städtischen Fleischschauamt, Spreestr. 30, Verkauf russischen Fleisches durch die Konsumgenossenschaft statt. Die Preise stimmen mit den Berliner Preisen überein.

Hohen-Schönhausen.

Ein braver Kämpfer ist der hiesigen Organisation in dem Tischler Paul Grützmacher durch den Tod entrissen worden. Immer wenn es galt, Parteiarbeit zu verrichten, war Grützmacher auf dem Posten, um seine volle Kraft zur Verfügung zu stellen. Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Hauptstraße, statt. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, dem Toten durch rege Teilnahme die letzte Ehre zu erweisen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariendorf. Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaussitzungssaal, Kaiserstraße.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr.

Lankwitz. Am Donnerstag, den 6. Februar, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Tagesordnung: Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1913.

Herzfelde. Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehause am Kirchplatz.

Kalkberge Rüdersdorf. Freitag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Köppenschen Saale.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus der Frauenbewegung.

Patriotische Kellnerinnen-Ausbeutung.

Die Patrioten rüsten zur Jahrhundertfeier der Völkerschlacht bei Leipzig, allwo der große Steinklotz, Völkerschlachtdenkmal genannt, im Oktober d. J. eingeweiht werden soll. Um das Jubiläumsjahr würdig zu begehen, hat man u. a. auch eine große Ausstellung, die Baufachausstellung, veranstaltet, die im Mai eröffnet werden soll, natürlich versehen mit vielen Bierhallen, um den patriotischen Durst löschen zu können. Damit aber dies vaterländische Beginnen auch den kapitalistischen Gesellschaftsanstrich erhalte, sind die Heben, die die teutschen Humpen kredenzen sollen, unter einen Vertrag gestellt, der ganz und gar in den Rahmen des patriotischen Schwindels paßt. Wir wollen ihn, da er kein unübles Kulturdokument unserer Zeiten darstellt, hier ganz abdrucken. Er lautet:

„Geschäftsordnung und Abkommen
zwischen Herrn Baumeister Georg Kühn und Herrn Oskar Scherff in Wahren bei Leipzig, Bureau: Mühlenstr. 15, und
Fräulein .... geboren am ....

Engagement ab 1. Mai 1913 bis auf weiteres, event. 31. Oktober 1913.
Engagiert als Kellnerin für Ausschank „Franziskaner“ auf der Internationalen Baufach-Ausstellung Leipzig 1913.
Kleidung: Schwarzer Rock, Hemdenbluse, weiße Schürze, schwarzer Selbstbinder, Haar auf der einen Seite gescheitelt.
Lohn: Keinen.
Kost: Keine. Wohnung: Keine. Kündigung: Drei Tage.
Zu melden: Bureau von Baumeister Georg Kühn in Wahren, Mühlenstr. 15.
Einzutreffen: Am 30. April 1913, früh 9 Uhr, event. auf Verlangen in der Zeit vom 1. April bis 30. April 1913; deshalb stets 8 Tage vor dem 1. April Aufenthaltsort angeben.
Jeder Anordnung des Herrn Kühn oder des Herrn Scherff oder deren Stellvertreter ist unbedingt Folge zu leisten.
Alles Rauchen innerhalb des Betriebes ist untersagt.
Während der Geschäftszeit ist es verboten, sich zu den Gästen zu setzen.
Die Kellnerinnen haben sich untereinander mit Sie anzureden.
Für jede Kellnernummer sind 50 Pf. zu hinterlegen, welche bei der Vertragsauflösung zurückerstattet werden. Verlorene Nummern müssen ersetzt werden.
Jede Kellnerin hat täglich früh 30 Pf. Bruchgeld abzuführen.
Die Handservietten müssen gegen Hinterlegung von 50 Pf. pro Stück bei der Wäschemamsell jeden Tag geholt und bei Geschäftsschluß wieder abgeliefert werden.
Bei Vertragsabschluß sind als Garantie für pünktliches Eintreffen und Angaben des Aufenthaltsortes 15 M. (fünfzehn Mark) zu hinterlegen, welche bei Vertragsauflösung zurückgezahlt werden.
Die Kellnerinnen haben das ihnen zugeteilte Revier in peinlichster Ordnung zu halten, abends nach Schluß die Tische abzudecken, Stühle hochzustellen, ferner sich morgens beim allgemeinen Reinigen der Menagen und sonstigen auf den Tisch gehörigen Gegenstände zu beteiligen, sowie Tische und Stühle von Staub zu befreien. Diese Arbeit muß jedoch früh ½9 Uhr laut Ausstellungsvertrag fertig sein.
Jede Kellnerin hat sich auf ihre Kosten eine Ausstellungs-Dauerkarte zu lösen, welches durch Vermittelung der Herren Kühn oder Scherff zu geschehen hat. Der Betrag hierfür ist bei Vertragsabschluß zu entrichten.
Jede Kellnerin hat genügendes Wechselgeld resp. Barbestand mitzubringen, da nur gegen bare Kasse Waren abgegeben werden.
Jede Zuwiderhandlung zieht sofortige Entlassung ohne Lohn oder sonstige Entschädigung nach sich.
Alle Nebenabmachungen sind ungültig.
Wahren-Leipzig, am ....
Unterschrift der Arbeitgeber:
Unterschrift des Arbeitnehmers:“

Lohn keinen, Wohnung keine, Kost keine; dafür aber 15 M. anzahlen für die Ehre, den teutschen Patrioten teutsches Bier kredenzen zu dürfen. Dazu Bruchgeld zu zahlen, gleichviel ob etwas zerbrochen wurde oder nicht. Und vor allen Dingen: die Kellnerinnen müssen sich von ihrem Gelde eine Ausstellungskarte kaufen, sie, die auf dem Ausstellungsplatze ihrer Arbeit nachgehen müssen. Wo sollen sie denn das Geld zu alledem hernehmen, wenn sie ehrlich und anständig bleiben wollen? Das alles kümmert die Protzenpatrioten nicht, für die ja der ganze Jubiläumsrummel nichts weiter ist als ein profitables Geschäftchen! — Und das zetert dann in seinem Klübchen über die Unsittlichkeit des Volkes.

Eine Zentralstelle für die Fragen Beruf und Ehe beabsichtigt der Verband fortschrittlicher Frauenvereine zu schaffen. Die Zentralstelle soll dem Verband angegliedert werden, aber frei und selbständig ihr eigenes Arbeitsgebiet behandeln. Auf einer Konferenz Ende Januar (an der u. a. Rosa Kempf, Marie Stritt, Renetta Brandt-Wyt, Hulda Maurenbrecher, Wally Zepler teilnahmen) wurde folgender Arbeitsplan aufgestellt:

1. Schaffung eines Archivs durch Sammlung von Material über alle das Problem Beruf und Ehe berührenden Fragen, unter Berücksichtigung aller Frauenberufe. 2. Nutzbarmachung und Verbreitung dieses Materials durch Herausgabe einschlägiger Schriften, sowie durch Veröffentlichung von Artikeln und Notizen in der Presse. 3. Ausleihen des Materials und Auskunfterteilung. 4. Ausarbeitung von Eingaben und Denkschriften an die maßgebenden Behörden, um Gesetzgebung und Verwaltung in dem Sinne zu beeinflussen, daß die Verbindung von Beruf und Ehe erleichtert wird. 5. Anregung zur Schaffung von Einrichtungen der Selbsthilfe (genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Art), welche die Verbindung von Beruf und Ehe erleichtern.

Lese- und Diskutierklub „Südost“. Heute Mittwoch bei Reidhardt, Görlitzer Str. 58: Sitzung. Vortrag. Gäste willkommen.

Neukölln. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr, findet in den Passage-Festsälen, Bergstr. 151/152, eine Bezirksversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen statt. Genosse Redakteur Emil Eichhorn wird über das Thema „Vor hundert Jahren“ sprechen. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

F. S. 111. Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage unter Angabe Ihrer Adresse an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. — **P. T.** Die organisierten Tanzlehrer sind Wrangelstr. 107. Dort erfahren Sie das Nähere. — **A. B. 1000.** 1. Das Bureau der Hochbahn ist Köthener Str. 11/12. Das Nähere dort. 2. Ist Sache der Vorsteher der einzelnen Aemter, wo auch Meldungen entgegengenommen werden. — **Angestellter.** Eine Beratungsstelle für werdende Mütter ist in Neukölln, Steinmetzstr. 113. Mittwochs von 10—11 Uhr und Sonnabends von 7—8 Uhr. — **N. M. 100.** Die uneheliche Tochter Ihrer Schwester ist gleichfalls erbberechtigt. — **No. H. W. 15.** Aus dem von Ihnen mitgeteilten Sachverhalt ist zu entnehmen, daß die 1000 M. zur Abfindung der Unterhaltsansprüche der unehelichen Kinder gezahlt sind. Der Mutter stand daher ein Eigentumsrecht an dem Gelde nicht zu, vielmehr haben nur die beiden unehelichen Kinder Anspruch auf die 1000 M. — **K. M. 790.** Nein. — **Franz.** Hat sich der Vermieter mit der Rückgängigmachung des Vertrages einverstanden erklärt, dann sind Sie zur Rückforderung berechtigt. —

Marktpreise von Berlin am 3. Februar 1913, nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,82 bis 19,90, mittel 19,66—19,74, geringe 19,50—19,58. Roggen, gute Sorte 00,00—16,90, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,50—18,10, mittel 16,80—17,40, geringe 16,10—16,70. Hafer, gute Sorte 18,60—20,40, mittel 17,00—18,50 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,70—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,60. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,50. 60 Stück Krebse 4,00—24,00.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.